



## Niederschrift

über die 31. öffentliche Sitzung  
des Rates der Landeshauptstadt Düsseldorf in seiner 17. Wahlperiode  
am Donnerstag, 19. September 2024, Rathaus, Plenarsaal

SI-RAT/005/2024

### Tagesordnung

#### I. Öffentlicher Teil

TOP	Vorlage	Inhalt	Seite
		Nachruf: Beigeordneter a. D. Paul Saatkamp	9
1		Verpflichtung eines Ratsmitgliedes	10
2		Anerkennung der Tagesordnung	10
3		Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 08.05.2024 (SI-RAT/003/2024)	11
4		Anfragen aus aktuellem Anlass	
4.1	RAT/324/2024	Anfrage aus aktuellem Anlass der Die Partei-Klima-Fraktion: Taxi-Halt am Corneliusplatz	11
4.2	RAT/327/2024	Anfrage aus aktuellem Anlass der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: Rheinterrasse	12
4.3	RAT/325/2024	Anfrage aus aktuellem Anlass der AfD-Ratsfraktion: Baulicher Zustand der Düsseldorfer Rheinbrücken, insbesondere der Theodor-Heuss-Brücke	14 (zurück- gewiesen)
4.4	RAT/326/2024	Anfrage aus aktuellem Anlass der AfD-Ratsfraktion: Sicherheitspersonal in städtischen Obdachlosenunterkünften	14
5		Anfragen	
5.1	RAT/274/2024	Anfrage der Ratsfraktion Die Partei-Klima-Fraktion: Wettbewerb Opernhaus der Zukunft – Besetzung der Jury	15
5.2	RAT/287/2024	Anfrage der Ratsfraktion Die Linke: Kosten der Opernplanung Heinrich-Heine-Allee	16
5.3	RAT/288/2024	Anfrage der Ratsfraktion Die Linke: Kosten der Invictus Germany	19
5.4	RAT/290/2024	Anfrage der SPD-Ratsfraktion: Für welche Wohnbauflächen wurde das Ankaufsbudget bis jetzt verwendet?	22
5.5	RAT/295/2024	Anfrage der FDP-Ratsfraktion: Musterstrecken der historischen Beleuchtung im Stadtteil Eller	25
5.6	RAT/299/2024	Anfrage der SPD-Ratsfraktion: Keine Umsetzung von Verkehrsbeschlüssen	schriftliche Antwort
5.7	RAT/264/2024	Anfrage der Ratsfraktion Die Partei-Klima-Fraktion: Effizienz der Fernwärmenetze in Düsseldorf	28 (zurück- gewiesen)

<b>TOP</b>	<b>Vorlage</b>	<b>Inhalt</b>	<b>Seite</b>
5.8	RAT/303/2024	Anfrage der AfD-Ratsfraktion: Waffenkontrolle in städtischen Flüchtlingsunterkünften	schriftliche Antwort
5.9	RAT/304/2024	Anfrage der AfD-Ratsfraktion: Islamistische Gefährder in Düsseldorf	schriftliche Antwort
5.10	RAT/318/2024	Anfrage der Ratsgruppe Tierschutz/Freie Wähler: Handlungsfähigkeit der Stadt Düsseldorf im Zusammenhang mit dem Anstieg von Parteien beziehungsweise Wählergemeinschaften im Rat der Stadt seit 1999	schriftliche Antwort
5.11	RAT/289/2024	Anfrage der Ratsfrau Lehmann: Kosten der Männer-Fußball-EM 2024 für die Stadt Düsseldorf	schriftliche Antwort
5.12	RAT/265/2024	Anfrage des Ratsherrn Fix: Maßnahmen zur Reduktion von Lebensmittelverschwendung und Überproduktion in Kantinen der Stadt und deren Tochtergesellschaften	schriftliche Antwort
5.13	RAT/298/2024	Anfrage der Ratsfrau Marmulla: Finanziell nachteiliger Ankauf von Signa-Immobilien für die Milliardenoper?	schriftliche Antwort
5.14	RAT/285/2024	Anfrage des Ratsherrn Fix: Gaslaternen, Gasnetz und der Denkmalschutz	schriftliche Antwort
5.15	RAT/301/2024	Anfrage des Ratsherrn Born: Abrissgenehmigung für die Mauerstraße 32	schriftliche Antwort
5.16	RAT/302/2024	Anfrage der Ratsfrau Vorspel: Drohende Schließung des Bürgerhauses in Reisholz	schriftliche Antwort
5.17	RAT/312/2024	Anfrage der Ratsfrau Mirus: Einsparungen durch die Nachtabschaltung der Gaslaternen	schriftliche Antwort
5.18	RAT/313/2024	Anfrage der Ratsfrau Mirus: Folgen der Nachtabschaltung der Gaslaternen	schriftliche Antwort
5.19	RAT/305/2024	Anfrage des Ratsherrn Jörres: Finanzierung Regenbogenbänke zur EM	schriftliche Antwort
5.20	RAT/306/2024	Anfrage des Ratsherrn Jörres: Straßenüberfälle in Düsseldorf	schriftliche Antwort
5.21	RAT/307/2024	Anfrage der Ratsfrau Kraljic: Einsatz von Volunteers zur UEFA-Euro 2024	schriftliche Antwort
5.22	RAT/308/2024	Anfrage der Ratsfrau Opelt: Personalnot in Kitas	schriftliche Antwort
5.23	RAT/319/2024	Anfrage des Ratsherrn Lemmer: Mobilitätsplan D	schriftliche Antwort
5.24	RAT/320/2024	Anfrage des Ratsherrn Lemmer: Beschwerden über mangelnde Grünpflege und Verschmutzungen	schriftliche Antwort
6	RAT/262/2024	Bericht aus der Kleinen Kommission Kö-Bogen & KAP	28
7	RAT/272/2024	Bericht aus der Kleinen Kommission Opernhaus der Zukunft	30
8	RAT/278/2024	Bericht aus der Kleinen Kommission Neubau TVG	30
9		Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2025 mit ihren Anlagen (Haushaltsplan, Vorbericht, Bezirksbezogene Haushaltsansätze) durch Oberbürgermeister Dr. Keller und Stadtkämmerin Schneider	31; 47
10	AGS/033/2024	Notunterkunft für aus der Ukraine geflüchtete Menschen durch den Caritasverband e. V. im Klara-Gase-Haus – Sprockhöveler Straße 36, 40591 Düsseldorf: Verlängerung der Nutzung um drei Jahre	52

<b>TOP</b>	<b>Vorlage</b>	<b>Inhalt</b>	<b>Seite</b>
11	HFA/024/2024	Bekanntgabe der bisher genehmigten über- und außerplanmäßigen Mittelbereitstellungen des Haushaltsjahres 2024	52
12	HFA/027/2024	Beteiligungsbericht 2022 der Landeshauptstadt Düsseldorf	52
13	RAT/291/2024	Kenntnisnahme des Jahresabschlusses 2023 der Stadtsparkasse Düsseldorf, Gewinnverwendung sowie Entlastung der Sparkassenorgane für das Jahr 2023	52
14	JHA/031/2024	Beschlussvorlage zur Herbeiführung eines Bedarfsbeschlusses für das Projekt „Neubau einer Kindertageseinrichtung am Kuthsweg 43“	54
15	JHA/039/2024	Beschlussvorlage zur Herbeiführung eines Ausführungs- und Finanzierungsbeschlusses für das Projekt „Erweiterung der Kita Offenbacher Weg 43“	54
16	KUA/047/2024	Ehrenhof 1, Tonhalle – Sanierung Verwaltungstrakt und zugehörige Erneuerung von Wasser- und Abwassernetzen sowie die Sanierung der Westfassade	64
17	KUA/062/2024	Verleihung der Förderpreise für bildende Kunst, darstellende Kunst, Musik und Literatur der Landeshauptstadt Düsseldorf 2024	54
18	KUA/115/2024	Bestellung der Mitglieder und Stellvertretungen der Kunstkommission 2024	55
19	KUA/121/2024	Restitution und Rückkauf eines Gemäldes (Kunstpalast, Inv. mkp M4539)	66
20	KUA/123/2024/1	Weiterentwicklung der Wochenendöffnungen von Stadtteilbüchereien	56
21	OVA/060/2024	Verlängerung des Verzichts auf die Erhebung von Sondernutzungsgebühren für E-Ladesäulen	68
21.1	RAT/329/2024	Änderungsantrag der FDP-Ratsfraktion	68
22	OVA/070/2024	Wiederwahl einer Schiedsperson	57
23	OVA/081/2024	Wiederwahl einer Schiedsperson	57
24	RPAU/014/2024	Bestellung eines Prüfers für das Rechnungsprüfungsamt	57
25	RPAU/015/2024	Stellungnahme des Rechnungsprüfungsausschusses über die Prüfung des Gesamtabschlusses der Landeshauptstadt Düsseldorf zum 31. Dezember 2020 – Bestätigung des Gesamtabschlusses	57
26	SCHUA/037/2024	Beschlussvorlage zur Herbeiführung eines Ausführungs- und Finanzierungsbeschlusses für das Projekt „Erweiterungsbau Geschwister-Scholl-Gymnasium zur Beibehaltung der Fünfüzigkeit im Rahmen von G9, Redinghovenstraße 41, 40225 Düsseldorf“	71
27	SCHUA/041/2024	Errichtung einer Dependence der GGS Urdenbach an der Urdenbacher Allee 91	58
28	SCHUA/043/2024	Förderung von Grundschulen in Quartieren mit besonderen Herausforderungen	58
29	SCHUA/047/2024	Einrichtung zweier befristeter Teilstandorte des Berufskollegs Bachstraße	58
30	SEBD/019/2024	Hoxbach – Hochwasserschutz Einbecker Straße (W-0006000000) – Bedarfsbeschluss	59

<b>TOP</b>	<b>Vorlage</b>	<b>Inhalt</b>	<b>Seite</b>
31	SEBD/027/2024	Klärwerk-Süd, Prüfung und Erneuerung der Betriebswasseranlage (I-8030614005) – Bedarfsbeschluss	59
32	RAT/259/2024	Verbandsversammlung des Zweckverbandes Erholungsgebiet Unterbacher See – Ersatzbestellung	59
33	RAT/260/2024	Bestimmung der Reihenfolge, in der die Beigeordneten bei Verhinderung des allgemeinen Vertreters des Oberbürgermeisters zur allgemeinen Vertretung berufen sind	69
34	RAT/261/2024	Aufsichtsrat der Bädergesellschaft Düsseldorf mbH – Ersatzwahl	60
35	RAT/263/2024	Nachhaltigkeitsbeirat – Bestätigung neuer Mitglieder der Zivilgesellschaft	60
36	RAT/273/2024	Umbesetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien	60
37	RAT/276/2024	Änderung der Zuständigkeitsordnung der Landeshauptstadt Düsseldorf	72
38	RAT/297/2024	Verteilung der Ausschussvorsitze und stellvertretenden Ausschussvorsitze sowie Bestimmung der Ausschussvorsitzenden und stellvertretenden Ausschussvorsitzenden	74
39	RAT/277/2024	Kuratorium der Stiftung „Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen“ – Vorschlag zur Wiederbestellung eines stellvertretenden Mitgliedes	63
40	RAT/279/2024	Nachwahl zum Beirat bei der Unteren Naturschutzbehörde	63
41		Anträge	
41.1 Restant	RAT/212/2024	Antrag der SPD-Ratsfraktion: Istanbul-Konvention in Städtepartnerschaften stärken	75
41.2 Restant	RAT/213/2024	Antrag der SPD-Ratsfraktion: Schul-Radeln	80
41.3 Restant	RAT/214/2024	Antrag der Ratsfraktionen FDP, SPD und Bündnis 90/Die Grünen: Installation von Ampelpärchen der Vielfalt und Radschlägern an Fußgängerampelanlagen im Bereich der Heinrich-Heine-Allee und Königsallee	83
41.3.1 Restant	RAT/250/2024/1	Änderungsantrag der Ratsfraktion Die Linke	83
41.4 Restant	RAT/229/2024	Antrag der Ratsfraktion Die Partei-Klima-Fraktion: Regenbogenbänke für die Stadt der Toleranz und Vielfalt	89
41.5 Restant	RAT/230/2024	Antrag der Ratsfraktionen Die Linke und Die Partei-Klima-Fraktion: Hilfe für Kriegsopfer in Israel und Palästina	94
41.5.1 Restant	RAT/254/2024	Änderungsantrag der Ratsfraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP	94
41.6 Restant	RAT/225/2024	Antrag der AfD-Ratsfraktion: Einführung Migrations-Dashboard	zurück-gezogen
41.7 Restant	RAT/239/2024	Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: Mehr Platz für den Japan-Tag	96
41.8 Restant	RAT/241/2024	Antrag der FDP-Ratsfraktion: E-Laden ohne optische Beeinträchtigung	105 (zurück-gezogen)

<b>TOP</b>	<b>Vorlage</b>	<b>Inhalt</b>	<b>Seite</b>
41.9	RAT/286/2024	Antrag der Ratsfraktion Die Linke: Entwurf der Sponsoringrichtlinie zur Beratung vorlegen	107
41.10	RAT/267/2024	Antrag der Ratsfraktion Die Partei-Klima-Fraktion: Treibhausgasbilanzen für Kantinenessen	nicht behandelt
41.11	RAT/292/2024	Antrag der Ratsfraktionen Die Partei-Klima-Fraktion, SPD und Die Linke: Corneliusplatz autofrei	nicht behandelt
41.11.1	RAT/330/2024	Änderungsantrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen	nicht behandelt
41.11.2	RAT/333/2024	Änderungsantrag der FDP-Ratsfraktion	nicht behandelt
41.12	RAT/269/2024	Antrag der Ratsfraktion Die Partei-Klima-Fraktion: Audimax mit Frühtrunk-Fassade retten!	nicht behandelt
41.13	RAT/314/2024	Antrag der SPD-Ratsfraktion: Sektoraler Bebauungsplan – Preisregulierter Wohnungsbau auch im unbeplanten Innenbereich	nicht behandelt
41.13.1	RAT/334/2024	Änderungsantrag der Ratsfraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen	nicht behandelt
41.13.2	RAT/335/2024	Änderungsantrag der Ratsfraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und SPD	nicht behandelt
41.14	RAT/316/2024	Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: Planungsgewinne und Kosten bei Angebotsbebauungsplänen	nicht behandelt
41.15	RAT/315/2024	Antrag der SPD-Ratsfraktion: Unterstützung für das vielfältige ehrenamtliche Engagement in unserer Stadt durch Installation von Stromanschlüssen	nicht behandelt
41.15.1	RAT/332/2024	Änderungsantrag der Ratsfraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und SPD	nicht behandelt
41.16	RAT/310/2024	Antrag der AfD-Ratsfraktion: Aufgabe des Worringer Platzes als Kunststandort	nicht behandelt
41.17	RAT/311/2024	Antrag der AfD-Ratsfraktion: Änderungen der Fahrpläne, Fahrtstrecken und der Fahrzeugbereitstellung der Rheinbahn	nicht behandelt
41.18	RAT/268/2024	Antrag der Ratsfraktion Die Partei-Klima-Fraktion: Vielfalt beim Angebot pflanzenbasierter Gerichte sicherstellen	nicht behandelt
41.18.1	RAT/331/2024	Änderungsantrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen	nicht behandelt
42	RAT/321/2024	Wechsel von stimmberechtigten Mitgliedern der Fraktionen für den Behindertenrat	64
43	RAT/328/2024	Bericht aus der Kleinen Kommission Radverkehr	zurück-gezogen

## II. Nichtöffentlicher Teil

<b>TOP</b>	<b>Vorlage</b>	<b>Inhalt</b>	<b>Seite</b>
1		Anerkennung der Tagesordnung	2
2		Genehmigung der Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung vom 08.05.2024 (SI-RAT/003/2024)	3
3	RAT/296/2024	Anfrage der FDP-Ratsfraktion: Beteiligung Rheinbahn AG	3
4	RAT/317/2024	Anfrage der Ratsgruppe Tierschutz/Freie Wähler: Ankauf des Areals Am Wehrhahn 1 und Oststraße 15	8
5	ADIG/025/2024	Verlängerung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über den Betrieb des IT-Verfahrens P&I Loga im Rahmen des Lizenzumfanges „LogaAll-in“ (LAI) für den Bereich Personalwirtschaft bis zum 31.12.2026	8
6	RAT/300/2024	Bestellung einer Geschäftsführung	8
7	RAT/282/2024	Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Verwaltungsgericht Düsseldorf für die Amtszeit 01.05.2025 bis 30.04.2030	8
8	RAT/283/2024	Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter bei dem Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen für die Amtszeit 01.01.2025 bis 31.12.2029	9
9	RAT/284/2024	Energiewirtschaftlicher Anteilserwerb durch eine mittelbare Beteiligung	9
10	SCHUA/039/2024	Ziehung der ersten Kaufoption zum Schul- und Sportkomplex Benrodestraße/Marbacher Straße als wirtschaftlichste Variante	9
11		Grundstücksangelegenheiten	
11.1	APS/063/2024	Grundstücksangelegenheit	10
11.2	APS/075/2023/1	Grundstücksangelegenheit	10
11.3	RAT/293/2024	Grundstücksangelegenheit	11
12	RAT/322/2024	Abgabe einer Verpflichtungserklärung	11
13	RAT/323/2024	Kündigung eines Gesellschaftsvertrags	vertagt

**Anwesend:**

a) vom Rat

Oberbürgermeister	Dr. Keller	Vorsitzender
Ratsherr	Albes	SPD
Ratsherr	Angerhausen	CDU
Ratsherr	Auler	CDU
Ratsfrau	Bednarski	SPD
Ratsfrau	Böcker	CDU
Ratsherr	Born	Die Linke
Ratsherr	Bremer	CDU
Ratsherr	Buschhausen	CDU
Ratsherr	Cardeneo	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr	Charchira	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsfrau	Cordes	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr	Czerwinski	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsfrau	von Dahlen	CDU
Ratsherr	Droste	FDP
Ratsherr	El Ghazali	SPD
Ratsfrau	Elsholz	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr	Figge	SPD
Ratsherr	Dr. Fils	CDU
Ratsherr	Fischer	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr	Fix	Die Partei-Klima-Fraktion
Ratsfrau	Fobbe	SPD
Ratsfrau	Frey	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsfrau	Fleckner-Olbermann	SPD
Ratsfrau	Gelbke-Mößmer	Bündnis 90/Die Grünen
Bürgermeisterin	Gerlach	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr	Dr. Graeßner	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr	Hartmann	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr	Hartnigk	CDU
Ratsfrau	Hebeler	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsfrau	Heyden	Bündnis 90/Die Grünen
Bürgermeister	Hinkel	CDU
Ratsfrau	Holtmann-Schnieder	SPD
Ratsherr	Jörres	AfD
Ratsfrau	Klinke	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsfrau	Kraljic	AfD
Ratsherr	Kretschmann	CDU
Ratsfrau	Krüger	Tierschutz/Freie Wähler
Ratsherr	Kühbacher	SPD
Ratsherr	Labouvie	CDU
Ratsfrau	Lehmann	Die Linke
Ratsfrau	Lehmhaus	FDP
Ratsherr	Lemmer	Tierschutz/Freie Wähler
Ratsfrau	Löffler	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsfrau	Mansheim	CDU
Ratsfrau	Marmulla	Die Linke
Ratsherr	Mauersberger	CDU
Ratsherr	Mielczarek	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsfrau	Mirus	Die Partei-Klima-Fraktion
Ratsfrau	Dr. Möller	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr	Montanus	FDP
Ratsherr	Münter	CDU
Ratsherr	Neuenhaus	FDP
Ratsfrau	Opelt	AfD
Ratsherr	Dr. Panhaus	SPD
Ratsfrau	Penack-Bielor	CDU
Ratsfrau	Dr. Proschmann	SPD
Ratsfrau	Dr. Rachner	FDP
Ratsherr	Rasp	SPD
Ratsherr	Raub	SPD
Ratsherr	Rehne	FDP
Ratsherr	Rohloff	FDP

Ratsherr	Rütz	CDU
Ratsherr	Saitta	CDU
Ratsherr	Schenk	SPD
Ratsfrau	Schentek	CDU
Ratsfrau	Schmidt	CDU
Ratsherr	Schmidt	CDU
Ratsherr	Schulte	Die Partei-Klima-Fraktion (ab 18.10 Uhr)
Ratsherr	Dr. Schulz	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr	Schwenk	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr	Speit	CDU
Ratsfrau	Spillner	SPD
Ratsherr	Stieber	CDU
Ratsherr	Sültenfuß	CDU
Ratsherr	Thämer	CDU
Ratsherr	Tischendorf	CDU
Ratsfrau	Tonsen	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr	Tups	CDU
Ratsherr	Vatalis	SPD
Ratsherr	Volkenrath	SPD
Ratsfrau	Vorspel	Die Linke
Ratsherr	Warnecke	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr	Wensel	CDU
Ratsherr	Wolf	Bündnis 90/Die Grünen (ab 15.45 Uhr)
Bürgermeisterin	Zepuntke	SPD

b) von der Verwaltung:

Stadtdirektor Hintzsche  
Stadtkämmerin Schneider  
Beigeordneter Zaum  
Beigeordneter Kral  
Beigeordnete Koch  
Beigeordneter Wagner

**Entschuldigt:**

Beigeordnete Zuschke		
Ratsfrau	Goldberg-Hammon	SPD
Ratsfrau	Mucha	CDU
Ratsherr	Dr. Schork	FDP
Ratsherr	Dr. Schröder	CDU
Ratsherr	Wiedon	CDU

Beginn der öffentlichen Sitzung: 14.08 Uhr

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 31. Sitzung des Rates der Landeshauptstadt Düsseldorf in seiner 17. Wahlperiode am Donnerstag, den 19. September 2024. Wie immer laufen seit der Eröffnung der Sitzung die Liveübertragung und die Aufzeichnung. Die Speicherung der Ratssitzung gemäß dem Beschluss des Rates vom 10.09.2015 steht ab kommendem Montag, 14 Uhr, zum Abruf bereit. Gemäß § 3 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung endet die Abrufmöglichkeit mit der Genehmigung der Niederschrift der betreffenden Sitzung durch den Rat. Der Übertragung zugestimmt, aber der Speicherung widersprochen hat Ratsfrau Heyden.

Ich begrüße sehr herzlich die Zuschauerinnen und Zuschauer vor Ort und am Stream. Ich begrüße die Vertreterinnen und Vertreter der Medien, unsere Gaststenografin und die Gebärdensprachdolmetscherinnen und Gebärdensprachdolmetscher am Stream. Herzlich willkommen bei uns im Rat!

#### **Nachruf: Beigeordneter a. D. Paul Saatkamp**

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Meine sehr verehrten Damen und Herren, bevor wir mit der Sitzung beginnen, darf ich Sie bitten, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor Eintritt in die Tagesordnung der heutigen Sitzung gedenken wir eines ehemaligen Beigeordneten. Am 2. September 2024 verstarb Paul Saatkamp. Er wurde 88 Jahre alt. Paul Saatkamp war von 1988 bis 1997 Beigeordneter der Landeshauptstadt Düsseldorf. Als Dezernent für Soziales prägte er in seiner Amtszeit die Sozialpolitik Düsseldorfs maßgeblich mit und setzte sich stets für das Wohl der Bürgerinnen und Bürger ein.

Auch mit seinem sieben Jahrzehnte umfassenden Engagement in der Arbeiterwohlfahrt trug Paul Saatkamp dazu bei, Stadt und Region sozial, gerecht und menschlich zu gestalten. Insbesondere in 30 Jahren als ehrenamtlicher Vorsitzender des AWO-Bezirksverbandes Niederrhein hat er bleibende Spuren hinterlassen. Sein jahrzehntelanger Einsatz in Politik, Verwaltung und Stadtgesellschaft bleibt unvergessen. Die Landeshauptstadt Düsseldorf wird ihrem ehemaligen Beigeordneten Paul Saatkamp ein dankbares, ehrendes Andenken bewahren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben sich zu Ehren des Verstorbenen erhoben. – Ich danke Ihnen.

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Wir fahren fort mit Hinweisen zur heutigen Sitzung. Wir haben eine Reihe von Abwesenheiten und vereinbarten Pairings. Ganztägig abwesend sind Ratscherr Dr. Schork und Ratsfrau Goldberg-Hammon, bis circa 16.30 Uhr Ratscherr Wolf und ab 18.45 Uhr Ratsfrau Dr. Möller.

Folgende Pairings wurden vereinbart: Ganztägig pairen Ratsfrau Mucha und Ratsfrau Goldberg-Hammon, Ratscherr Dr. Schröder und Ratsfrau Bednarski, Ratscherr Wiedon und Ratscherr Albes. Von 15.30 bis 18 Uhr pairen Ratscherr Tischendorf und Ratscherr El Ghazali, ab 18.30 Uhr Ratsfrau Schentek und Ratscherr Figge.

Denjenigen, die krankheitsbedingt fehlen, wünsche ich von hier aus gute Genesung. Das gilt im Übrigen auch für Beigeordnete Cornelia Zuschke, die heute krankheitsbedingt abwesend ist.

Meine Damen und Herren, wir treten in die Tagesordnung ein.

## 1

### Verpflichtung eines Ratsmitgliedes

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Ich darf Herrn Frederik Hartmann als Nachfolger von Ratsfrau Ouammar zu mir nach vorn bitten.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Herr Hartmann, ich darf Sie bitten, mir nachzusprechen.

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt Düsseldorf erfüllen werde.“

Vielen Dank und auf gute Zusammenarbeit! Herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall – Es werden Fotos gemacht. – Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

## 2

### Anerkennung der Tagesordnung

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen zu Tagesordnungspunkt 2 und einigen weiteren Hinweisen. Die Redezeitbegrenzung heute richtet sich nach unserer Geschäftsordnung. Die Anfragen werden mündlich in dem dafür vorgesehenen zeitlichen Rahmen beantwortet. Im Ältestenrat wurde verabredet, dass die 20-Uhr-Grenze bestehen bleibt.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung rechtzeitig zugegangen. Sie haben für diese Sitzung zwei Nachlieferungen und eine Tischvorlage erhalten.

Eine erste Nachlieferung haben Sie am Dienstag, den 17.09.2024, erhalten. Mit dieser wurde unter TOP 42 die Vorlage RAT/321/2024 – Wechsel von stimmberechtigten Mitgliedern der Fraktionen für den Behindertenrat – aufgenommen. Zudem wurde der ausschließlich digital abrufbare Bericht der Vorlage HFA/027/2024 unter TOP 12 – das ist der Beteiligungsbericht 2022 der LHD – aktualisiert.

Mit der zweiten Nachlieferung vom Mittwoch, den 18.09.2024, wurden vier Anfragen aus aktuellem Anlass unter den TOPs 4.1, 4.2, 4.3 und 4.4 auf die Tagesordnung genommen. Ebenfalls der Tagesordnung neu hinzugefügt wurden TOP 21.1 – das ist die Vorlage RAT/329/2024, ein Änderungsantrag der FDP-Ratsfraktion zur Vorlage OVA/060/2024 – sowie TOP 43, RAT/328/2024 – Bericht aus der Kleinen Kommission Radverkehr. Dieser Bericht wird hiermit wieder zurückgezogen. Nachgereicht wurde die Vorlage unter TOP 36 – das ist die Umbesetzung von Ausschüssen.

Mit der heutigen Tischvorlage liegt Ihnen unter TOP 41.11 zur Vorlage RAT/292/2024 ein Änderungsantrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vor. Zudem möchte ich zu den TOPs 41.3 beziehungsweise 41.3.1 – das sind die Anträge zu der Installation von Ampelpärchen der Vielfalt und Radschlägern an Fußgängerampeln – darauf hinweisen, dass ich mir vorbehalte, einen möglichen Beschluss zu diesen Tagesordnungspunkten zu beanstanden. Dadurch könnte zu diesem Thema auch endlich Rechtssicherheit geschaffen werden.

Gibt es weitere Wünsche, Ergänzungen oder Wortmeldungen zur Tagesordnung? – Die sehe ich nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung über die Tagesordnung in Gänze. Ist jemand gegen die

Tagesordnung? – Möchte sie jemand nicht genehmigen oder sich enthalten? – Dann ist sie so **anerkannt** und wir verfahren entsprechend.

### 3

#### **Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 08.05.2024 (SI-RAT/003/2024)**

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Die Niederschrift liegt Ihnen vor. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Möchte sie jemand nicht genehmigen oder sich enthalten? – Dann ist sie einstimmig so **genehmigt**.

### 4

#### **Anfragen aus aktuellem Anlass**

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Die Anfragen aus aktuellem Anlass werden mündlich beantwortet. Hierfür stehen uns 30 Minuten zur Verfügung. Vier Zusatzfragen sind zulässig, wobei die erste Zusatzfrage der anfragenden Fraktion oder dem anfragenden Ratsmitglied zusteht.

#### 4.1

##### **Anfrage aus aktuellem Anlass der Die Partei-Klima-Fraktion: Taxi-Halt am Corneliusplatz RAT/324/2024**

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Soll die Anfrage eingebracht werden, Ratsherr Fix?

(Ratsherr Fix [Die Partei-Klima-Fraktion]: Nein!)

Soll sie beantwortet werden?

(Ratsherr Fix [Die Partei-Klima-Fraktion]: Ja, gern!)

Dann darf ich Herrn Kral bitten, die Frage zu beantworten. – Bitte, Herr Kral, Sie haben das Wort.

**Beigeordneter Kral:** Die Anfrage ist wie immer dreiteilig.

Die Frage 1 lautet: Geht die Stadtverwaltung davon aus, dass eine durch die Einrichtung eines Taxi-Halts erforderliche Umgestaltung des denkmalgeschützten Corneliusplatzes die Zustimmung des Architekten, der die Neugestaltung des denkmalgeschützten Platzes entworfen hat, Herrn Thomas Fenner, erfordert?

Die Antwort auf diese Frage lautet: Es ist nicht vorgesehen, im Zusammenhang mit dem Umbau der Heinrich-Heine-Allee auf dem Corneliusplatz einen Taxi-Halt zu errichten. Jedoch soll der Taxi-Stand auf der Heinrich-Heine-Allee gemäß Bedarfsbeschluss (OVA/137/2021) künftig in den Abendstunden auch über die Elberfelder Straße, also vom Corneliusplatz aus, angefahren werden können. Hierzu soll ein Wartebereich für Taxis parallel zur Tunnelausfahrt der Elberfelder Straße angelegt werden, der über den Corneliusplatz erreicht werden kann. Der Kreuzungsbereich Heinrich-Heine-Allee/Elberfelder Straße wird hierfür baulich angepasst. Ein Umbau des Corneliusplatzes ist nicht vorgesehen. Es sind keine baulichen Veränderungen geplant, die einer Zustimmung des Architekten bedürfen.

Nach dieser Antwort zur Frage 1 fallen die Antworten relativ kurz aus.

Frage 2: Falls ja, wurde der Architekt Fenner bereits in die beabsichtigte Planung einbezogen oder darauf hingewiesen, dass eine solche ansteht?

Antwort: Nein, eine Einbeziehung ist nicht erfolgt.

Frage 3: Falls nein, warum nicht?

Antwort: Eine Einbeziehung des Architekten ist nicht erforderlich; siehe Antwort zu Frage 1. – Danke schön.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Vielen Dank, Herr Beigeordneter Kral. – Gibt es Zusatzfragen? – Diese sehe ich nicht.

#### 4.2

#### **Anfrage aus aktuellem Anlass der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: Rheinterrasse RAT/327/2024**

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Frau Bürgermeisterin Gerlach, bitte, Sie haben das Wort.

**Bürgermeisterin Gerlach (Bündnis 90/Die Grünen):** Herzlichen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Meine Damen und Herren! Wir haben für die Anfrage aus aktuellem Anlass zur Rheinterrasse einen positiven Anlass genommen, möchten aber einfach noch ein bisschen mehr wissen. Wir haben vor anderthalb Jahren hier im Rat auf unsere Anfrage hin über die Rheinterrasse diskutiert und über die Fragen: Wie ist das mit dem Pächter? Wäre es nicht sinnvoller, wenn wir selbst als Stadt unser städtisches Gebäude betreiben würden? Denn es gab immer wieder Schwierigkeiten des Brauchtums, dort adäquate Bedingungen vorzufinden, Kulturveranstaltungen haben dort nur sehr wenige stattgefunden und auch grundsätzlich konnten wenige öffentliche Veranstaltungen dort stattfinden.

Ich glaube, es gab eine eindeutige Haltung des Rates dazu. Deshalb freue ich mich, dass jetzt verhandelt und auch erwirkt werden konnte, dass die Rheinterrasse zu einer städtischen Tochter geht, nämlich zu D.LIVE. Das freut mich. Aber das Wichtige, was wir haben wollten, war, dass einfach wieder gesichert mehr Brauchtumsveranstaltungen und auch Kulturveranstaltungen stattfinden können. Das konnte ich oder konnten wir der Pressemitteilung nicht entnehmen. Deshalb möchten wir einfach gern fragen: Wie ist das Verfahren jetzt vorgesehen? Wie wird die Stadt sicherstellen, dass die Rheinterrasse wieder stärker für die Öffentlichkeit zugänglich ist und dort wieder mehr Brauchtumsveranstaltungen und Kulturveranstaltungen stattfinden können? Ich freue mich auf die Beantwortung. – Vielen Dank.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Vielen Dank, Frau Bürgermeister Gerlach. – Frau Stadtkämmerin Schneider, bitte, zur Beantwortung. – Sie haben das Wort.

**Stadtkämmerin Schneider:** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren des Rates! Ich beantworte die Fragen der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen wie folgt:

Frage 1 lautete: Wie ist das zukünftige Konzept für den Betrieb, die Sanierung und die Unterhaltung der Rheinterrasse zwischen der Stadt, der D.LIVE und dem bisherigen Pächter vorgesehen?

Die Antwort, die von der D.LIVE übermittelt wurde, lautet: Im Rahmen eines dreiseitigen Pächterwechsels ist die D.LIVE in den bestehenden Pachtvertrag der Stockheim Restaurationsbetriebe GmbH eingetreten und übernimmt somit ab dem 1. Januar 2025 den Betrieb der Rheinterrasse. Es folgt eine Bestandsaufnahme und eine Konzeptionierung. Diese muss bei einem solch alten Gebäude mit einer solch langen Geschichte als Prozess betrachtet werden. Es gibt also noch kein fertiges Programm, sondern der Prozess ist jetzt angestoßen.

Die Frage 2 lautet: Welches Nutzungskonzept wird seitens der D.LIVE für die Veranstaltungsräume sowie für die Terrassenbereiche angestrebt – sowohl hinsichtlich der Vermarktung für Events als auch öffentlich zugänglicher Angebote?

Die Antwort lautet: Das Nutzungskonzept für die Rheinterrasse wird derzeit erarbeitet und soll pünktlich zum Betriebsstart am 1. Januar 2025 umgesetzt werden. Durch unseren – also von D.LIVE – umfangreichen Kundenstamm, unsere Expertise im Vertrieb und in der Durchführung von Business-, Corporate- und Kulturveranstaltungen sowie durch die Unterstützung unserer spezialisierten Abteilungen planen wir, die Rheinterrasse schnell und signifikant zu beleben. Die D.LIVE strebt an, ein vielfältiges Angebot zu schaffen, das sowohl privatwirtschaftliche als auch öffentliche Veranstaltungen umfasst. Dazu gehören kulturelle Events, Brauchtumsveranstaltungen, Firmenveranstaltungen und das Angebot auf dem Terrassenbereich. Das Ziel ist es, die Rheinterrasse zu einem lebendigen Ort der Begegnung für alle Düsseldorfer\*innen und ihre Gäste der Stadt zu machen.

Die Frage 3 lautet: Wie werden D.LIVE und Stadt sicherstellen, dass die Rheinterrassen als Veranstaltungsort künftig wieder stärker für Kultur und für das Sommer- und Winterbrauchtum zur Verfügung stehen?

Die Antwort lautet: Hierfür wurden im Vertrag Regelungen gefunden, welche den nichtkommerziellen Charakter der Brauchtumsveranstaltungen Folge leisten sollen. Darüber hinaus plant die D.LIVE, einen intensiven Dialog mit den Vertretern des Sommer- und Winterbrauchtums zu führen. Hierzu möchte die D.LIVE Workshop-Formate initiieren, um gemeinsam Bedürfnisse und Anforderungen zu ermitteln. Ziel ist es, passgenaue Konzepte zu entwickeln, die den Ansprüchen des Brauchtums gerecht werden und gleichzeitig neue Impulse setzen. Durch diese enge Zusammenarbeit will die D.LIVE sicherstellen, dass die Rheinterrasse wieder stärker als Ort für Düsseldorf gesehen wird.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Vielen Dank, Frau Schneider. – Gibt es Zusatzfragen? – Bürgermeisterin Gerlach, bitte.

**Bürgermeisterin Gerlach (Bündnis 90/Die Grünen):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es ist erst einmal passiert, das finde ich super. Jetzt ist natürlich die Frage, wie es weitergeht. Deshalb meine Frage: Wie wird die Politik in den Prozess einbezogen? – Wir haben wirklich oft und auch länger darüber diskutiert, und wir werden als Politik auch immer wieder angesprochen oder sind immer wieder angesprochen worden. Deshalb meine Frage: Werden wir Informationen dazu im Rat bekommen? Wie werden wir mit hineingeholt?

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Bitte, Frau Stadtkämmerin, Sie haben das Wort.

**Stadtkämmerin Schneider:** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Frau Gerlach, ohne das jetzt mit allen Betroffenen und Beteiligten im Vorfeld abgestimmt zu haben, der Hinweis von meiner Seite: Die D.LIVE steigt in einen bestehenden Vertrag, der bestimmte Rahmenbedingungen setzt, ein. Wir haben jetzt Zeit gewonnen, für die Vertragslaufzeit ein Konzept zu entwickeln. Dieses Konzept werden wir sicherlich auch unter anderem bei den Workshops zur Diskussion stellen. Eine Form der Einbindung kann ich Ihnen jetzt schon zusichern, weil die D.LIVE eine städtische Beteiligungstochter ist, die einen Aufsichtsrat hat, in dem Vertreterinnen und Vertreter dieses Gremiums vertreten sind. Die Einflussmöglichkeit gibt es auf jeden Fall.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Vielen Dank. – Ratsherr Dr. Fils zur zweiten Zusatzfrage.

**Ratsherr Dr. Fils (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Ich stelle es jetzt natürlich einmal formal als Frage, was eher ein Wunsch und eine Empfehlung ist. Ich habe gelesen, dass auch Umbaumaßnahmen kommen sollen. Dazu die Frage: Kann man davon ausgehen, dass diese in

vollem Respekt zu der tollen Architektur und dem Denkmal gemacht werden? Es gibt dort goldene Wände und andere Schätze. Wird das alles berücksichtigt?

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Klare Antwort der Verwaltung: Ja!

(Stadtkämmerin Schneider: Ja!)

Gibt es weitere Zusatzfragen? – Das ist nicht der Fall.

#### 4.3

##### **Anfrage aus aktuellem Anlass der AfD-Ratsfraktion: Baulicher Zustand der Düsseldorfer Rheinbrücken, insbesondere der Theodor-Heuss-Brücke**

RAT/325/2024

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Meine Damen und Herren, diese Anfrage weise ich gemäß § 8 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Rates zurück. Wir werden diese nicht beantworten. Die Anfragen nach § 8 der Geschäftsordnung des Rates erfordern einen aktuellen Anlass, der darin begründet ist, dass die Anfrage nicht in der Frist für reguläre Anfragen hätte gestellt werden können. Zudem darf die Beantwortung nicht bis zur nächsten Ratssitzung warten können. Zwar ist die Anfrage inhaltlich nicht zu beanstanden, es fehlt aber an der Aktualität. Nicht bei jedem sich in irgendeiner anderen Kommune der Republik realisierten Risiko, welches sich theoretisch ebenfalls in der Landeshauptstadt Düsseldorf realisieren könnte, handelt es sich um einen aktuellen Anlass. Eine solche Definition der Aktualität würde erkennbar dem Regelungszweck von § 8 der Geschäftsordnung zuwiderlaufen. Der Zustand der Theodor-Heuss-Brücke wurde in den Gremien herauf und herunter diskutiert und ist hinlänglich bekannt. Deshalb ist die Anfrage zurückzuweisen.

#### 4.4

##### **Anfrage aus aktuellem Anlass der AfD-Ratsfraktion: Sicherheitspersonal in städtischen Obdachlosenunterkünften**

RAT/326/2024

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Soll diese Anfrage eingebracht werden? – Das ist nicht der Fall. Dann darf ich Frau Beigeordnete Koch bitten, sie zu beantworten. – Bitte, Frau Koch, Sie haben das Wort.

**Beigeordnete Koch:** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir vorab, noch einmal den vier Männern, selbst Nutzer der Tagesstätte, zu danken, die – ich war urlaubsbedingt abwesend – auch hier im Rathaus empfangen worden sind und denen es zu verdanken ist, dass dieser Mann tatsächlich sehr schnell überwältigt werden konnte. Das waren Nutzer der Tagesstätte.

Ansonsten beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Frage 1: In wie vielen städtischen Unterkünften und Anlaufstellen der Obdachlosenhilfe wird ein Sicherheitsdienst schon eingesetzt oder ist die Einsetzung eines Sicherheitsdienstes künftig geplant?

Antwort: Aktuell sind 19 der 33 Unterkünfte für obdachlose Menschen mit einem Sicherheitsdienst ausgestattet. Damit sind alle Gemeinschaftsunterkünfte, das heißt Unterkünfte, in denen Flächen wie Sanitäreinrichtungen und Küchen von den Bewohner\*innen gemeinschaftlich genutzt werden, mit einem Sicherheitsdienst versehen. Eine Erweiterung der Bewachung auf die Unterkünfte der wohnungsähnlichen Unterbringung ist derzeit nicht geplant und wird auch nicht für notwendig erachtet. Sämtliche Notschlafstellen sind mit Sicherheitsdiensten ausgestattet.

Frage 2: Denkt die Stadt beziehungsweise das zuständige Dezernat über eine Finanzierung von Sicherheitspersonal für die freien Träger der Wohnungslosenhilfe nach? Falls nein: Warum nicht?

Antwort: Die Verwaltung steht im engen Austausch mit den freien Trägern und unterstützt diese im Bedarfsfall. Über den bestehenden Sicherheitsdienst hinaus wird die Verwaltung mit den freien Träger der Wohnungslosenhilfe über weitere Maßnahmen beraten.

Frage 3: Welche geschätzten Kosten würden auf die Stadt Düsseldorf zukommen, wenn flächendeckend in allen Unterkünften und Anlaufstellen der städtischen und freien Träger Security eingesetzt würde?

Antwort: Eine flächendeckende Ausstattung mit Sicherheitspersonal in allen Unterkünften, Notschlafstellen und Anlaufstellen in städtischer Trägerschaft beziehungsweise Finanzierung würde sich mindestens auf 11 Millionen Euro pro Jahr belaufen. Die Ausstattung und Finanzierung von Sicherheitspersonal aller Anlaufstellen in freier Trägerschaft ist pauschal von der Verwaltung nicht zu beantworten, da bei der Vielzahl an Hilfsangeboten der freien Träger die Bedarfe und der Einsatz sowohl personell als auch zeitlich variieren können.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Vielen Dank, Frau Beigeordnete. – Ich sehe keine Zusatzfragen. Damit haben wir die aktuellen Anfragen abgearbeitet.

## 5

### Anfragen

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Für die regulären Anfragen stehen uns 45 Minuten zur Verfügung. Auch hier gibt es das Recht für vier Zusatzfragen, wobei die erste Zusatzfrage der anfragenden Fraktion beziehungsweise dem anfragenden Ratsmitglied zusteht.

#### 5.1

#### **Anfrage der Ratsfraktion Die Partei-Klima-Fraktion: Wettbewerb Opernhaus der Zukunft – Besetzung der Jury**

RAT/274/2024

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Soll diese Anfrage begründet werden? – Das ist nicht der Fall. Dann darf ich Frau Koch bitten, sie zu beantworten. – Bitte, Frau Koch, Sie haben das Wort.

**Beigeordnete Koch:** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Verwaltung beantwortet die Anfrage der Ratsfraktion Die Partei-Klima-Fraktion wie folgt: Ich lese alle Fragen vor und beantworte anschließend die drei Fragen gemeinsam.

Frage 1: Trifft es zu, dass die in der Bekanntmachung des Teilnahmewettbewerbs namentlich benannten Jurymitglieder identisch sind mit den Mitgliedern des Preisgerichts im folgenden Planungswettbewerb beziehungsweise Realisierungswettbewerb für den Bau des Opernhauses der Zukunft? Wenn nein: Für was ist dann die Jury, deren Mitglieder namentlich veröffentlicht werden, zuständig?

Frage 2: Ist vorgesehen, den Rat nicht entscheiden zu lassen über die Zusammensetzung und Besetzung des Preisgerichts für den Realisierungswettbewerb für den Bau des Opernhauses der Zukunft?

Frage 3: Wurde mit Bekanntmachung des oben genannten Teilnahmewettbewerbs in Gänze oder teilweise eine Vorentscheidung getroffen über den folgenden Realisierungswettbewerb beziehungsweise dessen Durchführung und Ausgestaltung? Wenn ja: Ist vorgesehen, den Rat nicht

abschließend über die Durchführung und die Ausgestaltung dieses Wettbewerbs entscheiden zu lassen?

Antwort zu den Fragen 1 bis 3: Die in der Anfrage genannte und im Juli 2024 veröffentlichte Bekanntmachung ist ein vorbereitender und notwendiger Schritt zur Initiierung des Realisierungswettbewerbs. Die Bekanntmachung war – in Abstimmung mit der Architektenkammer – notwendig aufgrund der neuen Standortentscheidung sowie der Berücksichtigung der Clara-Schumann-Musikschule. Die Bekanntmachung ist somit ein Vorgehen, welches aus den Regeln für die Durchführung von nichtoffenen, zweiphasigen Realisierungswettbewerben nach der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge und der Richtlinien für Planungswettbewerbe erforderlich ist. Es wurden keine Vorentscheidungen sachlicher Art getroffen.

Bei den Personen, die in der Bekanntmachung genannt wurden, handelt es sich zunächst um die Besetzung des Preisgerichts, welches für den Realisierungswettbewerb zum Standort Heinrich-Heine-Allee 16a benannt wurden.

Hinsichtlich des Preisgerichts für den nun anstehenden Realisierungswettbewerb zum Standort Am Wehrhahn 1/Oststraße 15 ist die zumindest teilweise Neuaufrichtung des Preisgerichts vorgesehen. Dies soll – wie im Ratsbeschluss RAT/224/2023 festgelegt – dem Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf im Zuge des Auslobungsbeschlusses in nichtöffentlicher Sitzung vorgelegt werden.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Vielen Dank, Frau Beigeordnete Koch. – Gibt es den Wunsch nach Zusatzfragen? – Das scheint nicht der Fall zu sein.

## 5.2

### **Anfrage der Ratsfraktion Die Linke: Kosten der Opernplanung Heinrich-Heine-Allee RAT/287/2024**

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Ratsfrau Lehmann, bitte, Sie haben das Wort.

**Ratsfrau Lehmann (Die Linke):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind an den Kosten der Opern-Planung interessiert – auch aus Transparenzgründen, damit Düsseldorfer Bürgerinnen und Bürger Bescheid wissen. Das heißt, wir möchten wissen: Welche Kosten sind bisher angefallen, wie zum Beispiel Bestanduntersuchungen, Rechtskosten, Gutachten, Workshops oder der abgebrochene Architektenwettbewerb?

Dann sind wir interessiert an den Kosten, die weiterhin entstanden sind, als schon im Geheimen klar war, dass es einen anderen Standort geben sollte. Die beiden Wehrhahn-Grundstücke wurden angekauft, währenddessen wurde weiter geplant. Wie hoch sind diese Kosten?

Zudem sind wir daran interessiert, welche Kostenprognose es denn gibt und ob diese auch öffentlich bekannt gemacht werden kann. Das Ganze sind natürlich Ausgaben, die letztlich der Stadtrat nicht entscheiden sollte. Deshalb machen wir uns weiterhin stark für einen Bürger\*innen-Entscheid. – Danke.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Frau Beigeordnete Koch, bitte, Sie haben das Wort.

**Beigeordnete Koch:** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Verwaltung beantwortet die Anfrage der Ratsfraktion Die Linke wie folgt:

Frage 1: Wie hoch sind die Kosten, die bisher für die Vorbereitung eines Neubaus für die Deutsche Oper am Rhein entstanden sind? Bitte nach Maßnahmen aufschlüsseln, zum Beispiel Kosten für Bestandsuntersuchungen, Rechtskosten, Gutachten, Workshops, abgebrochener

Architektenwettbewerb – wobei ich da gerade darüber nachdenke, dass es den eigentlich so nicht gab bis jetzt, weil vorher die Standortentscheidung verändert wurde.

Antwort zu Frage 1: Die im Vorfeld entstandenen Kosten für die Untersuchungen des Bestandsgebäudes Heinrich-Heine-Allee sind nicht Teil des Projektes „Opernhaus der Zukunft“. Dies sind Aufgaben, die für das Bewirtschaften von Gebäuden erforderlich sind und durch das zuständige Kulturamt in eigener Zuständigkeit durchgeführt wurden. Untersuchungen zum Gebäudezustand geben Aufschluss über Art und Umfang von notwendigen Sanierungsmaßnahmen. Sie sind daher nicht als projektspezifische Kosten zu betrachten.

Zur Standortentscheidung im Juni 2023 wurde ein städtebaulicher Ideenwettbewerb mitsamt einer entsprechenden Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt. Dieser hat wichtige, standortunabhängige Erkenntnisse für die Umsetzbarkeit des Opernhauses der Zukunft hervorgebracht. Eine Erkenntnis aus dem Wettbewerb war, dass beide Standorte für das Opernhaus der Zukunft infrage kommen. Insgesamt sind Kosten in Höhe von 3,2 Millionen Euro angefallen. Für Bauherrenaufgaben und notwendige Planungen und Untersuchungen sowie die Vorbereitung und Durchführung des städtebaulichen Ideenwettbewerbes sind hierbei insgesamt Kosten in Höhe von rund 2,6 Millionen Euro angefallen. Weitere rund 550.000 Euro wurden für die Öffentlichkeitsbeteiligung verausgabt.

Frage 2: Wie hoch ist dabei der Anteil an Kosten für Maßnahmen, die spezifisch den Standort Heinrich-Heine-Allee betreffen? Bitte nach Maßnahmen aufschlüsseln, zum Beispiel Kosten für Bestandsuntersuchungen, Rechtskosten, Gutachten, Workshops et cetera.

Antwort zu Frage 2: Mit Ratsbeschluss KUA/041/2023 vom 15.06.2023 mit dem Titel „Deutsche Oper am Rhein – Opernhaus der Zukunft Standortentscheidung, nächste Verfahrensschritte und Kosten“ wurde unter anderem eine Kostenprognose bis zum Auslobungsbeschluss vorgelegt. Die seit diesem Beschluss verausgabten Mittel belaufen sich auf rund 2,5 Millionen Euro und liegen somit unterhalb der entsprechenden Kostenprognose. Von diesen Kosten fielen für Planungen an der Heinrich-Heine-Allee Mittel in Höhe von rund 1,3 Millionen Euro sowie für die Interimslösung Mittel in Höhe von rund 1,1 Millionen Euro an. Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass die im Rahmen dieses Projektes bisher gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse in den weiteren Prozess einfließen und für den neuen Standort Am Wehrhahn 1/Oststraße 15 genutzt werden.

Die detaillierte Kostenaufteilung, die Ihnen als Tabelle vorliegt, werde ich jetzt nicht vorlesen.

Vielmehr komme ich zu Frage 3: Wie hoch ist der Anteil der unter 2 genannten Kosten, die seit der Verwaltungsentscheidung zur Prüfung des Alternativstandorts Am Wehrhahn entstanden sind oder fällig waren? Bitte jeweils für den Zeitraum seit der internen Verwaltungsentscheidung und seit der ersten Anfrage zwecks Ankauf der notwendigen Grundstücke darstellen. Bitte nach Maßnahmen aufschlüsseln und gegebenenfalls Gründe benennen, weshalb Maßnahmen weitergeführt wurden.

Antwort zu Frage 3: Entsprechende Untersuchungen für den Standort Am Wehrhahn 1/Oststraße 15 wurden nach dem Ratsbeschluss RAT/244/2024 mit dem Titel „Deutsche Oper am Rhein – Opernhaus der Zukunft – Aufhebung des Ratsbeschlusses KUA/041/2023 und neue Standortentscheidung sowie nächste Verfahrensschritte“ vom 27.06.2024 angestoßen und dauern derzeit noch an.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Vielen Dank, Frau Koch. – Weitere Fragen? – Eine Zusatzfrage von Ratsfrau Marmulla. – Sie haben das Wort, Ratsfrau Marmulla.

**Ratsfrau Marmulla (Die Linke):** Vielen Dank. – Ich bin schon sehr erschüttert über die Summe der Ausgaben für die Interimsspielstätte. Wir haben hier mehr als 1 Million Euro in etwas verballert, was wir nie haben wollten. Wenn ich mir jetzt die Bauherrenaufgabe ansehe und das ungefähr der gleiche Betrag ist wie für die Heinrich-Heine-Allee, frage ich mich schon ein wenig: Wurde da einfach eine Summe geteilt und Pi mal Daumen zugerechnet? Können Sie dazu etwas sagen, wie

diese Summen entstanden sind? – Dass man 0 Euro für eine Projektleitung veranschlagt, finde ich auch seltsam. Deshalb hätte ich gern eine Erklärung für die Null an dieser Stelle. – Vielen Dank.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Frau Beigeordnete Koch, bitte.

**Beigeordnete Koch:** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich kann jetzt, glaube ich, die Fragen „Es kommt mir komisch vor oder so!“ nicht beantworten, aber ich möchte noch einmal darauf hinweisen, was vielleicht immer verführt, wenn wir über eine Interimslösung sprechen. Ein Interim ist nicht gleich ein Interim. Wir haben hier ein Gebäude geplant, das einen kompletten Opern- und Ballettbetrieb aufgenommen hätte, und zwar über einen Zeitraum von ungefähr fünf Jahren – ich hoffe, es werden nicht so viele Jahre wie in Köln. Ich glaube, das verführt dazu, dass man denkt, wir hätten dort etwas sehr Einfaches hinstellen können. Das wäre nicht der Fall gewesen. Weder die Dauer des Interims noch der Umfang des Interims ist bis jetzt in Düsseldorf jemals durchgeführt worden. Das ist überhaupt nicht vergleichbar mit dem, was die Oper hatte, als sie am Landtag war. Das ist auch nicht vergleichbar mit dem, was das Schauspielhaus hatte. Das waren lediglich die Aufführungsstätten. Hier hätten wir die kompletten Werkstätten abgebildet, die komplette Verwaltung und so weiter. – So viel zu Ihrer Frage, warum das mit dem Interim genauso teuer sein kann wie bei den Planungsleistungen der Heinrich-Heine-Allee.

Zu der Projektleitung möchte ich Ihnen noch vorstellen, dass wir tatsächlich für die Projektleitung im Dezernat eine städtische Funktion ausgeschrieben haben, die wir auch stadintern besetzt haben. Ansonsten liegen Ihnen die Kosten vor bis zu dem Abbruch der Planungen für die Interimslösung, die mit der neuen Standortentscheidung dann nicht mehr nötig war.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Vielen Dank, Frau Koch. – Weitere Zusatzfragen? – Ratsfrau Lehmann, Sie haben das Wort.

**Ratsfrau Lehmann (Die Linke):** Danke, Herr Oberbürgermeister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gab mal eine Kostenprognose 2021, und wir wundern uns, dass es sie jetzt nicht gibt. Die zwischenzeitlichen Kosteninformationen haben wir hier auch schon einmal benannt, wofür wir kritisiert worden sind. Diese hatten wir aber der Presse entnommen. Das heißt: Gibt es eine Kostenprognose? – Danke.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Frau Beigeordnete Koch, Sie haben das Wort.

**Beigeordnete Koch:** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das Bauprojekt „Opernhaus der Zukunft“ unterscheidet sich in seinen Abläufen in keiner Weise von anderen Bauprojekten. Zu diesem Zeitpunkt können wir Ihnen keine weitere Kostenschätzung präsentieren. Wir haben eine Standortentscheidung getroffen. Dafür war der Ideenwettbewerb da. Wir gehen jetzt in einen Realisierungswettbewerb, der verschiedene Vorgaben hat; das kennen Sie alle, wenn Sie im Kulturausschuss, in der Kleinen Kommission oder in den verschiedenen Sitzungen waren. Maßgeblich sind ein Raum- und Funktionsprogramm, das jetzt natürlich noch einmal erweitert wird – nicht für die DOaR, dieses Raum- und Funktionsprogramm ist gleichgeblieben, sondern zusätzlich werden wir das Raum- und Funktionsprogramm für die Clara-Schumann-Musikschule mit hineinnehmen. Und natürlich ist es durch andere Parameter vorgegeben, was unter anderem Wirtschaftlichkeit angeht. Das ist ein wichtiges Kriterium auch für den Realisierungswettbewerb, und damit gehen wir jetzt in die nächsten Schritte.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Vielen Dank für die Beantwortung. – Weitere Zusatzfragen? – Ratsherr Fix, Sie haben das Wort.

**Ratsherr Fix (Die Partei-Klima-Fraktion):** Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Ich wollte bei der Verwaltung nochmals nachfragen, inwieweit die Musikschule jetzt auch schon bei der neuen Oper wirklich mit eingeplant ist. Sie hatten auch schon bei unserer Anfrage davon gesprochen,

aber so, wie ich das verstanden hatte, war das eigentlich eine Option von vielen, die man theoretisch noch hätte in Zukunft. Richtig, oder?

(Beigeordnete Koch nickt.)

Danke.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Reicht Ihnen das Nicken der Dezernentin?

(Ratsherr Fix [Die Partei-Klima-Fraktion]: Ja, das Nicken reicht mir!)

Wir werden eine endgültige Aussage dazu mit dem Auslobungsbeschluss im Dezember vorlegen.

Weitere Zusatzfragen zu 5.2? – Ratsfrau Marmulla noch einmal. Das ist dann die letzte Zusatzfrage. – Sie haben das Wort.

**Ratsfrau Marmulla (Die Linke):** Ich finde die Frage, die Ratsherr Fix gestellt hat, sehr spannend. Wir hätten schon noch gern einige Ausführungen dazu, wie der Stand ist, dass die Clara-Schumann-Musikschule einziehen soll. Für uns war das bislang – wie Ratsherr Fix auch schon sagte – eine Option von vielen. Wenn Sie das in den Auslobungstext richtig integrieren, hat das immer einen Vorlauf und so weiter. Dazu brauchen wir jetzt schon einige nähere Ausführungen, um die wir an dieser Stelle bitten.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Was möchten Sie konkret fragen?

**Ratsfrau Marmulla (Die Linke):** Wie Sie das gerade bearbeiten und wie der Sachstand ist, dass die Clara-Schumann-Musikschule in den Auslobungstext eingearbeitet wird.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Darauf gibt es bestimmt eine Antwort. – Sie haben das Wort, Frau Kollegin.

**Beigeordnete Koch:** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es gab vor der Sommerpause einen Ratsbeschluss, dass wir genau das prüfen sollen, ob die Clara-Schumann-Musikschule an diesem neuen Standort integriert werden kann. Dazu haben wir während der Sommerpause gearbeitet. Das heißt, wir haben mit der Leitung der Clara-Schumann-Musikschule und dem Freundeskreis besprochen, dass das Raum- und Funktionsprogramm aufgesetzt werden muss für eine Musikschule, die sich bislang in der Idee bewegt hat, einen Erweiterungsbau am Standort Prinz-Georg-Straße zu machen. Das muss jetzt nochmals aktualisiert werden. Dazu gab es in der Sommerpause viele Termine. Es gibt für dieses Sonderthema auch eine Projektleitung, die durch die IPM gestellt wird. Zudem wird es Workshops geben mit den Mitarbeitenden der Clara-Schumann-Musikschule, aber sicherlich auch mit Nutzer\*innen – in dem Fall Kinder und Jugendliche und die beteiligten Eltern –, um tatsächlich ein aktuelles, zukunftsfähiges Raum- und Funktionsprogramm für eine Musikschule aufzustellen, das Sie dann in diesem Auslobungstext, der dem Rat noch vorgelegt wird, finden werden. Aber die Clara-Schumann-Musikschule als mögliche weitere Nutzerin des neu zu errichtenden Gebäudes Am Wehrhahn ist Auftrag dieses Rates.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Vielen Dank. – Ich sehe keine weiteren Zusatzfragen. Es wäre auch keine weitere Zusatzfrage zulässig.

### 5.3

#### **Anfrage der Ratsfraktion Die Linke: Kosten der Invictus Germany**

RAT/288/2024

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Meine sehr verehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir hierzu eine Vorbemerkung, die ich im Ältestenrat auch schon einmal gemacht habe. Ich darf Sie

darin erinnern, insbesondere die anfragestellende Fraktion in diesem konkreten Fall, dass Anfragen der Ratsarbeit dienen sollen und nicht der Darstellung von Programmatik. Aus diesem Grund möchte ich alle Ratsfraktionen daran erinnern, ihre Fragen, die Sachdarstellung und den mündlichen Vortrag sachlich und frei von politischen Wertungen zu formulieren. Bei Überschreitung dieser Maßstäbe, die wir uns alle gemeinsam selbst gesetzt haben – sie sind nämlich Gegenstand unserer Geschäftsordnung –, würde ich gegebenenfalls auch eine Zurückweisung in Betracht ziehen.

Im Übrigen darf ich darauf hinweisen, dass ich es selbstverständlich als meine Aufgabe betrachte, in meinen Zuständigkeiten durchaus auch die Bundeswehr zu unterstützen. Es gehört auch zu den Aufgaben eines Oberbürgermeisters, zum wirtschaftlichen Erfolg hier ansässiger erfolgreicher Unternehmen beizutragen. Das gilt auch für Rheinmetall.

(Beifall von der CDU, Ratsherrn Rohloff [FDP] und Ratsfrau Kraljic [AfD])

Jetzt aber genug der Wertungen und der Politik. Wir bekommen jetzt eine Frage gestellt, die die Verwaltung gern beantworten wird. – Sie haben das Wort.

**Ratsfrau Marmulla (Die Linke):** Ja, das war jetzt eine Steilvorlage. Ich fange jetzt genauso an, wie ich eigentlich angefangen hätte, indem ich sage, dass die Invictus Games – egal, ob international oder Germany – dazu dienen sollen, die Bundeswehr zu bewerben,

(Unruhe von der CDU)

und dass wir als Fraktion natürlich darin ein Problem sehen. Da wir wissen, dass die Invictus Games international letztes Jahr großzügig – zumindest vom Verteidigungsministerium – bezuschusst wurden, haben wir Anlass dazu gesehen, nachzufragen, wie es mit der Finanzierung der Invictus Germany, die dieses Jahr in Düsseldorf stattgefunden haben, ausgesehen hat. Entsprechend fragen wir nach Kosten und Einnahmen durch Sponsoring und danach, ob sich die Stadt daran beteiligt hat. – Herzlichen Dank.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Dazu gibt es eine Antwort, die die Kämmerin vortragen wird. – Sie haben das Wort, Frau Kollegin.

**Stadtkämmerin Schneider:** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren des Rates! Ich beantworte die Fragen der Ratsfraktion Die Linke.

Frage 1: Wie hoch waren die Ausgaben der Stadt Düsseldorf und ihrer Beteiligungsgesellschaften für das Invictus Sportfestival 2024 in Düsseldorf? Bitte nach Kostenarten aufgeschlüsselt einschließlich Buchwert städtischer Leistungen wie Bereitstellung von Personal, Veranstaltungsort und städtische Werbeflächen.

Die Antwort lautet: Die Kosten für das Invictus Germany Sportfestival wurden durch Sponsoren, Spenden und aus dem Gewinn von Invictus Games getragen. Es folgt jetzt eine Tabelle mit den unterschiedlichen Kostengruppen, die ich gern vortrage.

Die Kosten: Venue Management 88.000 Euro, Branding und Marketing 28.000 Euro, Transport 5.240 Euro, Sport 16.600 Euro, Sports Presentation 51.000 Euro, Medical 850 Euro. Die Kosten summieren sich insgesamt auf 189.690 Euro. Dem gegenüber stehen Einnahmen aus Sponsoring 59.500 Euro, Spenden 80.000 Euro und Übertragungen aus den Ergebnissen Invictus Games aus 2023 50.190 Euro. Summiert man die Beträge auf, kommt man insgesamt auf 189.690 Euro. Alle Zahlen sind netto zuzüglich Umsatzsteuer. Die Ausgaben der D.LIVE sind durch Einnahmen gedeckt. Darüber hinaus gab es keine Ausgaben von Beteiligungsgesellschaften der Stadt Düsseldorf oder der Stadt Düsseldorf selbst.

Die Frage 2 lautet: Welche Einnahmen aus Zuschüssen, Sponsoring et cetera erzielten die Stadt und ihre Beteiligungsgesellschaften für das Invictus Sportfestival 2024 in Düsseldorf? Bitte nach Art der Einnahme und Stadt/Beteiligungsgesellschaft aufschlüsseln.

Die Antwort lautet: Siehe Antwort zu Frage 1. Die Veranstaltung wurde von D.LIVE durchgeführt. Die Stadt Düsseldorf oder deren Beteiligungsgesellschaften waren nicht beteiligt.

Frage 3: Wie hoch waren beziehungsweise sind die Ausgaben der Stadt Düsseldorf und ihrer Beteiligungsgesellschaften für die Einrichtung und den Betrieb der Invictus Germany im Rahmen der D.LIVE? Bitte analog Frage 1 nach Kostenart aufschlüsseln einschließlich Buchwert städtischer Leistungen.

Die Antwort lautet: Der Verein Team Respect e.V. wird durch Spenden finanziert und ist die Institution für laufende Aktivitäten.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Vielen Dank, Frau Schneider. – Ich hatte schon eine Wortmeldung von Ratsfrau Bednarski, aber die erste Zusatzfrage steht der anfragestellenden Fraktion zu. Deshalb Ratsfrau Marmulla. Es folgt Ratsfrau Bednarski. – Bitte.

**Ratsfrau Marmulla (Die Linke):** Vielen Dank. – Vielen Dank auch für die detaillierte Aufschlüsselung in der Tabelle. Das gibt mir auch den Anlass nachzufragen. Sie sagen nichts zu Personalkosten. Hat kein städtischer Angestellter/städtische Angestellte oder jemand bei der D.LIVE daran gearbeitet? Wenn ja: Welche Personalkosten sind dort entstanden?

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Der Oberbürgermeister hat die Eröffnungsrede gehalten.

(Heiterkeit von CDU und FDP)

Ich glaube, viel mehr gibt es wirklich nicht zu sagen. – Sie haben das Wort, Ratsfrau Bednarski.

**Ratsfrau Bednarski (SPD):** Danke schön. – Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich dachte, die Personalkosten wären im Venue Management enthalten, aber vielleicht weiß die Verwaltung noch anderes.

Nichtsdestotrotz bin ich doch überrascht und möchte einen Gegenpol zur geschätzten Kollegin Marmulla setzen. Ich war bei der Veranstaltung dieses und auch letztes Jahr und nehme das ganz anders war, und ich glaube, es soll auch ganz anders sein. Die Paralympics sind gerade zu Ende gegangen.

(Ratsfrau Marmulla [Die Linke]: Das ist etwas ganz anderes!)

Die Menschen, die dort Sport treiben, sind alle schwer geschädigt oder behindert durch ihren Einsatz, unter anderem auch durch – wie heißt es so schön? – Blaulicht-Aktivitäten, die für uns alle gut sind. Insofern ist es, denke ich, wichtig für sie. Zur Wertschätzung und Rehabilitation ist das ein guter Beitrag.

Meine Frage ist, ob die Verwaltung oder D.LIVE plant, diese Veranstaltung auch in den nächsten Jahren für Invictus Germany fortzusetzen. – Danke.

(Beifall von SPD und CDU)

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Die Frage wiederum wird der Stadtdirektor beantworten. – Bitte, Sie haben das Wort.

**Stadtdirektor Hintzsche:** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich bin Ihnen dankbar für die Klarstellung, was das eigentlich Ziel dieser Veranstaltung ist und für welche

Personengruppe wir sie machen, nämlich für diejenigen, die in Ausübung ihres Dienstes seelisch oder körperlich Schaden genommen haben. Es sind übrigens nicht nur Bundeswehrsoldaten dabei, sondern auch Polizei, Feuerwehr und vereinzelt sogar, glaube ich, Kräfte aus den Ordnungsämtern. Insofern ist das eine sinnvolle Veranstaltung. Wenn dies dann dazu führt, dass Menschen künftig sagen, sie wollen sich für diese Berufsfelder engagieren, ist das, wie ich finde, unzweifelhaft etwas, was man in dieser Zeit auch wertschätzen sollte.

Zu der Frage, was wir künftig vorhaben, ist zu sagen: Das Angebot steht, dass wir bereit sind in Düsseldorf, diese Veranstaltung auch künftig auszurichten. Aber wir sehen natürlich durchaus, dass diejenigen, die das Personal entsenden – das betrifft auf der Ebene des Bundes das Bundesverteidigungsministerium und auf der Landesebene Themenstellungen wie die Durchführung des Veteranentages –, dann auch Signale senden müssten. Wir sind an der Stelle bereit, machen das gern und können das auch, aber es ist die Entscheidung anderer, ob das in dieser Form fortgeführt wird oder nicht. Wir würden es weiterhin gern in Düsseldorf machen.

(Beifall von CDU und FDP)

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Vielen Dank. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

#### 5.4

#### **Anfrage der SPD-Ratsfraktion: Für welche Wohnbauflächen wurde das Ankaufsbudget bis jetzt verwendet**

RAT/290/2024

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Ratsfrau Dr. Proschmann, Sie haben das Wort.

**Ratsfrau Dr. Proschmann (SPD):** Danke, Herr Oberbürgermeister. – Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin mir noch nicht ganz sicher, ob ich es schaffe, unpolitisch jegliche Anfrage einzubringen, –

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Ich werde darauf aufpassen.

**Ratsfrau Dr. Proschmann (SPD):** – aber ich werde mich sehr bemühen.

Mit Hinweis auf die Tatsache, dass wir große Mengen Papier vor uns liegen haben, ist unschwer erkennbar, dass der Haushalt heute eingebracht wird. Vor diesem Hintergrund stellen wir im Prinzip auch die Anfrage. Wir haben auch im Rat Diskussionen über dieses Ankaufsbudget von Flächen, die für Wohnungsbau geeignet sind, gehabt. Wir würden gern wissen, wie das bis jetzt genutzt worden ist, um uns ordentlich auf die vielen, vielen Seiten Haushalt vorzubereiten. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Vielen Dank. – Herr Beigeordneter Kral in Vertretung für die Planungsdezernentin. – Sie haben das Wort, Herr Kollege.

**Beigeordneter Kral:** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe heute die Aufgabe, Frau Kollegin Cornelia Zuschke zu vertreten beim Vorlesen dieser Anfrage. Es ist wie immer dreigliedrig.

Die erste Frage lautet: Nach welchen Kriterien entscheidet die Stadtverwaltung, ob sie in das Verfahren zum Ankauf eines Grundstückes für Wohnungsbau einsteigt?

Die Antwort lautet: Das Liegenschaftsamt ist sehr aktiv im Bereich des strategischen Grundstücksverkehrs. Neben dem generell sehr begrenzten Grundstücksangebot in Düsseldorf ist der vertiefte Einstieg in Verhandlungen stark abhängig vom aufgerufenen Preis. Oftmals werden

Preise erheblich oberhalb des eigentlichen Bodenwertes aufgerufen. Vielfach werden der Stadt Flächen ohne Preisnennung angeboten, um so über die Stadt zu einer preiswerten Wertermittlung zu gelangen, ohne dass eine echte Verkaufsbereitschaft besteht.

Weitere Aspekte wie Zustand der Fläche beziehungsweise des Gebäudes, Altlastensituation, Vermietungslage (langfristige Festverträge), aktuelles Plan-/Baurecht, Entwicklungschancen, einschränkende Rechte (Dienstbarkeiten, Nachbarrechte, Baulasten und so weiter), Bodenbeschaffenheit, faktische Bebauungshindernisse wie etwa Baumbestand, Abrisskosten – die sich im Übrigen extrem verteuert haben –, Nutzungsmöglichkeiten und Arrondierungsaussichten werden eingehend ämterübergreifend und zeitnah geprüft.

Sofern die Landeshauptstadt nicht über Druckmittel, wie etwa bestehende Vorkaufsrechte oder Anreize, wie zum Beispiel attraktive Tauschgrundstücke, verfügt, werden die Grundstücke erfahrungsgemäß häufig zu entsprechend hohen Preisen an Dritte verkauft.

Nach Identifikation eines geeigneten Grundstücks stellt sich vielfach die Frage, ob der Direkterwerb durch die Stadt die sinnvollste Variante darstellt. Bei einem Ankauf von Grundstücken, die unmittelbar bebaut werden können und die anschließend – auch im Erbbaurecht – an Dritte weiter vergeben werden, kommt hinzu, dass die Projektkosten insgesamt durch die doppelt entstehende Grunderwerbsteuer deutlich belastet werden. Aus diesem Grund ist ein Direkterwerb von Flächen für Wohnzwecke etwa durch eine städtische Tochter dem städtischen Zwischenerwerb in der Regel vorzuziehen. Das Liegenschaftsamt steht diesbezüglich zum Beispiel in engem Austausch mit der SWD. Ankaufsmöglichkeiten werden entsprechend weitervermittelt. Aktuell sind hier konkrete Flächenaktivierungen zusammen mit privaten Flächen in der Bearbeitung.

Nicht unerwähnt bleiben sollte ebenfalls, dass die Verpflichtung, bei der Vergabe städtischer Grundstücke preiswerten Wohnungsbau zu realisieren, dazu führt, dass sich der Erwerbspreis, der sich am objektiven Wert der Grundstücke orientiert, generell wirtschaftlich schwer darstellen lässt. Ein Weiterverkauf führte regelmäßig zu Buchwertverlusten. – So viel zur Frage 1.

Die Frage 2 lautet: Wie viele Ankaufsmöglichkeiten hat es seit November 2020 konkret für die Stadtverwaltung gegeben, aufgelistet nach Flächenname, Flächengröße und finanziellem Umfang?

Das beantworten wir dahin gehend, dass Angebote nicht gebündelt an eine Stelle gerichtet werden. Eine Aussage hierzu ist somit nicht möglich, da die Verwaltung keine Statistik hierüber führt.

Die Frage 3 lautet: Welche konkreten Ankäufe von Flächen für den Wohnungsbau sind seit November 2020 seitens der Stadtverwaltung erfolgt, auch hier aufgelistet nach Flächenname, Flächengröße und finanziellem Umfang?

Jetzt wird die Kost ein bisschen trockener: Für künftige Wohnzwecke angekauft wurden im Bereich Tetelberg folgende Grundstücke:

Gemarkung: Unterbilk, Flur 13, Flurstücke: 188 (2.814 Quadratmeter), 382 (1.722 Quadratmeter), 383 (1.925 Quadratmeter), 384 (1.867 Quadratmeter), 385 (130 Quadratmeter), 410 (3.486 Quadratmeter), 411 (107 Quadratmeter). Ich habe hier also noch einmal die Flurstücknummern aufgerufen, die alle zur Flur 13 gehören.

Leider musste ein Grundstücksgeschäft in dem Bereich rückabgewickelt werden.

Im Übrigen konnten im Umlegungsgebiet 110 – westlich und östlich „Hinter der Böck“ – seit 2020 folgende Flächen in das Eigentum der Stadt übernommen werden:

Bebauungsplangebiet Nummer 5174/016 „Östlich Hinter der Böck“: Gemarkung Hamm, Flur 10, Flurstück 163 (Größe: 2.604 Quadratmeter), Flurstück 538 (Größe: 625 Quadratmeter). In der Summe ergab das eine Flächengröße von 3.229 Quadratmetern.

Im Bebauungsplangebiet Nummer 03/007 „Westlich Hinter der Böck“ sind vier Flurstücke erworben worden. Die liegen alle in der Gemarkung Hamm, Flur 9, Flurstück 166 (Größe: 938 Quadratmeter), Flurstück 305 (Größe: 1.045 Quadratmeter), Flurstück 306 (Größe: 299 Quadratmeter) und das Flurstück 496 (Größe: 590 Quadratmeter). Das ist in der Summe eine Flächengröße von 2.872 Quadratmetern.

Im Umlegungsgebiet 113 „Am Platten Stein“ wurden im Zuge des Umlegungsverfahrens – eingeleitet am 10. November 2021 – folgende Straßenflurstücke in das Eigentum der Stadt Düsseldorf übertragen: Hier die Gemarkung Angermund, Flur 8, Flurstück 691 mit 168 Quadratmetern, Flurstück 1350 mit 99 Quadratmetern, Flurstück 1362 mit 142 Quadratmetern, sodass wir in der Gesamtfläche auf 409 Quadratmeter kommen.

Zu den Kaufpreisen kann im öffentlichen Teil keine Auskunft gegeben werden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Danke schön.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Das wiederholen wir im nichtöffentlichen Teil dann noch einmal? – Nein. Gibt es Zusatzfragen? – Ratsfrau Dr. Proschmann, bitte, Sie haben das Wort.

**Ratsfrau Dr. Proschmann (SPD):** Danke, Herr Oberbürgermeister. – Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kral, es tut mir sehr leid, dass Sie das an der Stelle jetzt so vorlesen mussten. Tatsächlich hätte ich aber zu dem Teil, den Sie an dieser Stelle als so trocken bezeichnet haben, eine Nachfrage. Im Unterschied zu den anderen benannten Gebieten steht bei „Am Platten Stein“: „folgende Straßenflurstücke“. Insofern hätte ich die Nachfrage, ob es sich bei den hier genannten Flächen um Ankäufe von Straßenflurstücken handelt und nicht um Wohnbaugrundstücke, die im Prinzip einfach nur dafür notwendig sind, dass man dort Wohnungsbau machen kann. Da Sie mir die Summe der gekauften Grundstücke nicht nennen können, formuliere ich die Frage an der Stelle etwas anders: Inwiefern ist die Verwaltung der Meinung, dass das, was sie ausgibt, um Wohnungsbaugrundstücke anzukaufen, dafür ausreicht, die Ziele der Wohnungsbaupolitik zu erreichen? – Vielen Dank.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Herr Beigeordneter Kral, Sie haben das Wort.

**Beigeordneter Kral:** Es ist tatsächlich so, dass die zuletzt aufgeführten „Am Platten Stein“-Grundstücke tatsächlich die Straßenverkehrsflächen umfassen und keine Flächen, die für den Wohnungsbau zur Verfügung stehen. Aber wir wollten auch wirklich alles, was in diesem Erwerbsprozess beinhaltet ist, aufführen, damit man auch weiß, wohin die 10 Millionen fließen. Das bezieht sich wahrscheinlich darauf; ich schaue mal hinüber auf die Haushaltsstelle.

Zur zweiten Frage: Soweit ich die Preise gesehen habe, passt das.

(Ratsfrau Dr. Proschmann [SPD]: Okay!)

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Ratsfrau Marmulla.

**Ratsfrau Marmulla (Die Linke):** Ich habe eigentlich erwartet, wenn Sie uns das im öffentlichen Teil nicht beantworten können, dass Sie uns das zumindest als Service im nichtöffentlichen Teil mitgeben. Das konnte ich jetzt nicht entdecken und wollte nachfragen, ob Sie uns das im Nachgang zur Ratssitzung zur Verfügung stellen können.

(Beigeordneter Kral nickt.)

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Das können wir machen, wobei das auch alles Ankaufsvorlagen waren, die schon die Gremien durchlaufen haben. Mit den Flurstücken, die der Beigeordnete Ihnen genannt hat, müssten Sie das eigentlich auch selbst herausfinden können. Aber serviceorientiert, wie wir sind, stellen wir das noch einmal zusammen. Gibt es weitere Zusatzfragen? – Das ist nicht der Fall.

## 5.5

### **Anfrage der FDP-Ratsfraktion: Musterstrecken der historischen Beleuchtung im Stadtteil Eller**

RAT/295/2024

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Ratsherr Rohloff, bitte, Sie haben das Wort.

**Ratsherr Rohloff (FDP):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich mache es kurz und ohne programmatische Inhalte – wie gewünscht. Als FDP-Fraktion interessieren wir uns für die gewonnenen Erfahrungen und Kosten der Musterstrecke in Eller, wollen nach dem Sachstand der denkmalrechtlichen Erlaubnis der historischen Gasbeleuchtung in Düsseldorf fragen und freuen uns auf die Beantwortung.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Sehr nüchterne und sachliche Einbringung der Anfrage. Herr Kral wird ebenso sachlich antworten. – Bitte, Herr Kral, Sie haben das Wort.

**Beigeordneter Kral:** Vielen Dank. – Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Vielen Dank, Ratsherr Rohloff, für die nüchterne Einführung und für die Möglichkeit, hierüber zu berichten. Denn das machen wir gern, weil die Musterstrecke, glaube ich, ein Erfolg war.

Frage 1: Welche Erfahrungen hat die Landeshauptstadt mit den Musterstrecken in Eller zur Umrüstung der vorhandenen Gaslichtpunkte gesammelt?

Die Antwort lautet: Für die Musterstrecke in Eller wurden vier historische Modelle (Alt Düsseldorf, Ansatzleuchten, Aufsatzleuchten und Reihenleuchten) der Betriebsart Gas zurückgebaut und die neuen Leuchten mit LED-Technik eingebaut. In der Praxis wurde dort die mögliche Anpassung und Optimierung der technischen und lichttechnischen Eigenschaften erprobt. Gleichzeitig wurde geprüft, ob die Arbeitsprozesse optimiert werden können, um die Einschränkungen der Anlieger möglichst gering zu halten. Dies betrifft etwa die Bauzeit und den Bauumfang.

Nach Abschluss der Arbeiten fanden zur Evaluierung mehrere Begehungen vonseiten des Amtes für Verkehrsmanagement und der Stadtwerke statt. Diese Begehungen wurden tagsüber und in der Dunkelheit gemacht. Dabei wurde auch die Beleuchtungsstärke gemessen. Die Ergebnisse der Begehungen und Messungen fließen nun in die weiteren Planungen ein.

In Eller gab es bei den Begehungen ausschließlich positive Rückmeldungen. Die Anwohnerinnen und Anwohner sind dabei aktiv auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt und der Stadtwerke zugekommen. Generell sehen sie die neue Beleuchtung optisch als gelungen an, empfinden sie als heller und besser, auch fühlen sich nun sicherer.

Erwartungsgemäß ist das ein oder andere Verbesserungspotential ersichtlich geworden und wird für die weiteren geplanten Maßnahmen entsprechend angepasst. So wird beispielsweise aus gestalterischen Gründen die Masthöhe für das Modell Aufsatzleuchte um 50 Zentimeter reduziert.

Die zweite Frage lautet: Welche Kosten sind konkret für die Umsetzung der Musterstrecken entstanden? Sind die geplanten Mittel in der Höhe von durchschnittlich 10.000 Euro für die Umrüstung jedes Gaslichtpunktes bei der weiteren Erneuerung der historischen Beleuchtung auskömmlich?

Das können wir wie folgt beantworten: Insgesamt sind auf der Musterstrecke dauerhaft 36 Lichtpunkte erneuert worden. Vormalig gasbetriebene Lichtpunkte wurden auf Strom umgerüstet unter Erhalt der äußeren Form. Alle erneuerten Leuchten werden mit LED-Leuchtmitteln betrieben und sind mit entsprechenden Steuerungskomponenten versehen, sodass jeder einzelne Lichtpunkt ansteuerbar und damit auch dimmbar ist.

Die Kosten für die im Rahmen der Musterstrecke durchgeführte Erneuerung der 36 Straßenleuchten betragen etwa 325.000 Euro und liegen somit unter den erforderlichen Investitionskosten, die aufgrund der Marktraumumstellung in die Betriebsart Gas ebenfalls in 2024/2025 erforderlich gewesen wären.

Durch die Einsparungen in Betrieb und Unterhaltung reduzieren sich von Beginn der Inbetriebnahme im April 2024 die konsumtiven Kosten insgesamt für die 36 auf Strombetrieb erneuerten Lichtpunkte wie folgt: Die jährlichen pauschalen Betriebskosten fallen bei strombetriebenen Lichtpunkten um etwa 53 Prozent geringer aus, Reduzierung von etwa 4.500 Euro auf 2.100 Euro. Jedes Jahr werden durch die Umrüstung auf Strom bei den 36 Lichtpunkten der Musterstrecke 29 Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart. Der jährliche Energieverbrauch reduziert sich um 98 Prozent von 164.340 Kilowattstunden/Jahr auf 3.586 Kilowattstunden/Jahr. Durch den reduzierten Energieverbrauch verringern sich ebenfalls die Energiekosten der Musterstrecke mit ihren 36 Lichtpunkte um etwa 16.300 Euro pro Jahr – von 17.300 Euro auf etwa 1.000 Euro pro Jahr. Das entspricht einer Ersparnis im Bereich der jährlichen Energiekosten von 94 Prozent.

Die Frage 3 lautet: Wie ist der aktuelle Sachstand bei der denkmalrechtlichen Erlaubnis zur Änderung der Betriebsart des Denkmals?

Die Antwort lautet: Dem Institut für Denkmalschutz und Denkmalpflege liegen zwei Anträge zur Änderung der Betriebsart des Denkmals vor. Während sich Antrag 2 auf die Umstellung des gesamten Stadtgebiets bezieht, behandelt Antrag 1 die von der anstehenden Marktraumumstellung betroffenen Sektionen 7 bis 12 und wird priorisiert bearbeitet. Nach § 24 Absatz 2 des Denkmalschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen treffen die Unteren Denkmalbehörden ihre Entscheidung nach Anhörung des zuständigen Landschaftsverbandes.

Zu Antrag 1 wurde die Anhörung des Landschaftsverband Rheinland Amt für Denkmalpflege im Rheinland am 15. Juli dieses Jahres ausgelöst. Das LVR konnte seine Stellungnahme innerhalb einer gesetzlich geregelten Frist von zwei Monaten, also bis zum 15.09.2024, abgeben. Die Stellungnahme ist kurz vor Ablauf der Stellungnahmefrist am 13. September, also vergangenen Freitag, eingegangen und wird aktuell ausgewertet. – Danke schön.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Vielen Dank, Herr Kral. – Ich habe zwei Zusatzfragen beziehungsweise Wortmeldungen für Zusatzfragen: Ratsfrau Holtmann-Schnieder und Ratsherr Montanus. Da die Fraktion, die die Frage stellt, das erste Recht hat, erhält Ratsherr Montanus das Wort. Es folgt Ratsfrau Holtmann-Schnieder. – Bitte, Ratsherr Montanus, Sie haben das Wort.

**Ratsherr Montanus (FDP):** Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Vielen Dank auch an Sie, Herr Kral, für die Ausführungen. Natürlich werde ich jetzt ein wenig emotional. Sie haben gesagt, die Reaktionen wären positiv. Ich möchte jetzt nicht von Tiersterben reden, aber man hat davon gehört, dass einige Lampen verklebt waren. Wie war die Reaktion darauf, dass das Licht doch nicht mehr so unbeschadet auf den Boden kommt, sondern dass einige Lampen durch Fliegen und dergleichen mehr verklebt wurden?

Dann: Sind der Abbau der Gasleuchten inklusive Rückbau der Gasleitungen im Boden, die Neuverlegung von Stromleitungen, die Aufarbeitung und Neupositionierung zahlreicher Bauteile, die Erdarbeiten für neusitzende LED-Leuchten, die deutlich verkürzte Lebensdauer der relevanten Bauteile und infolgedessen höherer Anschaffungsaufwand in den Berechnungen berücksichtigt worden, oder kommt das noch hinzu? – Danke schön.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Herr Kral, bitte, zur Beantwortung. – Sie haben das Wort.

**Beigeordneter Kral:** Eine besondere Problematik bezüglich des Verklebens der Leuchten ist mir nicht bekannt. Das ist mir auch nicht vorgetragen worden. Ich gehe davon aus, dass, wenn das der Fall ist, das ein Einzelfall gewesen sein muss, und zwar standortbezogen.

Ansonsten rechnen wir natürlich alle Kosten mit unserem Auftragnehmer Stadtwerke ab. Die machen eine Vollkostenrechnung. Alle Kosten, die bei ihnen anfallen, werden uns dann in Rechnung gestellt, insbesondere im Investitionsbereich. Das, was natürlich nicht dazugehört, ist der Rückbau von Gasnetzen, weil die Gasnetze erst einmal bestehen bleiben, da sie auch noch andere Funktionen haben. Das ist an dieser Stelle also nicht Bestandteil irgendeiner Kostenberechnung.

Eine verkürzte Lebensdauer der LED-Lampen im Vergleich zur Gasleuchte ist mir auch nicht bekannt. Das, was wir natürlich haben, ist, dass wir im Prinzip Bestandsleuchten umbauen und keine neuen Leuchten setzen. Das heißt, wir nehmen auch Teilelemente des Bestands mit, aber das hat etwas damit zu tun, wenn man etwas erhält.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Vielen Dank, Herr Kral. – Ratsfrau Holtmann-Schnieder zur zweiten Zusatzfrage. Es folgt Ratsherr Rütz. – Sie haben das Wort, Ratsfrau Holtmann-Schnieder.

**Ratsfrau Holtmann-Schnieder (SPD):** Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kral, Sie haben in Ihrer Beantwortung der Anfrage darauf hingewiesen, dass viele der positiven oder erwarteten positiven Auswirkungen bei der Umrüstung der Gaslaternen hier an diesen Modellstrecken schon nachgewiesen werden konnten. Das betrifft die Zufriedenheit der Anwohnenden und genauso den geringeren Energieverbrauch und damit einhergehend geringere CO<sub>2</sub>-Emissionen und auch geringere Betriebskosten.

Dabei stellt sich natürlich die Frage, wie es jetzt weitergeht. Vorgesehen ist – soweit ich das gelesen habe – als Nächstes eine weitere Umrüstung von circa 250 Laternen im Linksrheinischen. Die konkrete Frage ist: Was muss getan werden, um angesichts all dieser positiven Ergebnisse, die wir in Eller gesehen haben, wirklich Tempo in die Umrüstung zu bringen? Wann kann man damit rechnen, dass es richtig losgeht?

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Bitte, Herr Kral.

**Beigeordneter Kral:** Wie Sie der Antwort entnommen haben, sind wir in diesem kontinuierlichen Entwicklungsprozess Stück für Stück vorangekommen. Wir haben Ihnen kurz nach dem Beschluss im letzten Jahr unsere Leitlinien vorgelegt, die insbesondere den Erhalt des äußeren Erscheinungsbildes der Gaslaternen in den Vordergrund gestellt haben. Wir haben gesagt: 87 Prozent der Laternen bleiben im äußeren Erscheinungsbild erhalten. Jetzt haben wir mit der Musterstrecke Eller auch die Praxiserfahrung gemacht, sodass wir technisch auch in der Lage sind, diesen Prozess voranzutreiben.

Was die letzte und wichtigste zu klärende Frage betrifft: Das ist schlicht und einfach noch einmal die denkmalrechtliche Abklärung. Wir haben – so hatte ich es in der Antwort ausgeführt – uns darauf konzentriert, in den Bereichen, in denen die Marktraumumstellung kommt, als Erstes zu beginnen. Wir treiben jetzt mit Hochdruck sowie aller Verve und Energie die letzten Klärungen von denkmalrechtlichen Fragen voran, und wenn dies abgeschlossen ist, können wir das wirklich ausrollen. Um dabei aber nicht abwartend daneben zu stehen, sondern proaktiv voranzuschreiten, haben wir im Linksrheinischen diese 250 Leuchten als nächste Scheibe in dem Prozess Ihnen auch schon zur Beschlussfassung vorgelegt.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Vielen Dank. – Ratsherr Rütz hat als Nächster das Wort. Es folgt Ratsherr Rohloff.

(Ratsherr Rohloff [FDP]: Das hat er gerade beantwortet!)

Bitte, Ratsherr Rütz.

**Ratsherr Rütz (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich kann aus dem Wahlkreis bestätigen: Uns haben keinerlei Beschwerden erreicht. Da spreche ich, glaube ich, auch für Ratsherrn Albes oder auch für die Bezirksbürgermeisterin von Dahlen. Die Prognose, die viele vielleicht gar nicht mitbekommen haben, dass sich die Lichtart geändert hat und damit eben ein positives Bild auch von den neuen Laternen haben, ist jedenfalls eine, die wir wahrgenommen haben.

Meine Nachfrage an die Verwaltung ist daher betreffend die Frage 1 außerhalb dieser Rundgänge: Gab es überhaupt Beschwerden oder ein erhöhtes Beschwerdeaufkommen über die umgerüsteten Laternen, oder deckt sich diese Erfahrung mit der der Verwaltung?

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Bitte, noch einmal Herr Kral. – Sie haben das Wort.

**Beigeordneter Kral:** Signifikante Beschwerden sind mir nicht bekannt.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Vielen Dank. – Heute ist der Tag der nüchternen und sachlichen Anfragen. Vielen Dank, Herr Kral. - Eine Zusatzfrage wäre noch möglich, aber ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit sind wir auch am Ende der Zeit angekommen, die für das Thema Anfragen zur Verfügung steht.

Bevor wir allerdings zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, muss ich noch auf einen Umstand aufmerksam machen. Unter **TOP 5.7** ist die Anfrage von Die Partei-Klima-Fraktion – „Effizienz der Fernwärmenetze in Düsseldorf“ mit der Vorlagennummer RAT/264/2024. Diese Anfrage haben wir nicht beantwortet, sondern wird zurückgewiesen. Das Fragerecht der Ratsmitglieder und -fraktionen dient nämlich der Vorbereitung der Ratsarbeit, daher beschränkt es sich auf kommunal bezogene Sachverhalte. Das sind solche, die auch Gegenstand der Ratsarbeit sein können. Daran fehlt es im Falle dieser Anfrage; denn es besteht keine alleinige und auch keine weit überwiegende Verantwortung der Kommune für den Betrieb des Fernwärmenetzes. Der Betrieb dieses Netzes stellt nach dem Innenrecht der Stadtwerke einen Gegenstand des operativen Geschäfts dar und fällt damit auch nicht in die Zuständigkeit der Vertreter der Landeshauptstadt Düsseldorf in den Gremien der Stadtwerke. Damit kann es nicht zum Gegenstand der Ratsbefassung gemacht werden. Deshalb wird diese Anfrage nach § 7 Absatz 6 zurückgewiesen. Darauf wollte ich nur hinweisen. Wir hätten sie nicht beantwortet und tun das auch schriftlich nicht.

Damit sind wir am Ende des Anfragenteils angekommen. Das, was wir nicht geschafft haben – es geht immerhin noch bis TOP 5.24 –, beantworten wir schriftlich mit der Ausnahme, die ich gerade genannt habe.

Wir kommen jetzt unter den Tagesordnungspunkten 6 bis 8 zu den Berichten aus den Kleinen Kommissionen. Diese werden nicht verlesen. Sie liegen Ihnen schriftlich vor. Nachfragen sind selbstverständlich zulässig, wenn gewünscht.

## 6

### **Bericht aus der Kleinen Kommission Kö-Bogen & KAP**

RAT/262/2024

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Sind hierzu Nachfragen gewünscht? – Ratsherr Kühbacher, Sie haben das Wort.

**Ratsherr Kühbacher (SPD):** Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Ich habe etwas Erstaunen mitgenommen, dass ich jetzt zu diesem Tagesordnungspunkt nachfrage. Ich kann das Erstaunen auflösen.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Sie haben sich gemeldet.

**Ratsherr Kühbacher (SPD):** Ich selbst war auch erstaunt, dass wir erst eine Nachlieferung zur Tagesordnung hatten, die Sie beim Aufrufen des Tagesordnungspunkts 2 wieder einkassiert haben, nämlich den Bericht aus der Kleinen Kommission Radverkehr. Das ist auch der Grund, weswegen ich jetzt hier stehe und mit Ihnen spreche. Schade, dass die nächste Anfrage nicht mehr aufgerufen wurde; dann hätte ich es da untergebracht. Ich komme jetzt aber zu dem Punkt, weswegen ich Fragen habe, die hoffentlich die Verwaltung beantworten kann. Der Mobilitätsdezernent ist ja anwesend.

Es wird in dem Bericht von der sogenannten Komfortverbesserung der Treppenerschließung der Vorzugsvariante 1 gesprochen. Nach meinem Kenntnisstand ist das nur die Vorzugsvariante der Kleinen Kommission KAP. Nun hat sich sogar die Kleine Kommission Radverkehr in einer Sondersitzung – ich muss noch einmal schauen, wann diese stattgefunden hat – am 14. Mai damit befasst. Das liegt also schon ein bisschen länger zurück und liegt sogar noch vor dem Zeitraum, über den jetzt in diesem Bericht der Kleinen Kommission KAP berichtet wird. Trotzdem haben wir darüber als Rat noch keine Information erhalten. Ich hätte gern von der Verwaltung gewusst, was denn die Kleine Kommission Radverkehr als Vorzugsvariante ansieht.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Ihre Nachfragemöglichkeit bezieht sich auf den Bericht der Kleinen Kommission Konrad-Adenauer-Platz.

**Ratsherr Kühbacher (SPD):** Richtig. Wir sind in diesem Bericht, Herr Oberbürgermeister, beim Radverkehr; der ist zitiert. Es wird von einer Vorzugsvariante für die Anbindung der Tiefgarage beziehungsweise des Fahrradparkhauses gesprochen. Das steht hier in der Vorlage. Deshalb bin ich genau bei der Vorlage, Herr Oberbürgermeister.

Ich frage: Ist die Vorzugsvariante, die in dieser Vorlage genannt wird, die alleinige Vorzugsvariante, oder gibt es noch eine andere Vorzugsvariante? Ist die Vorzugsvariante Treppenrampe oder Rampe oder Treppe die Vorzugsvariante? Wenn ja: Von wem? Von der Verwaltung, der Kleinen Kommission KAP oder der Kleinen Kommission Radverkehr? – Es gibt ein Votum der Kleinen Kommission Radverkehr, das sich – bis auf eine einzelne Stimme aus der CDU-Fraktion – genau für die andere Variante ausgesprochen hat. Bündnis 90/Die Grünen, SPD und sogar ein CDU-Ratsherr haben sich für die andere Variante ausgesprochen als diejenige, die hier bezeichnet ist.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Die Nachfrage ist: Wessen Vorzugsvariante ist es?

**Ratsherr Kühbacher (SPD):** Wessen Vorzugsvariante ist es? Gibt es eine andere Vorzugsvariante, die jemand anderes getroffen hat?

Dann zu der Aufgabe – hier wird Bezug genommen auf den Ratsbeschluss OVA/146/2023/1 –: die Anbindung an das Radhauptnetz. In diesem Bericht wird nur die Sicht der Verwaltung dargestellt. Wie ist die Sicht der Kleinen Kommission Radverkehr über die Zweckmäßigkeit der Anbindung des Radverkehrs?

Als Aufgabenstellung 4, Herr Oberbürgermeister, sind oberirdische Fahrradabstellplätze zu realisieren. Wie ist dazu das Ergebnis der Kleinen Kommission Radverkehr? Wie ist es in die Beratungen –

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Nein, das ist jetzt eine Frage zur Kleinen Kommission Radverkehr.

**Ratsherr Kühbacher (SPD):** – der Kleinen Kommission KAP eingeflossen?

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Wir beantworten jetzt die Fragen für die Konrad-Adenauer-Platz-Kommission. Ich glaube, wir haben entschieden zu viele Kleine Kommissionen.

(Heiterkeit von der CDU)

Herr Beigeordneter Kral, Sie bringen bitte Licht ins Dunkel.

**Beigeordneter Kral:** Wobei das eine Mischung zwischen Frage und Statement war, Ratsherr Kühbacher. Als Mitglied der Kleinen Kommission Radverkehr weiß er durchaus Bescheid darüber, was dort beraten wird.

Vorzugsvariante der Verwaltung ist eindeutig – zumindest so, wie es in der zweiten Sitzung war, in der sich die Kleine Kommission KAP damit beschäftigt hat –

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Kurze Rampe mit Laufband!)

die Rampe in der Mittellage mit einem Laufband. Das ist die favorisierte Variante der Stadtverwaltung. Diese ist dann auch in der Kleinen Kommission KAP vorgestellt worden. Dazu gab es Beratungen in der Kleinen Kommission Radverkehr über die Vorgängervariante, in der man sich für eine befahrbare Rampe ausgesprochen hat. Eine Vorstellung dieser hier in der Kleinen Kommission KAP dargestellten Varianten innerhalb der Kleinen Kommission Radverkehr hat auch stattgefunden, aber dazu hat es noch keinen abgeschlossenen Meinungsprozess gegeben. Vor dem Hintergrund ist es, glaube ich, auch ganz sinnvoll, dass wir diesen Prozess abwarten und das in einem Gesamtpaket Ihnen als Bericht zur Verfügung stellen. – Danke schön.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Das war Licht im Dunkeln, vielen Dank.

(Ratsherr Kühbacher [SPD]: Oberirdische Abstellplätze!)

Die oberirdischen Abstellplätze sind vorgestellt worden, keine Entscheidung. Es gab keine Entscheidung dazu.

Weitere Nachfragen zum Bericht der Kleinen Kommission Kö-Bogen & KAP sehe ich nicht. Dann nehmen wir das so **zur Kenntnis**.

## 7

### **Bericht aus der Kleinen Kommission Opernhaus der Zukunft**

RAT/272/2024

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Wenn es dazu keine Nachfragen gibt, nehmen wir das so **zur Kenntnis**.

## 8

### **Bericht aus der Kleinen Kommission Neubau TVG**

RAT/278/2024

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Nachfragen dazu? – Diese sehe ich nicht. Dann nehmen wir das so **zur Kenntnis**.

Dann haben wir die Berichte abgeschlossen.

**9**

**Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2025 mit ihren Anlagen (Haushaltsplan, Vorbericht, Bezirksbezogene Haushaltsansätze) durch Oberbürgermeister Dr. Keller und Stadtkämmerin Schneider**

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Ich darf den Ersten Bürgermeister bitten, mich hier oben zu vertreten und mir am besten auch gleich das Wort zu erteilen.

(Bürgermeister Hinkel [CDU] übernimmt um 15.32 Uhr den Vorsitz.)

**Bürgermeister Hinkel (CDU):** Herr Oberbürgermeister, ich freue mich sehr, dass ich Sie an der Stelle ersetzen darf.

Ich möchte an der Stelle den Hinweis auf die Geburtstage des letzten Zyklus geben und gratuliere an der Stelle als Rat der Stadt allen, die im letzten Zyklus Geburtstag hatten. Ich möchte als Person unseren Oberbürgermeister Dr. Stephan Keller nennen, der gestern seinen Geburtstag gefeiert hat. Herzlichen Glückwunsch von uns allen hier in Düsseldorf!

(Allgemeiner Beifall)

Herr Oberbürgermeister, Sie haben das Wort.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Vielen Dank, Herr Bürgermeister Hinkel, für die Glückwünsche.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Verwaltung legt Ihnen heute den Entwurf des Haushaltsplans für das Jahr 2025 vor. Es ist der fünfte Etatentwurf, den wir gemeinsam beraten. In allen Haushaltsplänen, die hier in den letzten vier Jahren verabschiedet worden sind, spiegelten sich immer auch die aktuellen Krisen in der Welt wider – meist Krisen, von denen wir ohne eigenes Verschulden getroffen, deren Auswirkungen aber bei uns am Rhein zu spüren waren. Der Umgang mit diesen vielfachen Herausforderungen hat uns in den letzten Jahren immer begleitet und gefordert.

Als ich vor vier Jahren mein Amt als Oberbürgermeister angetreten habe, war die Zeit geprägt von Corona, und Düsseldorf hat diese schweren Zeiten gemeistert. Wir konnten zeigen, dass wir gut aufgestellt sind, wenn es darauf ankommt, etwa im Krisenmanagement, und wie schnell wir Lösungen finden können. So hat Corona etwa auch die Digitalisierung bei uns in Düsseldorf beschleunigt.

Ich habe damals versprochen, Düsseldorf gut für die Zeit danach aufzustellen. Wir haben uns bewusst entschieden – trotz der unsicheren Zeiten –, massiv weiter zu investieren, um nach der Pandemie gut aufgestellt zu sein.

Die Herausforderungen in der Welt sind nicht weniger geworden. Die Welt bleibt in Bewegung. Der großflächige russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat uns erschüttert. Er hat die Gewissheit des Friedens in Europa zerstört, und die Auswirkungen sind bis nach Düsseldorf zu spüren, wenn wir an die Sicherheit der Energieversorgung denken, wenn wir an Inflation denken und zuvorderst an die Gefahren einer Ausweitung dieses Krieges. Vor allem aber waren die Auswirkungen bis hierher zu spüren, wenn wir an die Menschen denken – die Menschen, die hierher geflüchtet sind, oder die Menschen etwa in unserer Partnerschaft Czernowitz, denen wir verbunden sind und denen wir fortlaufend weiter Hilfe zukommen lassen.

Wir stehen voller Überzeugung solidarisch an der Seite der Ukraine, weil wir das Unrecht, das von Russland ausgeht, nicht hinnehmen können und weil die tapferen Ukrainerinnen und Ukrainer auch unsere westlichen europäischen Werte verteidigen und damit auch die Art, wie wir hier in Düsseldorf leben und zusammenleben.

(Beifall von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP)

Ich habe erst im Mai wieder mit einer Düsseldorfer Delegation die Ukraine besucht. Es war beeindruckend, zu sehen, wie die Menschen dort die Auswirkungen des Krieges und die alltägliche Not meistern. Die Reise hat mir auch gezeigt, dass wir nicht nachlassen dürfen, den Menschen dort zur Seite zu stehen. Aus einer Städtepartnerschaft ist in kürzester Zeit eine Freundschaft geworden, und bekanntlich sind Freundschaften, die in der Krise und vielleicht mehr noch im Krieg aufgebaut werden, besonders belastbar und stark.

Nicht weniger hat uns der Terrorangriff der Hamas auf Israel erschüttert. In wenigen Tagen ist der Jahrestag dieses Angriffs. Dann werden immer noch viele der Verschleppten in Geiselhaft sein, seit dann 365 Tagen. Viele andere wurden auf barbarische Weise getötet.

In den vergangenen Monaten bin ich immer wieder Menschen begegnet, die um Verwandte, Freundinnen und Freunde in Israel bangen. Viele trauern um Angehörige, und es hat mich sehr berührt, von diesen Schicksalen zu hören. Ich bin deshalb der Überzeugung, dass unsere Solidarität auch weiterhin Israel gelten muss.

(Beifall von CDU, FDP und vereinzelt von SPD und der Linken)

Israel, dem zu Unrecht angegriffenen und dem Land, das wie kein zweites Land in der Welt umgeben ist von Mächten, die es auslöschen wollen. Solidarität, auch wenn die kriegerische Auseinandersetzung im Nahen Osten, die seither tobt, uns betroffen machen muss und die Not der Menschen auf beiden Seiten uns nicht kaltlassen darf.

Seit dem 7. Oktober 2023 erleben wir unerträglichen Antisemitismus – überall in der Welt und leider auch bei uns in Düsseldorf, offener Hass und sogar tätliche Angriffe gegen Jüdinnen und Juden und deren Einrichtungen. Mitglieder unserer Düsseldorfer jüdischen Gemeinde sind in Angst und Sorge, trauen sich nicht mehr auf die Straßen unserer Stadt, mögen ihre Kinder nicht mehr zur Schule schicken und denken sogar darüber nach, Düsseldorf zu verlassen. Es liegt in unser aller Verantwortung, ihnen zu versichern: Wir stehen an eurer Seite, an der Seite unserer jüdischen Gemeinde, und wir stellen uns notfalls auch schützend vor die Synagoge.

(Beifall von CDU und FDP)

Auch das Attentat in Solingen vor nicht einmal vier Wochen hat vieles ins Wanken gebracht – ein Terrorakt aus ideologischem Hass offenbar in unserer Nachbarstadt. Die schreckliche Bluttat hat uns erschüttert, drei Menschen wurden ermordet – darunter ein Düsseldorfer Bürger. Bei einem interreligiösen Friedensgebet sind wir deshalb auf dem Marktplatz zusammengekommen, um zu trauern, aber auch, um das Miteinander in den Mittelpunkt zu stellen: Wir in Düsseldorf wollen über Religions- und Kulturgrenzen hinweg zusammenhalten. Denn anders kann Zusammenleben in einer modernen Großstadt wie Düsseldorf nicht funktionieren.

(Beifall von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FDP und Ratsherrn Fix [Die Partei-Klima-Fraktion])

Ebenfalls auf dem Marktplatz haben wir im Mai 75 Jahre Grundgesetz gefeiert – ein lebendiges Fest der Demokratie. Fast 80 Jahre liegt das Ende des Zweiten Weltkriegs zurück. Seit 75 Jahren leben wir in der Bundesrepublik Deutschland in Frieden und Freiheit – dem Grundgesetz sei Dank.

Von unserer Verfassung und den Werten, die sie trägt, profitieren wir auch in Düsseldorf Tag für Tag. Aber wir tragen alle die Verantwortung dafür, dass das Grundgesetz auch künftig Grundlage für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft ist. Das gilt besonders jetzt, wo die politischen Ränder erstarken und die Stabilität unseres politischen Systems infrage steht. Überlassen wir

unsere Gesellschaft nicht den Populisten an den Rändern! Stärken wir gemeinsam die demokratische Mitte!

(Beifall von CDU, SPD und FDP)

Denn der Weg der Mitte ist der richtige. Von einem Auseinanderdriften, vielleicht sogar einer Spaltung der Gesellschaft, wie wir sie anderswo beobachten können, sind wir in Düsseldorf glücklicherweise noch entfernt. Aber wir müssen mit offenen Augen durch unsere Stadt gehen. Wir müssen erste Risse, Tendenzen einer Spaltung und alle Gefahren rechtzeitig erkennen und dann entschlossen handeln. Den Gefahren für unsere Demokratie müssen wir deshalb auch in Düsseldorf entschlossen begegnen. Bereits jetzt müssen wir alles Notwendige tun: für Respekt und Toleranz werben und versuchen, viele davon zu überzeugen, wichtige, allgemeingültige und unverzichtbare Werte mit uns zu teilen. Wir müssen mit aller Kraft dafür eintreten, was unsere Stärke ist: die Weltoffenheit und die Vielfalt Düsseldorfs. Das ist unser Pfund, mit dem wir wuchern können, und das trägt zum guten Standing Düsseldorfs in der Welt bei.

Aber – ich komme gleich auch zum Haushalt –

(Heiterkeit)

werben und Haltung zeigen reicht nicht. Wir müssen auch Probleme lösen. Wenn wir zu Einhunderttausend auf der Rheinwiese für Demokratie und Rechtsstaat demonstrieren, dann ist das ein richtiges und wichtiges Zeichen. Aber werben und Haltung zeigen reicht nicht. Wir müssen auch Probleme lösen. Wir, die wir politische Verantwortung tragen, müssen uns nach den Motiven derjenigen fragen, die offenbar der demokratischen Mitte nicht mehr zutrauen, die Probleme zu lösen, die sie beschäftigen.

Populisten liefern scheinbar einfache Antworten auf komplexe Fragestellungen. Dabei bedienen sie eine Sehnsucht nach Einfachheit in einer komplexer gewordenen Welt: Klimawandel, Migration, Digitalisierung – nirgends gibt es einfache, simple Lösungen. Klar ist, dass viele der großen Themen nicht in unserem Rathaus in Düsseldorf entschieden werden und auch nicht von unserem Haushalt zu beeinflussen sind: die Zuverlässigkeit der Deutschen Bahn, Energiepreise und Inflation, der Fachkräftemangel, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft, die Begrenzung von irregulärer Migration, die nationale Sicherheit vor Terrorismus und die Abwehr äußerer Bedrohungen und Krieg. Bund, Länder, aber auch die Stadt – wir alle müssen zeigen, dass wir die Probleme lösen können, für die wir auch verantwortlich sind.

Mir ist es ein Anliegen, dass wir in Düsseldorf hier unsere Hausaufgaben machen und unseren Teil mutig und entschlossen umsetzen, zum Beispiel:

- mehr Sicherheit im Bahnhofsumfeld, deshalb setzen wir dort ein großes Projekt auf;
- bessere Integration von Geflüchteten, deshalb freue ich mich, dass wir das Projekt im Hotel „Friends“ aufgesetzt haben, das ist der Next Level unserer Anstrengungen zur Integration Geflüchteter;
- ein besseres Management in der Ausländerbehörde, deshalb läuft dort ein Restrukturierungsprozess auf Hochtouren;
- der Ausbau der Kinderbetreuung, deshalb bauen wir die Angebote dort kontinuierlich und verlässlich aus;
- bezahlbarer Wohnraum, deshalb fördern wir dort jetzt auch ganz aktiv;
- eine gute Infrastruktur, deshalb kümmern wir uns um die Theodor-Heuss-Brücke genauso wie um den Unterhalt unserer Straßen;

- gute Schulen, deshalb investieren wir mehr als jeden zweiten Euro unserer Investitionsmittel in die Schul- und Bildungslandschaft;
- wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen, deshalb werben wir weltweit für Düsseldorf und deshalb halten wir auch die Gewerbesteuer konstant niedrig.

Das schafft Vertrauen, meine sehr verehrten Damen und Herren, und das verdrängt auch die Meinungskraft der Populisten.

(Beifall von der CDU)

Wir müssen in diesem Haus den Bürgerinnen und Bürgern ein Vorbild sein. Ich sage ganz ehrlich: Der Blick auf die heutige Tagesordnung lässt mich ein wenig zweifeln, ob wir den Ernst der Lage erkannt haben. Ich frage mich ganz offen: Ist die Finanzierung von Regenbogenbänken zur Europameisterschaft wirklich unser Problem? Muss die Verwaltung wirklich damit beschäftigt werden, Ihnen aufzuschlüsseln, „über welche Sprachkenntnisse“ die bei der EM „eingesetzten Volunteers“ verfügen, aufgeschlüsselt „nach Muttersprache und weiteren Fremdsprachkenntnissen“? Ich frage mich: Wem in Gottes Namen ist mit der Beantwortung dieser Anfrage geholfen?

(Beifall von der CDU)

Muss mit einer Anfrage suggeriert werden, in Angermund würde das Dorf zuwuchern und im Müll versinken, nur weil in einem wenig bebauten Gebiet im Südosten Angermunds die Büsche etwas über den – in Klammern: wohl nie genutzten – Gehweg wachsen? Muss die Frage nach dem „Bordsteinladen“ zum Vehikel gemacht werden, um die längst geklärte Frage nach der Diskriminierungsfreiheit unseres Vorgehens beim Ausbau der Ladeinfrastruktur erneut aufzuwerfen? Müssen wir wirklich unsere Verwaltung mit der Analyse der Treibhausgasbilanz des städtischen Kantinenessens befassen?

(Beifall von der CDU und vereinzelt von der FDP)

Welches Signal senden wir an die Bürgerinnen und Bürger – ob hier im Saal oder am Stream –, wenn wir uns mit der Vielfalt beim Angebot pflanzenbasierter Gerichte befassen? Last, but not least: Sind Ampelpärchen und Radschläger an den Ampeln der Königsallee wirklich das, was die Menschen von uns erwarten?

(Beifall von der CDU und Ratsfrau Kraljic [AfD])

Vor allem: Hilft eine Ampelfigur irgendeinem Opfer von geschlechterbezogener Diskriminierung?

Meine Damen und Herren, ich will nicht – wie man auf Neudeutsch sagt – in Whataboutism verfallen, aber wir brauchen wieder mehr Fokus und mehr Kraftanstrengung auf die Lösung unserer wirklich zentralen Herausforderungen in der Stadt.

(Beifall von der CDU)

Symbolpolitik kann ihre Berechtigung haben, um eine Haltung zu zeigen, aber wenn der Eindruck entsteht, dass Symbole wichtiger sind als Lösungen, dann schadet es dem Vertrauen in unser demokratisches System.

(Beifall von der CDU – Ratsfrau Marmulla [Die Linke]: Das macht hier niemand!)

Meine Damen und Herren, wir haben beste Voraussetzungen, um unsere Hausaufgaben in Düsseldorf zu machen – ob als dynamischer und erfolgreicher Wirtschaftsplatz im Herzen Europas,

als führender Messe- und Kongressstandort, als dynamische Kulturmetropole und Zentrum für Kreative, als bedeutender Austragungsort großer Events und internationaler Sportereignisse.

Lassen Sie uns kurz in die Vergangenheit schauen. Wir haben klug geplant. Wir haben die richtigen Akzente gesetzt. Wir haben gute Rahmenbedingungen geschaffen und viele notwendige Investitionen getätigt. Wir haben ausgetretene Pfade verlassen, wir waren agil und flexibel, und wir haben mutige Entscheidungen für Düsseldorf getroffen. Düsseldorf soll eine Stadt für alle sein. Der Sozialetat ist massiv gewachsen. Düsseldorf ist noch familienfreundlicher geworden. Es gibt mehr Kita-Plätze, und die neuen Wohnungsbauprogramme richten sich auch an Familien mit mittlerem Einkommen. Wir haben in die Sicherheit investiert und schon viele Probleme gelöst. Der OSD und die Verkehrsüberwachung haben mehr Stellen und sind besser ausgerüstet. Aber auch mit Investitionen und Maßnahmen in anderen Bereichen, wie der Feuerwehr und dem Hochwasserschutz, haben wir die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Düsseldorf erhöht.

Die Stadtsauberkeit ist ein ständiger Schwerpunkt. Die Abfallwirtschaft und die Stadtsauberkeit haben wir neu aufgestellt. Diese aufwendige Neuorganisation wird sich ab Januar in der Praxis bewähren.

Wir schaffen die Voraussetzung auch für eine moderne Mobilität: Mobilitätsstationen, Ladeinfrastruktur, Radwege, innovative Lösungen wie das Feierabend-Parken, und wir haben Großprojekte wie die Theodor-Heuss-Brücke angestoßen.

Düsseldorf hat auch mehr Verantwortung für den Klimaschutz übernommen. Wir passen unsere Stadt auch noch besser an den Klimawandel an. Bereits jetzt sind weit mehr als die versprochenen 5.000 Bäume gepflanzt worden.

Düsseldorf ist digitaler geworden. Der Glasfaserausbau ist vorangekommen, der städtische Bürgerservice ist digitaler und damit schneller und besser geworden. Im aktuellen Bitkom-Index Smart City sind wir auf Platz 6 der Verwaltungen und auf dem ersten Platz in Gesellschaft und Bildung. Das alles haben wir mit soliden Finanzen geschafft. Wir haben bisher alle Haushalte in dieser Wahlperiode positiv abgeschlossen. Unsere Ausgleichsrücklage ist gut gefüllt. Wir haben in 2023 keine neuen Kredite aufgenommen. Dort wollen wir jetzt anknüpfen und mutig weitermachen. Denn auch dort, wo es noch hakt, wo noch nicht alles rund läuft, lassen wir nicht nach. Ich habe deshalb Sonderbudgets im Haushaltsplan vorgesehen, mit denen wir an einigen Stellen nachschärfen können.

Dieser Haushaltsentwurf, den wir Ihnen heute vorlegen, wird Düsseldorf gut durch das Jahr 2025 und die Basis für die kommenden Jahre bringen. Es ist ein Etat, der auf Herausforderungen nicht nur reagiert. Vielmehr bleiben wir unserer Erfolgslinie treu: Wir investieren weiter in die Zukunft unserer Stadt und setzen Impulse, von denen wir sofort, aber auch in Jahren noch profitieren werden. Wir gestalten unsere Stadt aktiv und sorgen dafür, dass sie lebenswert und attraktiv bleibt und den Menschen Perspektiven bietet.

Weil es beim Haushalt um die Zukunft geht, bekennen wir auch Farbe: für Düsseldorf, für die Menschen in unserer Stadt, für ein sicheres Düsseldorf, für ein sauberes Düsseldorf, für ein Düsseldorf, das Mobilität ermöglicht, und für ein Düsseldorf, das noch digitaler wird, für ein Düsseldorf, das weiterhin Verantwortung für den Klimaschutz übernimmt und an den Klimawandel angepasst ist, für ein Düsseldorf von kultureller Strahlkraft, für ein wirtschaftsstarkes Düsseldorf, das soziale Teilhabe und Bildungsgerechtigkeit ermöglicht. Lassen Sie uns Düsseldorf gut aufstellen für die Zukunft! Lassen Sie uns, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie bislang schon diese Herausforderungen gemeinsam und beherzt angehen! Ich hoffe, dass das auch im nächsten Jahr gelingt – trotz der bevorstehenden Bundestags- und Kommunalwahlen. Lassen Sie uns Düsseldorf gut aufstellen für die Zukunft, aber lassen Sie uns das auch bei solider Finanzierung machen! Diesen erfolgreichen Grundsatz wollen wir beibehalten – so, wie wir das in den letzten vier Jahren gemacht haben – und gern auch noch ein bisschen besser.

(Beifall von der CDU)

Wir nehmen, um unsere Ziele zu erreichen, viel Geld in die Hand. Sehr viel Geld! Der Etat umfasst Aufwendungen in Höhe von 4,2 Milliarden Euro. Wir planen mit Investitionen in Höhe von 746 Millionen Euro. Das ist erneut ein Rekordhoch – wieder ein bisschen mehr als in der Vorjahresplanung.

Wir haben bereits jetzt den Jahresfehlbetrag, den wir in der Vorjahresplanung ausgewiesen hatten, um rund 51 Millionen Euro reduziert. Wir arbeiten weiter daran, die Planung in Einklang mit den positiven Jahresabschlüssen zu bringen, um im Dezember einen noch besseren Haushalt zu verabschieden.

Den strukturell ausgeglichenen Haushalt verlieren wir als Ziel nicht aus den Augen. Ich glaube fest daran, dass wir das im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung schaffen können. Die Zahlen, die wir heute einbringen, weisen in die richtige Richtung, aber wir müssen weiter hart daran arbeiten.

Wir haben massiv investiert, Radwegbau und Klimaschutzmaßnahmen vorangetrieben, Schulen gebaut und Grundstücke gekauft. Wir haben damit das Vermögen der Stadt vermehrt. Wir haben aus guten Gründen immer behutsam und konservativ geplant. Denn wir waren immer besser als gedacht. Wir sind in dem, was wir uns vornehmen, manchmal ein wenig zu ambitioniert. Das gilt für Politik und Verwaltung gleichermaßen. Wir suchen hier weiter nach Möglichkeiten und Wegen, Planung und Realität stärker einander anzupassen. Aber unser Haushalt bleibt solide. Wenn wir Kredite aufnehmen, dann nur mit Augenmaß – für langfristige Investitionen und nur, wenn es unbedingt erforderlich ist. 2023 – ich sagte es bereits – haben wir keine neuen Kredite aufnehmen müssen.

Unsere Pro-Kopf-Verschuldung in Düsseldorf ist extrem niedrig: 520 Euro. Städte, wie zum Beispiel Duisburg oder Köln, stehen ganz anders da. Dort sind es rund fünfmal so viel, in Essen zehnmal so viel und in Oberhausen rund achtzehnmal so viel wie in Düsseldorf.

Die wenigsten Städte haben eine Rücklage und schon gar nicht in dieser Höhe, wie wir sie haben. Unsere Ausgleichsrücklage ist mit 702 Millionen Euro so gut gefüllt wie lange nicht. Gestatten Sie mir einen Vergleich: Nach den letzten vier Jahren haben wir inzwischen so viel Geld – wenn ich das mal untechnisch sagen darf – auf der „hohen Kante“, dass wir damit nahezu eine große Investition in der Dimension eines neuen Opernhauses finanzieren könnten,

(Beifall von der CDU und vereinzelt von der FDP)

und zwar, ohne dass wir das soziale Gefüge vernachlässigt hätten.

Lassen Sie mich – wie schon letztes Jahr – anlässlich der Debatte um den Neubau des Opernhauses noch einmal deutlich sagen: Wir werden Ihnen auch in Zukunft keinen Haushalt vorlegen, der unsere Stadt in ein Haushaltssicherungskonzept führen würde. Wir bewahren unsere finanzielle Selbstbestimmung.

Unsere Finanzkraft gibt uns die Möglichkeit, die Steuersätze niedrig und stabil zu halten. Das gilt auch für die Grundsteuer. Sie gilt ab dem 1. Januar 2025. Wir sind gezwungen, neues Recht umzusetzen. Wir hätten uns an vielen Stellen andere Regelungen gewünscht. Denn vergnügungssteuerpflichtig sind diese Regelungen wirklich nicht. Aber wir sind gezwungen, den Vorgaben von Land und Bund zu folgen. Wir werden aber die Reform nicht nutzen, um den Haushalt zu verbessern. Wir halten uns an unser Versprechen der Aufkommensneutralität. Verschiebungen unter den Steuerpflichtigen können wir nicht ausschließen, aber differenzierte Hebesätze, um diese Verschiebungen auszutariieren, schlagen wir Ihnen im Moment aus vielen verschiedenen Gründen nicht vor.

Wir haben darüber hinaus zum Jahresanfang 2024 die Beherbergungssteuer eingeführt. Die Sorgen der Branche konnten wir noch vor dem Starttermin weitgehend ausräumen. Denn wir setzen auf einen volldigitalen Arbeitsprozess. Das stößt auch in anderen Städten auf Interesse. Essen und neuerdings auch Mannheim wollen unser Modell kopieren. Schön, dass wir bei diesem Thema digitaler Vorreiter sind. Herzlichen Dank an Stadtkämmerin Schneider und ihr Team bei der Einführung dieser neuen Abgabe!

(Beifall von der CDU und Bürgermeisterin Zepuntke [SPD])

Vorbild sind und bleiben wir auch bei der Gewerbesteuer. Ich hatte immer versprochen, den Gewerbesteuerhebesatz nicht zu erhöhen, und dabei bleibt es auch. Die Wirtschaft kann sich da auf mein Wort verlassen. Die Gewerbesteuersätze sind in Düsseldorf niedriger als in jeder vergleichbaren Stadt – ich sage „vergleichbare Stadt“; wir alle kennen Monheim, die aktuell in einer schwierigen Haushaltslage sind –, die Einnahmen dafür sind aber umso höher. Auch das verdeutlicht ein Blick in die Nachbarschaft: In Essen stehen für 2024 circa 431 Millionen Euro in Aussicht. Der Hebesatz liegt bei 480. Im wesentlich bevölkerungsreicheren Köln kaum mehr als in Düsseldorf: Dort sind es 1,4 Milliarden Euro bei einem Hebesatz von 475. Wir gehen von 1,35 Milliarden Euro bei einem Hebesatz von 440 aus. Das spricht für einen starken Wirtschaftsstandort, eine gute Wirtschaftspolitik und ein wirtschaftsfreundliches Klima in Düsseldorf, das wir erhalten wollen.

Unser Standort entwickelt sich dynamisch. Uns geht es gut in Düsseldorf. Und weil wir ein starker Wirtschaftsstandort sind, können wir uns so vieles überhaupt erst leisten. Die Stärke des Standortes, die hohen Steuereinnahmen und die daraus resultierende Solidität unserer städtischen Finanzen machen das hohe Niveau an Investitionen und sozialen Leistungen überhaupt erst möglich. Wirtschaftskraft und soziale Stärke sind zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Düsseldorf bleibt eine soziale Stadt. Solidarität mit den Schwachen ist für mich nicht verhandelbar.

(Beifall von CDU und Ratsfrau Lehmmaus [FDP])

Die Stadt ist hier gut aufgestellt. Wir helfen Menschen in Not und geben insbesondere jungen Menschen Perspektiven und gute Zukunftsaussichten. Unser soziales Netz fängt auf, unterstützt und berät. Um das weiterhin sicherzustellen, stellen wir einen Sozialetat zur Verfügung, der bis 2025 auf 580 Millionen Euro anwächst. Das sind dann fast 100 Millionen Euro mehr als noch in 2022 und deutlich mehr als in 2020. Damals waren es noch 415 Millionen Euro.

Wir zeigen damit übrigens auch, dass große Investitionen nicht im Widerspruch zu einem hohen Niveau im Sozialbereich stehen müssen. Wir setzen einen Rahmen mit ausreichenden und verlässlichen Finanzmitteln, etwa für den Rahmenvertrag mit der Liga Wohlfahrt. Er ist für das soziale Düsseldorf jetzt bereits seit mehr als einem Vierteljahrhundert ein wichtiger Baustein. Der aktuelle Vertrag ist aus Sicht der Träger der beste, den es je gab: Er gibt den Verbänden Planungssicherheit bis 2028. Er stattet sie auskömmlich aus und durch die Dynamisierung auch verlässlich für die nächsten Jahre. Mein Dank gilt den Verbänden für die partnerschaftliche Zusammenarbeit im Sinne des Subsidiaritätsprinzips zum Wohle der Menschen in Düsseldorf.

(Beifall von der CDU und Ratsfrau Kraljic [AfD])

Meine Damen und Herren, morgen, am 20. September, ist Weltkindertag. Wir haben das am letzten Sonntag schon im Vorgriff in der ganzen Stadt gefeiert. Aber wir passen nicht nur an diesem Tag, sondern an jedem Tag des Jahres auf das Wohl unserer Kinder auf.

Es war mein Wunsch, dass wir die Kinder noch mehr in den Blick nehmen und noch besser schützen. Ich bin froh, dass dies gelungen ist. Wir haben den Kinderschutz im Dezernat von Burkhard Hintzsche kürzlich neu organisiert. Alle kinderschutzrelevanten Themen wurden in einer

Abteilung zusammengeführt. Kurze Wege und schnelle Absprachen ermöglichen eine effektive Bearbeitung nach gemeinsamen Standards. Besonders wichtig ist, dass der Kinderschutzdienst seit April 2024 rund um die Uhr, am Wochenende und an Feiertagen erreichbar ist. Ein Meilenstein für den Kinderschutz!

(Beifall von CDU, AfD und vereinzelt von der FDP)

Zu einer familienfreundlichen Stadt gehört ganz wesentlich das Angebot an Betreuungsplätzen in Kitas. Uns war es immer wichtig, das Angebot weiter auszubauen – qualitativ und quantitativ. Wir haben das ohne Frage geschafft: Im aktuellen Kita-Jahr wird die Versorgungsquote für unter 3-Jährige noch einmal deutlich auf dann 58,5 Prozent steigen. Damit werden wir die Quote seit Beginn der Wahlperiode um über 9 Prozent gesteigert haben. Natürlich bleibt es bei den über 3-Jährigen bei der Vollversorgung.

Allein bis zum Ende des Kindergartenjahres 2024/2025 werden neun weitere Tageseinrichtungen fertiggestellt. Das sind dann 484 Plätze mehr, davon 136 im U3-Bereich. Ich weiß und uns ist bewusst, dass Voraussetzung dafür, diese Plätze auch nutzen zu können, die Fachkräfte sind. Der entscheidende Faktor zur Sicherung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz ist heutzutage weniger der Bau von Kitas. Es ist vielmehr die Verfügbarkeit von ausreichendem Personal. Aber auch da engagieren wir uns im erheblichen Maße: Gemeinsam mit den freien Trägern werben wir mit Imagekampagnen um Fachkräfte. Wir stärken die Ausbildung, indem wir sie besser koordinieren. Außerdem – das ist mir persönlich wirklich wichtig, aber ich habe dafür viel Kritik aus Nachbarkommunen eingesteckt – bezahlen wir Erzieherinnen und Erzieher in den Kitas besser. Mit der Eingruppierung in eine höhere Tarifgruppe sind wir an die Grenze des Vertretbaren gegangen, aber Sie können sich sicher sein, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kitas freuen sich darüber und wissen das zu schätzen.

(Beifall von der CDU und Ratsfrau Kraljic [AfD])

Eine Säule der Kinderbetreuung ist auch die Tagespflege mit fast 3.800 Plätzen im gesamten Stadtgebiet. Dafür sind im Etat rund 60 Millionen Euro vorgesehen. Das waren 2020 noch 52 Millionen Euro.

Seit dem letzten Monat gilt ein besseres, transparenteres und gerechteres Geldleistungssystem. Es ist an den Tarifvertrag angepasst und wird automatisch erhöht. Zudem gibt es einen Düsseldorfer Qualitätszuschlag. Das ist alles andere als ein Sparmodell: Mit den 60 Millionen Euro liegen wir fast 8 Millionen Euro höher als noch 2020.

Mein Dank gilt Ihnen allen an der Stelle, dass Sie parteiübergreifend – auch gegen manche Widerstände und den einen oder anderen Einwurf über Social Media und anderswo – dieses Konzept mitgetragen haben. Mein Dank gilt auch den Mitarbeitenden in der Verwaltung, die die Umstellung fristgerecht umgesetzt und Hunderte von Eltern beraten haben.

Wir stärken die kulturelle und soziale Infrastruktur in unseren Stadtteilen. Wir wollen das Leben in den Stadtteilen attraktiver machen und Angebote vor Ort schaffen. Dafür sind die Bürgerhäuser des Amtes für Soziales und Jugend, Stadtteiltreffs, Familienzentren und andere soziokulturelle Einrichtungen schöne Beispiele. Sie sind für alle zugänglich. Sie ermöglichen Teilhabe. Sie bieten Räume für kreative Eigeninitiativen. Sie stärken die Bindung ans Stadtviertel und fördern den Zusammenhalt vor Ort. Wir werden diese wichtige soziale Infrastruktur weiter fördern und ausbauen.

Auch den Umbau der Stadtteilbüchereien zu Stadtteilkulturzentren setzen wir fort. In den Stadtteilbüchereien Flingern und Benrath ist der Umbau bereits gestartet. Die erfolgreiche Wochenendöffnung in Bilk führen wir fort. Die Standorte Eller und Unterbach folgen als nächste.

Wir planen den Einsatz von vier Kulturbotschafterinnen und Kulturbotschaftern. Sie sollen vor Ort in den Stadtteilen Kultur und Kreativität anregen, unterstützen und nachhaltig etablieren.

Wir kümmern uns in Düsseldorf um Kinder und Jugendliche. Wie ernst wir das nehmen, zeigt, dass mehr als jeder zweite Euro in die Bildungslandschaft fließt und damit in die Zukunftschancen der jungen Düsseldorferinnen und Düsseldorfer. Wir schaffen das mit der flächendeckenden Schulbauoffensive. Damit nimmt die Landeshauptstadt deutschlandweit eine Vorreiterrolle ein. Wir bauen neu. Wir modernisieren. Wir digitalisieren. Das ist unerlässlich in einer wachsenden Stadt mit steigenden Schülerzahlen. Wir sind uns hier in diesem Haus darüber seit langer Zeit einig. Acht entsprechende Pakete – die SOMs I bis VIII – für den Schulbau hat der Rat bislang geschnürt. Rund 100 Einzelmaßnahmen wurden auf den Weg gebracht. Stand heute haben wir 50 Maßnahmen abgeschlossen. 40 weitere werden gerade vorbereitet oder sind bereits im Bau. Die meisten Maßnahmen werden wir bis 2026 fertigstellen.

Bereits zum Schuljahr 2024/2025 hat sich die Schullandschaft verändert. Große Neubauten wurden fertiggestellt und bezogen: die neugegründete Realschule Borbecker Straße und die neugegründete Gesamtschule Aldekerkstraße. Der Unterricht in den neuen Gebäuden der Theodor-Litt-Realschule, des Wim-Wenders-Gymnasiums sowie auf dem Schulcampus an der Vennhauser Allee mit Haupt- und Förderschule ist planmäßig gestartet.

Weitere Schulprojekte haben eine besondere Bedeutung für die städtebauliche Entwicklung und die Bildungslandschaft in Düsseldorf: das neue Gymnasium Eller an der Bernburger Straße, der Neubau der Sporthalle am Humboldt-Gymnasium, der neue gemeinsame Schulcampus für die Joseph-Beuys-Gesamtschule und das Elly-Heuss-Knapp Berufskolleg und nicht zuletzt das neue vierzügige Gymnasium am Heinzelmännchenweg. Wir müssen uns immer vor Augen halten, welche riesigen Summen wir dort bewegen. Allein für die vier letztgenannten Vorhaben nehmen wir insgesamt rund 300 Millionen Euro in die Hand.

Wir haben Tempo und Umsetzungskraft gegenüber der letzten Wahlperiode noch einmal deutlich gesteigert. In den sechs Jahren der letzten Wahlperiode flossen 450 Millionen Euro in den Schulbau. Seit 2021 wurden bis jetzt 600 Millionen Euro investiert, und die Wahlperiode ist noch nicht zu Ende. Den gleichen Betrag veranschlagen wir noch einmal für die nächsten vier Jahre. Das ist gut für die Kinder und Jugendlichen, und das ist gut für Düsseldorf.

(Beifall von der CDU)

Ein weiteres wichtiges Merkmal unserer Schullandschaft ist die Ganztagsbetreuung – als wichtigste Säule der Offene Ganztag, OGS, jetzt schon im 21. Jahr. Zum neuen Schuljahr wurden 300 neue Plätze geschaffen. Die Versorgungsquote liegt jetzt bei 84 Prozent. Zu wenig, um den Bedarf zu decken – das wissen wir. Mir ist es deshalb seit Langem ein Anliegen, diese Quote zu erhöhen. Jedes Jahr ein Prozentpunkt mehr – das ist zugesagt, und das ist zu schaffen. Auch das trägt zu einer familienfreundlichen Stadt bei.

Sorge macht mir allerdings, wie das Land versucht, den Rechtsanspruch ab 2026 umzusetzen. Das Land bleibt leider weit hinter den Erwartungen der Kommunen zurück und stellt uns auch in Düsseldorf bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs aufgrund fehlender Vorgaben vor gravierende Herausforderungen. Es fehlen Qualitätsstandards sowie die Finanzierung der Aufgabenübertragung durch das Land. Auch beim Anmeldeverfahren drohen Konflikte und sogar Klagen. Die Landeshauptstadt Düsseldorf hat bereits Anfang 2022 mit der Vorbereitung des Rechtsanspruches begonnen, um unmittelbar handlungsfähig zu sein. Auch das ist ein Beispiel dafür, dass wir klug und vorausschauend handeln. Trotz ausbleibender Unterstützung durch das Land ist vorgesehen, den Ausbau weiter voranzutreiben und eine Versorgungsquote von 95 Prozent bis 2029 zu erreichen. Dabei setzen wir auf die Erfüllung des Elternwillens und ermöglichen auch Angebote des gebundenen Ganztags.

Düsseldorf verfolgt darüber hinaus das Ziel, dass ein Schulplatz zukünftig direkt mit einem Ganztagsplatz verbunden ist. Gelingen soll das durch eine multifunktionale Nutzung des Schulraums. Wir machen auch hier unsere Hausaufgaben. Leider sieht es so aus, als müssten wir die Hausaufgaben des Landes gleich miterledigen.

(Ratsherr Rohloff [FDP]: Hört, hört!)

Familien brauchen zeitgemäß ausgestattete Schulen, Familien brauchen aber auch bezahlbaren Wohnraum. Beides muss Hand in Hand gehen in einer familienfreundlichen und sozialen Stadt. Das war uns immer klar, und deshalb haben wir die Wohnungsbauoffensive weiter vorangetrieben. Das Thema Wohnen hat uns im Rat immer wieder beschäftigt. Ich bin froh, dass wir bei diesem Thema, das so vielen Menschen unter den Nägeln brennt, inzwischen konstruktiv und über Partei- und Bündnisgrenzen hinweg zusammenarbeiten. Besonders fruchtbar war die Ratssitzung vor der Sommerpause. Dort haben wir die beiden städtischen Förderprogramme beschlossen, die insbesondere Familien mit Kindern mit einem mittleren Einkommen in den Blick nehmen.

Das eine Programm kurbelt den Neubau von Mietwohnungen an. Damit geben wir der Wohnungswirtschaft neue Impulse. Das andere Programm fördert den Erwerb und Neubau von selbstgenutztem Eigentum. Es stärkt Familien als Käuferinnen von Eigentumswohnungen und Eigenheimen. Für beide Programme sind 140 Millionen Euro bis 2027 vorgesehen. Allein 2025 sind es 50 Millionen Euro, die wir eingeplant haben. Die ausgesprochen positive Resonanz aus Immobilienwirtschaft und Stadtgesellschaft zeigt, dass wir hier eine wichtige Lücke geschlossen haben.

(Beifall von der CDU)

Mittlerweile haben wir ein ganzes Bündel an weiteren Maßnahmen geschnürt. Wir ermitteln und aktivieren weitere Flächen für den Wohnungsbau. Wir machen das Erbbaurecht attraktiver. Das wird Sie im November in den Gremien erreichen.

Natürlich haben wir die „Problemkinder“ wie das „Grand Central“ in Oberbilk und das „Glasmacherviertel“ in Gerresheim im Blick. Um kaum ein Thema kümmern wir uns so intensiv wie um die Reaktivierung dieser Flächen für den Wohnungsbau. Das wäre nicht nur ein Segen für den Wohnungsmarkt, sondern auch ein städtebaulicher Gewinn, und das wäre vor allem das Ende eines handfesten Skandals.

(Beifall von der CDU)

Mal schauen, was die EXPO in München bringen mag.

Es wird ein wirklicher städtebaulicher Gewinn, und ein Segen ist die Entscheidung für den Bau des neuen Opernhauses Am Wehrhahn. Ich werde das jetzt nicht weiter ausführen; wir haben dazu lange genug diskutiert.

Aber was mir wichtig ist: Wir müssen als Stadt auch die weitere kulturelle Infrastruktur im Blick haben. Wir nehmen etwa für die ersten Schritte bei der Sanierung der Tonhalle fast 10 Millionen Euro – ich glaube, es sind 9,9 Millionen Euro – in die Hand.

Aber wir investieren nicht nur in „Steine“, sondern auch in eine lebendige und bunte, innovative und experimentelle Kulturszene. Und vor allem spielen wir nicht die Hochkultur gegen die freie Szene aus.

(Beifall von der CDU und FDP)

Die Ausgaben für die freie Szene sind seit 2020 von rund 7,7 Millionen Euro auf fast 8,6 Millionen Euro gestiegen. Wir wissen um die Herausforderungen der freien Szene: Kostensteigerungen,

Mindesthonorare, Inflation und Personalmangel. Wir unterstützen die freie Szene bereits jetzt, aber wir wollen ihr mehr Planungssicherheit geben. Dazu soll es Rahmenverträge geben, die den Akteuren verlässlich Mittel auf mehrere Jahre zusichern und eine Dynamisierung regeln. Das wird helfen, auch Bürokratie abzubauen und damit auch mehr Raum für Kreativität zu schaffen.

Im Übrigen setze ich mich gemeinsam mit der Dezernentin und der Kultusministerin des Landes dafür ein, dass Claudia Roth die unangekündigte Kürzung ihrer Fördermittel für das FFT und das Tanzhaus NRW zurücknimmt. Hier könnte eine grüne Politikerin mal zeigen, dass sie es ernst meint mit der Förderung der freien Szene.

(Beifall von CDU, FDP und Ratsfrau Marmulla [Die Linke])

Aber auch ohne Fördermittel stärken wir die freie Szene: Wir sichern den Fortbetrieb des Ratinger Hofs als Live-Musik-Club. Statt Anfragen, Machbarkeitsstudien und Gutachten haben wir die Chance erkannt, Lösungsansätze pragmatisch geprüft und dann umgesetzt. Ich habe D.LIVE gebeten, den Ratinger Hof anzumieten. Wir stellen ihn der jungen Musikszene zur Verfügung und fördern auf diese Weise Nachwuchsbands.

Statt Probleme zu wälzen und zu diskutieren, haben wir auch bei den Rheinterrassen die Ärmel hochgekrempt und jetzt eine richtig gute Lösung gefunden, um dieses Venue zu einem echten Aushängeschild zu machen und außerdem unseren vielen Brauchtumsveranstaltungen eine echte Perspektive zu geben. Noch vor Auslaufen des Vertrages mit dem aktuellen Pächter ist D.LIVE auf meine Bitte hin dort eingestiegen.

(Beifall von der CDU)

Wir treiben außerdem die Realisierung der Open-Air-Fläche auf dem Messeparkplatz weiter voran. Hier werden wir voraussichtlich im Sommer 2025 mit den ersten Konzerten starten können.

Meine Damen und Herren, wir investieren in die Sicherheit unserer Stadt. Das Projekt „Sicherheit in der Düsseldorfer Innenstadt“ wurde erfolgreich abgeschlossen. Das Sicherheitsproblem in der Altstadt haben wir deutlich entschärft. Wir haben den OSD und die Verkehrsüberwachung besser aufgestellt. Wir konnten in diesem Jahr alle angekündigten Stellen besetzen. Unser wichtiges Ziel, die Außendiensteinheiten des Ordnungsamtes bis 2025 um 150 neue Ordnungskräfte zu verstärken, ist ein Jahr früher als geplant erreicht worden.

Wir lassen nicht nach. Wir steuern nach, wo es notwendig ist. Für 2025 und 2026 habe ich deshalb im Haushalt ein Sonderbudget einrichten lassen in Höhe von jährlich 250.000 Euro. Damit initiieren wir ein neues Projekt zur Verbesserung der Situation in und um den Hauptbahnhof. Gemeinsam mit der Bundes- und Landespolizei treten wir den negativen Entwicklungen im Bahnhofsumfeld entgegen. Aus diesem Sonderbudget kann ein ganzes Bündel von Maßnahmen finanziert werden: Streetwork und Quartiersarbeit, die Anmietung einer Anlaufstelle oder Kosten für zusätzliche Reinigung, Sanierungs- und Instandsetzungsarbeiten. Ich bin davon überzeugt, dass wir es in Zusammenarbeit mit allen weiteren Beteiligten schaffen werden, die Aufenthalts- und Lebensqualität am Bahnhof zurückzugewinnen. Die Problemlagen sind komplex – noch einmal deutlich komplexer als am Rheinufer und in der Altstadt –, aber wir gehen sie systematisch und koordiniert an.

Wir sehen Sicherheit ganzheitlich. Dazu tragen neben dem OSD auch die Feuerwehr und der Stadtentwässerungsbetrieb bei, der für den Hochwasserschutz zuständig ist. Wir bauen neue Feuerwachen, damit die Kolleginnen und Kollegen der Feuerwehr ihrer Arbeit weiterhin engagiert nachgehen können. Sie erhalten bestmögliche Arbeitsbedingungen und modernste Ausrüstung. Der Rat hat kürzlich ein umfassendes Investitionsprogramm gestartet. Dieses Programm sieht Neubauten und größere Sanierungsmaßnahmen an vier weiteren Standorten vor. 105 Millionen Euro sind nicht nur eine Antwort auf aktuelle Bedürfnisse, sondern auch eine vorausschauende

Maßnahme, um langfristig die Einsatzbereitschaft und Effizienz der Feuerwehr sicherzustellen. Wir bauen aktuell die Feuerwachen in Kaiserswerth und Wersten neu.

Wir alle erinnern uns an das Hochwasser vor drei Jahren. Wir werden aktuell schmerzlich daran erinnert. Die Verbesserung des Hochwasserschutzes entlang des Rheins oder etwa der Düssel ist von großer Bedeutung für die Sicherheit der Anwohnerinnen und Anwohner. Die Renaturierung der Südlichen Düssel wird deshalb fortgesetzt. Dafür sind 4,5 Millionen Euro vorgesehen.

Im Gebiet Himmelgeist beginnen nächstes Jahr die Arbeiten für die Schließung der Deichlücke am Rhein. Dafür sind Mittel von insgesamt mehr als 40 Millionen Euro veranschlagt. Es ist der Stadtentwässerungsbetrieb, der diese Projekte entscheidend vorantreibt. Der Stadtentwässerungsbetrieb ist eine echte Institution und das bereits seit 150 Jahren. In diesem Jahr feiern die Kolleginnen und Kollegen ein großes Jubiläum. Herzlichen Glückwunsch dazu und Gratulation! Die Kämmerin wird das sicherlich weitergeben.

(Beifall von CDU, FDP und Ratsfrau Lehmann [Die Linke])

Hochwasser, steigende Durchschnittstemperaturen, veränderte Niederschlagsmuster und mehr Extremwetterereignisse: Der Klimawandel ist auch in Düsseldorf zu spüren. Darauf reagieren wir mit unserem Konzept zur Klimaanpassung. Wir setzen als kleinere Maßnahmen auf die Errichtung von Trinkbrunnen oder die Verschattung von Kinderspielplätzen. Auch die Pflanzung von Bäumen gehört dazu. Mehr als 5.000 neue Bäume bis 2025 zu pflanzen, war der Plan. In den letzten vier Pflanzperioden wurden insgesamt knapp 6.300 neue Bäume gepflanzt. Mindestens 1.000 kommen noch einmal in der nächsten Pflanzperiode hinzu.

Allein 123 neue Bäume und 175 Großsträucher – so heißen sie – sind bei einem kreativen, neuen Projekt entstanden. Im Pocketpark Albertstraße – dort, wo einst ein Schotterparkplatz war, sorgen jetzt Bäume und Sträucher für Abkühlung und Aufenthaltsqualität. Dort findet auch das Prinzip der Schwammstadt Anwendung. Es ist ein gutes Beispiel für Klimaanpassung im hochverdichteten urbanen Raum. Ich finde, es sollte uns ein Beispiel und ein Vorbild sein für weitere Projekte in den nächsten Jahren.

(Beifall von der CDU)

Wir nehmen den Klimaschutz ernst. Wir brauchen gemeinsame Anstrengungen. Der Rat hat die entsprechenden Beschlüsse gefasst und immer wieder untermauert. Auch im nächsten Haushalt stellen wir dafür wieder 60 Millionen Euro bereit.

Um die Klimaschutzziele zu erreichen, braucht es den politischen Willen und den Rückhalt aus der Stadtgesellschaft. Dafür steht der Klimapakt mit der Wirtschaft, aber auch das Ökoprotfit-Programm für Betriebe. Private Eigentümerinnen und Eigentümer profitieren von unserem Förderprogramm „Klimafreundliches Wohnen und Arbeiten“.

Wir gehen auch als Landeshauptstadt selbst voran: Wir sanieren energetisch schlechte Gebäude. Wir bauen nach nachhaltigen Standards. Wir sammeln erste Erfahrungen mit „kreislauffähigem Bauen“: Baumaterialien sollen wiederverwertet werden können. Allein fünf Schulbauten werden als Pilotprojekte nach dem Cradle-to-Cradle-Prinzip errichtet.

Mit der Solaroffensive wecken wir das riesige Potenzial, das auf den Dächern vieler weiterer städtischer Gebäude schlummert. Vom identifizierten Potential von circa 46.000 KWp sind bereits 10.000 umgesetzt oder konkret geplant. Ein Leuchtturmprojekt ist sicherlich die Photovoltaikanlage beim Betriebshof des Gartenamtes in Stockum, und auf Schulgebäuden entstehen derzeit 34 PV-Anlagen.

Mit der kommunalen Wärmeplanung wollen wir die Wärmeversorgung in Düsseldorf effizient, zuverlässig, nachhaltig und klimafreundlich, aber auch sozialverträglich gestalten. Hierzu läuft der Bürgerdialog, hierzu ist ein externer Dienstleister ausgesucht und eingestellt worden, der uns hier unterstützt. Die Stadtwerke bauen das Fernwärmenetz aus.

Meine Damen und Herren, in kaum einem Politikfeld wird so leidenschaftlich, aber auch so ideologisch diskutiert wie im Verkehrsbereich.

(Bürgermeisterin Zepuntke [SPD]: Ach!)

– Ja, manchmal kann es auch erschöpfend sein, Frau Bürgermeisterin Zepuntke.

(Heiterkeit)

Wir brauchen an vielen Stellen eine Neuaufteilung des öffentlichen Straßenraums zugunsten des Umweltverbundes. Und ja, vieles dauert auch mir zu lange. Wir bleiben insbesondere beim Radverkehr hinter den selbstgesteckten Erwartungen zurück. Das müssen wir ändern.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Zur Wahrheit gehört aber auch: Verkehrspolitik muss sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren, und zwar an den realen Bedürfnissen der Düsseldorferinnen und Düsseldorfer.

(Beifall von der CDU und Ratsherrn Montanus [FDP])

Wir dürfen nicht den Fehler machen, die persönliche Entscheidung für ein Verkehrsmittel für eine moralische Entscheidung zu halten. Die allermeisten von uns sind Radfahrer, Autofahrer, ÖPNV-Nutzer und Fußgänger in einer Person. Bei allem Nachholbedarf – den haben wir wirklich –, den wir nach Jahrzehnten des Vorrangs für den Autoverkehr insbesondere im Radverkehr haben, müssen wir darauf achten, dass wir die Menschen mitnehmen.

Sehen Sie mir nach, dass ich noch einmal die Luegallee bemühe, obwohl wir damit mittlerweile alle fein sind: Auf der Luegallee haben wir jetzt eine Lösung – Herr Kral, ich behaupte das jetzt einfach mal so –, die man am grünen Tisch in wenigen Wochen hätte planen und umsetzen können. Aber wir haben die Anstrengung unternommen, die Menschen mitzunehmen. Das hat Zeit gekostet, ja. Aber wir haben damit auch einen jahrzehntelangen Konflikt, der das Klima in der Verkehrspolitik wirklich vergiftet hat, befriedet und einen breiten Konsens erzielt. Das ist mir wirklich lieber als ein permanenter Kulturkampf um bestimmte Verkehrsmittel.

(Beifall von der CDU)

Deshalb habe ich mich auch so vehement für die Öffnung von Supermarktparkplätzen eingesetzt, auch wenn das nicht alle Probleme im ruhenden Verkehr löst. Aber es hilft, die Betroffenheit einzelner oder die Betroffenheit in den Quartieren abzufedern – die Betroffenheit von Menschen, die von notwendigen Veränderungen zunächst einmal auch negativ betroffen sind. Es ist sowohl eine innovative als auch einfache und kostengünstige Lösung, ein einzigartiges Projekt, das inzwischen Aufmerksamkeit in ganz Deutschland auf sich zieht.

Ich stehe dazu, dass wir das Radhauptnetz weiter ausbauen. Ein sichtbares Zeichen ist aktuell die Fahrradstraße Am Wehrhahn. Weitere Projekte werden in 2025 folgen. Endlich startet auch der Ausbau der Radleitrouten: Der Baustart für die Route 1 ist noch in diesem Jahr, für die Route 2 in 2025. Das ist ein Produkt, meine Damen und Herren, von dem wir zu Beginn der Wahlperiode noch nicht einmal wussten, dass es existiert. Wir haben das neu erfunden und jetzt in die Umsetzung gebracht. Das wird ein Riesen-Fortschritt.

(Beifall von der CDU)

Wir sind auch in weiteren Bereichen der Mobilität vorbildlich aufgestellt Die U81 wird nächstes Jahr fertiggestellt. Wir sind Ladehauptstadt, und zwar sind wir das viel schneller geworden, als wir es geplant haben. Ende 2020 gab es nur 40 Ladepunkte in der Stadt. Ende 2025 werden es 1.480 sein – 37-mal so viel! Mit unseren Mobilitätsstationen machen wir den Menschen moderne Angebote. Das ist unideologische Verkehrspolitik. In 2025 kommen mindestens zehn davon dazu.

Wir kümmern uns auch um unsere Infrastruktur. Wir müssen auch die bestehende Infrastruktur in Schuss halten. Dazu gehören auch die Straßen. Sie sind das Rückgrat für einen funktionierenden Wirtschaftsstandort, wie Düsseldorf ist und bleiben soll. Deshalb müssen wir uns auch in der Straßenunterhaltung stärker anstrengen als in der Vergangenheit. Deshalb habe ich auch hier im Haushalt noch einmal zusätzlich 2,5 Millionen Euro veranschlagt. Damit sollen Instandsetzungsmaßnahmen schneller abgearbeitet werden. Wir müssen an dieser Stelle wirklich aktiver werden, wenn wir ernst meinen mit dem Erhalt unserer Infrastruktur.

(Beifall von der CDU)

Wir gehen auch die schwierigen Themen an: unsere Brücken. Da hat die oberste Priorität – das kennen Sie aus der Diskussion der letzten Wochen und Monate – die Theodor-Heuss-Brücke. Das ist eine Brücke, die so viele von uns täglich nutzen und die das Stadtbild prägt. Sie ist sanierungsbedürftig. Es ist an der Zeit, die Weichen für die Zukunft zu stellen. Wir wollen einen Neubau und nehmen die Bürgerinnen und Bürger an der Stelle mit – in der vergangenen Woche im Dialogforum. Das war ein nicht immer friedlicher, aber ausgesprochen konstruktiver Austausch. Einige Bürgerinnen und Bürger haben hier aber eine Vision vermisst. Meine Damen und Herren, bei der Theodor-Heuss-Brücke geht es aber weniger um Visionen, sondern mehr um Realismus. Wir brauchen in allererster Linie an der Stelle eine funktionierende Rheinquerung, und – das ist mir wirklich wichtig – sie muss dem ästhetischen Anspruch der Düsseldorfer Brückenfamilie gerecht werden. Das sind wir der Stadt und ihrer Tradition schuldig.

(Beifall von der CDU und FDP)

An der Theodor-Heuss-Brücke – Realismus und Funktionalität. Visionen brauchen wir dort, wo wir wirklich Entscheidendes verbessern können. Dazu gehört die Hochstraße über die Benediktusstraße in Heerdt. Auch diese Hochstraße muss saniert werden. Bisher haben wir hier mehr oder weniger einen Eins-zu-eins-Ersatz vorgesehen. Ich finde, dass es sich hier lohnt, visionär zu sein. Wenn wir diese Aufgabe, die wir dort haben, mehr städtebaulich als verkehrspolitisch angehen, dann erkennen wir an der Stelle eine Jahrhundertchance für das linksrheinische Düsseldorf. Deshalb schlage ich vor, dass wir in Heerdt eine Tunnelvariante umsetzen, die ein völlig neues Zusammenwachsen des gesamten Stadtteils ermöglicht.

(Beifall von der CDU)

In einer „Neuen Mitte Heerdt“ könnte ein ganz neuer Stadtraum entstehen, und es könnten Wunden einer autogerechten Stadt geheilt werden. Erste Projektskizzen dazu existieren, und wir werden sie weiter ausarbeiten. Ich bin fest von der Realisierbarkeit dieses Projektes überzeugt.

(Beifall von der CDU)

Ich habe 17 Jahre in Wersten gelebt und kenne die segensreiche Wirkung, die der „Deckel“ auf der A46 für den Stadtteil gehabt hat. Ratscherr El Ghazali wird mir das bestätigen. In Heerdt ließe sich dieser Effekt noch einmal deutlich verstärken, weil die Oberfläche noch intensiver genutzt werden könnte und weil die städtebauliche Zäsur, die wir da beseitigen könnten, wirklich gravierend ist. Ich würde mich freuen, wenn Sie diese Idee konstruktiv begleiten würden.

Meine Damen und Herren, wir haben in den letzten vier Jahren viel für die Stadtsauberkeit getan. Wir werden da am Ball bleiben. Wir werden die Stadtsauberkeitsoffensive fortführen und haben

auch für dieses Thema zusätzliche 310.000 Euro im Haushalt vorgesehen. Das ist aber nur das eine. Das andere, die größere Neuerung ist die Neuorganisation von Abfallwirtschaft und Straßenreinigung, die am 1. Januar 2025 in Kraft treten wird. Dann greift der neue Vertrag mit der AWISTA Kommunal GmbH. Viele neue Elemente zur Verbesserung der Stadtsauberkeit werden dann eingeführt: ein digitales Qualitätsmanagementsystem für die Straßenreinigung und neue Wertstofftonnen. Die blauen Tonnen werden künftig wöchentlich geleert. Die Situation an den Containerstandorten wird dadurch auch verbessert. Die zahlreichen Abfallbehälter im öffentlichen Raum werden auf innovative Weise ergänzt. Unser Pilotprojekt mit den „selbstverpressenden“ Solarbehältern war erfolgreich. Daher gibt es seit Juni zwölf Stück an Brennpunkten im Stadtgebiet. 100 weitere Papierkörbe und vor allem die grünen Hängebehälter werden ausgetauscht, wenn sie unansehnlich sind.

Auch das Gartenamt ist Teil dieser Bemühungen. Seit jetzt zwei Jahren sind vier zusätzliche Kolleginnen und Kollegen in „Hotspots im Grünen“ eingesetzt. Zusätzlich bleiben die „Mülldetektive“ und der OSD den Müllsündern auf der Spur.

Meine Damen und Herren, Düsseldorf ist in den vergangenen vier Jahren – wir werden das im nächsten Haushaltsjahr weiter vorantreiben – digitaler geworden. Wir haben vor drei Jahren die erste 5G-Litfaßsäule aufgestellt. Das war die erste bundesweit. Zur Fußball-EM haben wir die hundertste Säule in Düsseldorf in Betrieb genommen und damit für schnelle Datenverbindungen an ganz vielen Stellen in der Stadt gesorgt. Wir beteiligen uns seit Dezember 2023 am Netzausbau im Glasfaserbereich mit der NetDüsseldorf. Davon profitiert aktuell beispielsweise Holthausen. Außerdem haben wir damit einen Impuls in den Markt gegeben, der von den Konkurrenten sehr wohl wahrgenommen worden ist und auch deren Anstrengungen noch einmal vergrößert hat.

Das Ziel ist bis Ende 2025 eine Versorgung von 50 Prozent aller Haushalte mit Glasfaser. Auch eine Vollversorgung in der nächsten Wahlperiode können wir erreichen. Vorgefunden habe ich in 2020 – das ist übrigens ein Grund, warum wir bei diesem Bitkom-Index nicht noch weiter vorn gelandet sind – eine Versorgungsquote mit Glasfaser von 4,7 Prozent. Wir schaffen zumindest die 50 Prozent bis zur nächsten Wahl, und damit haben wir einen Riesensprung nach vorn gemacht.

(Beifall von der CDU)

Außerdem haben wir in der Verwaltung unter der Regie des Beigeordneten Olaf Wagner eine Digitalisierungsoffensive gestartet, die die Art und Weise, wie wir die Digitalisierung vorantreiben, noch einmal völlig neu aufgestellt und optimiert hat. Die Kolleginnen und Kollegen, die im ADIG aktiv sind, wissen, was wir da vorgelegt haben. Das zeigt auch erste Erfolge. Wir haben den Bürgerservice verbessert, die Wohnsitzanmeldung digital möglich gemacht und die Terminanmeldung in den Bürgerbüros deutlich verbessert.

Ein weiterer wichtiger Meilenstein, der sich im nächsten Jahr voll auszahlen wird, ist die Gründung der Düsseldorf Digitalagentur – eine hundertprozentige Tochter der Stadt, die uns bei vielen Projekten in der Verwaltung unterstützen wird. Auch hier ist der Finanzbereich Vorreiter. Das Steueramt ist mittlerweile mit 4,6 Millionen Datensätzen in der digitalen Aktenführung vorn mit dabei, und das werden wir in der Gesamtverwaltung weiter ausbauen.

Unsere Schulen werden noch digitaler: Bis zum Ende des Jahres wollen wir alle Klassenräume mit Visualisierungstechnik ausstatten, und dann wird hoffentlich auch der Glasfaserausbau abgeschlossen sein – jedenfalls weitgehend –, sofern der externe Dienstleister an der Stelle mitspielt, was ich sehr hoffe. Aber der muss manchmal ein bisschen motiviert werden, wenn ich das so sagen darf.

Meine Damen und Herren, ich habe eingangs gesagt, dass wir uns so manches erst leisten können, weil wir ein starker Wirtschaftsplatz sind. Deshalb sollten wir auch noch einmal einen genaueren Blick auf den Standort werfen. Denn hier ist mir wichtig, dass wir gemeinsam wirklich alles tun,

damit Düsseldorf solide, dynamisch und attraktiv bleibt. Unsere Anziehungskraft ist nach wie vor ungebrochen. Im Jahr 2023 hatten wir 120 Ansiedlungen und Erweiterungen. Düsseldorf ist weiterhin das Zugpferd für Ansiedlungen aus aller Welt in Nordrhein-Westfalen. Wir sind der mit Abstand internationalste Standort, und wir punkten insbesondere in der Wachstumsbranche GreenTech.

Lassen Sie mich einige Beispiele für namhafte und traditionsreiche Unternehmen nennen, die wir hierhergeholt haben: Klöckner verlegte seine Konzernzentrale aus Duisburg nach Düsseldorf. Mit GE HealthCare zog ein herausragender Player der Gesundheitsbranche von Solingen in die Airport City. Schöne Beispiele für Ansiedlungen im Bereich GreenTech sind etwa Toshiba und HD Hyundai. Beide bauen hier Forschungs- und Entwicklungsstandorte auf.

Auch das wichtigste Düsseldorfer Unternehmen für die europäische Sicherheit engagiert sich weiterhin am Standort. Die Rheinmetall AG hat mit der MIRA Mobility GmbH ein junges Tochterunternehmen gegründet, das den Fokus auf autonomes Fahren legt. Das wird bereits im Düsseldorfer Stadtgebiet getestet. Ich finde es faszinierend, dass hier Zukunftstechnologie vor unserer Haustür entwickelt und erprobt wird.

Wir unterstützen unsere Unternehmen nach Kräften. Ein besonderes Anliegen, das ich der Industrie- und Handelskammer zugesagt habe, ist die Unterstützung bei der Gewinnung von hochqualifizierten ausländischen Fachkräften. Wir richten eine „Fast Lane“ in der Ausländerbehörde ein. Zwei Stellen haben wir dafür bereits besetzen können. Die sind gerade dabei, Großkundinnen und Großkunden aufzusuchen und zu verabreden, wie wir hier noch schnellere Prozesse hinbekommen können. Im Bereich des Firmenservice haben wir im letzten Jahr für über 20.000 Menschen aus dem Ausland die Arbeitsaufnahme ermöglicht. Ich gehe davon aus, dass wir das im nächsten Jahr weiter toppen werden.

Deshalb bin ich den Mitarbeitenden im Amt 54, wo die Ausländerbehörde angedockt ist, wirklich dankbar. Die sind außerordentlich gefordert an dieser Stelle, eine Balance zwischen Ordnungsrecht und Dienstleistungsgedanken zu finden, und ich finde, es gelingt immer besser.

Wenn es in den letzten Jahren gelungen ist und auch im kommenden Haushaltsjahr wieder gelingt, viele versprochene Projekte umzusetzen, dann liegt das auch an der guten und engagierten Arbeit unserer Stadtverwaltung. Viele Kolleginnen und Kollegen haben die Verwirklichung vieler Ideen mit Fachkenntnis, Engagement und Kreativität erst möglich gemacht.

Ich habe immer gesagt: Eine wachsende Stadt mit wachsenden Aufgaben braucht eine gut ausgestattete Verwaltung. Deshalb müssen wir Personal finden und bestehendes Personal an uns binden. Wir müssen ausbilden und einstellen. Das ist oft erfolgreich, weil wir als Arbeitgeberin attraktiv sind und unsere Stadt spannende Aufgaben bereithält. Wir waren besonders erfolgreich in den letzten beiden Jahren darin, Vakanz abzubauen. Unsere Besetzungsquote liegt mittlerweile bei über 91 Prozent. Umgekehrt gerechnet: Unsere Vakanzquote ist auf unter 9 Prozent gesunken. Das hat es in den letzten Jahren so nicht gegeben – vor allen Dingen, weil wir im Lichte der zusätzlichen Aufgaben Stellen aufgebaut haben. Bei den Ausbildungszahlen sind wir bundesweit Spitze. Das macht uns keine andere Stadt nach, so aktiv, wie wir da sind.

Deshalb geht heute – ich komme jetzt zum Ende – mein Dank auch an alle Beschäftigten der Stadtverwaltung. Ganz konkret danke ich heute besonders Stadtkämmerin Dorothee Schneider, den Kolleginnen und Kollegen im Verwaltungsvorstand, aber auch allen Mitarbeitenden in den Dezernaten und Ämtern. Die Kämmererei ist natürlich besonders hervorzuheben, wenn wir einen Haushalt einbringen, weil die in den letzten Wochen richtig gearbeitet haben, um das möglich zu machen.

Mein Dank gilt aber auch Ihnen allen für eine, wie ich finde, konstruktive Zusammenarbeit im Rat, die wir gerade in den letzten Wochen und Monaten immer wieder gezeigt haben. Wir haben vieles

hier auf den Weg gebracht, was den Menschen in Düsseldorf nutzt und die Stadt lebenswerter macht. Ich hoffe, dass wir diesen Weg auch gemeinsam weitergehen können. Dann haben wir gute Aussichten für Düsseldorf. In diesem Sinne freue ich mich auch auf die Beratungen mit Ihnen über den Haushaltsentwurf, den wir Ihnen heute vorlegen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und vereinzelt vom Bündnis 90/Die Grünen)

**Bürgermeister Hinkel (CDU):** Herzlichen Dank, Herr Oberbürgermeister, für die Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2025.

Ich bitte jetzt Frau Stadtkämmerin Schneider, ans Mikrofon zu kommen, um ihren Beitrag zum Tagesordnungspunkt 9 zu leisten. – Frau Schneider, ich gebe Ihnen mit Freuden das Wort.

**Stadtkämmerin Schneider:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Meine Damen und Herren des Rates! Nach der Rede unseres Oberbürgermeisters würde ich, glaube ich, am meisten Erfolg einheimsen, wenn ich jetzt sagen würde: Ich gebe es zu Protokoll und sage gar nichts dazu.

(Heiterkeit)

Einige Punkte möchte ich trotzdem mitgeben. Ich verspreche aber, dass es deutlich komprimierter und auch eine andere Sicht auf die gleichen Themen ist.

Der Haushaltsplanentwurf 2025 und die mittelfristige Finanzplanung stehen – wie auch die Haushalte zuvor – in einem gesamtwirtschaftlichen Kontext und werden geprägt von gesetzlichen Vorgaben, Übertragung neuer Aufgaben und von richtungsweisenden Beschlüssen des Rates und seiner Fachausschüsse. Alle Aspekte hinterlassen – mit entsprechenden Budgets hinterlegt – im Haushaltsplanentwurf 2025 und in der Mittelfristplanung 2026 bis 2028 ihre Spuren.

Das Haushaltsvolumen des Haushaltsplanentwurfs 2025 wächst um 245 Millionen Euro auf insgesamt 4,2 Milliarden Euro. Damit übertrifft das Volumen das Rekordniveau des Jahres 2024 und ist das größte Volumen, das ein Düsseldorfer Haushalt jemals hatte.

Der Saldo des Gesamtergebnisplans ist negativ und beläuft sich auf minus 261,8 Millionen Euro in 2025. Gegenüber der Planung aus dem Jahr 2024 für 2025 – Sie erinnern sich: Doppelhaushalt – verbessert sich der Saldo um 97,5 Millionen Euro. Die Jahresfehlbeträge in der Mittelfristplanung von 2026 bis 2028 sind trotz Konsolidierungsbemühungen noch in dreistelliger Millionenhöhe negativ. Durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage in Höhe des Jahresfehlbedarfs von 261,8 Millionen Euro wird aktuell ein fiktiv ausgeglichener Haushalt in 2025 erreicht. Damit ist der Haushaltsplan 2025 gegenüber der Bezirksregierung zum wiederholten Male nur anzeigepflichtig.

Meine Damen und Herren, im Gesamtfinanzplan verbessert sich der Saldo aus der laufenden Verwaltungstätigkeit in 2025 um 39,4 Millionen Euro gegenüber dem Haushaltsansatz von 2024. Der Saldo der Investitionstätigkeit verbessert sich um 3 Millionen Euro. Die Salden der Investitionstätigkeiten in der mittelfristigen Finanzplanung werden sich durch erforderliche Neuveranschlagungen und beabsichtigte, aber noch nicht veranschlagte Maßnahmen sukzessive weiter erhöhen.

Hier ein Hinweis zur Veranschlagung der Investitionsauszahlungen: Ich bin bisher in jedem Jahr gefragt worden, wie es sein könne, dass in der Mittelfristplanung die Investitionsauszahlungen sinken. Planerisch sinkende Investitionsauszahlungen bedeuten nicht automatisch weniger geplante Investitionen in der Zukunft, sondern sind auch der Tatsache geschuldet, dass die finanziellen Auswirkungen von Baumaßnahmen gemäß § 13 KomHVO erst nach Herbeiführung eines Ausführungs- und Finanzierungsbeschlusses veranschlagt werden.

Wir diskutieren in diesem Haus und in den Fachausschüssen schon viel früher über Maßnahmen. Da sind dann Planungsmittel im Haushalt eingeplant, aber eben noch nicht im Investitionshaushalt,

sondern erst, wenn die Kosten eine gewisse Härte und Qualität haben, kommen sie auch in den Investitionshaushalt.

Trotz hoher Zinsen ist unverändert ein ambitioniertes Investitionsprogramm vorgesehen. Ich verweise auf die Worte des Oberbürgermeisters. Investitionsschwerpunkte des Jahres 2025 bleiben – wie in den Vorjahren – mit großem Abstand die Schulen, gefolgt von ÖPNV-Maßnahmen, KiTas, Hochwasserschutzmaßnahmen und ökologische Verbesserungen an Gewässern. Für die Jahre 2025 bis 2028 sind insgesamt investive Auszahlungen von rund 1,48 Milliarden Euro vorgesehen. Denen stehen investive Einzahlungen in Höhe von 604,8 Millionen Euro gegenüber. Hohe Auszahlungen stehen also leider sinkenden Einzahlungen gegenüber.

Die Hauptfinanzquelle des städtischen Haushaltes bilden auch in diesem Jahr die unterschiedlichen Steuereinnahmen. Der Arbeitskreis Steuerschätzung des Bundesministeriums für Finanzen prognostizierte in seiner Frühjahrssteuerschätzung, dass die Einnahmen der Städte und Gemeinden im Jahr 2025 um 4,7 Prozent und im Jahr 2026 um 4,5 Prozent steigen werden. In den Folgejahren sinkt in der Prognose das Steuerwachstum.

Der realwirtschaftliche Verlauf fällt im Vergleich zur Prognose der Steuerschätzung schwächer aus als angenommen. Daraus resultiert eine Reduzierung der Einnahmeerwartung bei den meisten Steuerarten. Mit dem Wachstumschancengesetz, dem Zukunftsfinanzierungsgesetz und dem Haushaltsfinanzierungsgesetz 2024 wurden drei großvolumige Steuerrechtsänderungen in der Steuerschätzung berücksichtigt. An der Stelle erlaube ich mir die Bemerkung: Des einen Freud ist des anderen Leid. Steuern, um die man erleichtert, kommen bei den einzelnen Ebenen dann nicht mehr als Deckungsbeitrag an.

Bei der Ermittlung der Planwerte des Gewerbesteueraufkommens in Düsseldorf für den Haushalt 2025 fortfolgende wurden die Daten und Grundannahmen der Frühjahrssteuerschätzung genutzt. Als Basis wurde von den erwarteten Vorauszahlungen in Höhe von 1,46 Milliarden Euro und von erwarteten Abschlusszahlungen in Höhe von 25 Millionen Euro – das ist kein Sprechfehler, das sind wirklich 25 Millionen Euro – für das Jahr 2024 ausgegangen. Mit diesen Werten liegen die Ertragserwartungen erheblich über dem langjährigen Mittel von rund 1 Milliarde Euro in Düsseldorf.

Ab dem Planjahr 2026 wurden ortsspezifische Besonderheiten bei den tatsächlich verwendeten Steigerungsraten berücksichtigt und Sicherheitsabschläge angewendet, die die mittelfristigen Risiken, welche sich aus der Steuerschätzung ergeben, widerspiegeln. Hebesatzänderungen sind nicht vorgesehen. Der Hebesatz der Gewerbesteuer bleibt im gesamten Planungszeitraum unverändert bei 440 von 100 Punkten.

Meine Damen und Herren, in diesem Jahr beschäftigt uns in besonderem Maße die Reform der Grundsteuer und ihre Auswirkungen. Mit den langjährigen durchschnittlichen Erträgen von rund 150 Millionen Euro ist die Grundsteuer ein erheblicher Deckungsbeitrag für den Haushalt. Das Bundesverfassungsgericht stellte im Jahr 2018 die Verfassungswidrigkeit des alten Bewertungssystems zum aktuellen Grundsteuergesetz fest. 2019 beschloss daraufhin der Bundesgesetzgeber ein Gesetzespaket zur Reform der Grundsteuer. Das beinhaltet unter anderem, dass bis zum 31.12.2024 nach dem alten Steuergesetz Grundsteuer erhoben werden konnte. Ab dem 01.01.2025 ist das nicht mehr möglich.

2021 hat sich die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen für die Umsetzung des Bundesmodells entschieden. Mit der Übernahme des Bundesmodells fließen neben der Grundstücksfläche andere wertbildende Faktoren, wie zum Beispiel der Bodenrichtwert, die Immobilienart, das generalisierte Mietniveau, also die Nettokaltmiete, Gebäudeflächen und Gebäudealter, in die Besteuerung ein. Aufgrund der Reform muss sämtliches Grundvermögen/sämtlicher Grundbesitz von den Finanzämtern – nicht vom Steueramt – neu bewertet werden.

Ziel und Vorgabe des Bundesgesetzgebers ist es, dass die Grundsteuerreform insgesamt aufkommensneutral ausgestaltet werden soll. Die Regulierung der Aufkommensneutralität kann mit sogenannten neutralen Hebesätzen gesteuert werden. Im Kontext bedeutet Aufkommensneutralität im Rahmen der Reform, dass die Gesamtheit der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nicht mehr oder weniger Grundsteuer zahlen soll. Individuelle Steuerzahlungen sind hiervon jedoch ausgenommen, sodass die Steuerlast einzelner Steuerpflichtiger sich durchaus verändern kann. Wir wissen, dass es zu erheblichen Verschiebungen kommt.

Die kommunalen Spitzenverbände wiesen früh auf eine Belastungsverschiebung zwischen Wohn- und Nichtwohngrundstücken hin, die sich aus dem neuen Bewertungsrecht aus dem Bundesmodell ergibt. Zum Ausgleich der erkennbaren Bewertungsverschiebungen ermöglicht die Landesregierung NRW für die Kommunen eine Aufsplittung des Hebesatzes B, welcher bisher einheitlich für alle Grundstücksarten festgelegt wurde. Künftig besteht die Möglichkeit, in entsprechende Hebesätze für Wohn- und Nichtwohngrundstücke zu unterscheiden und differenzierte Hebesätze festzulegen.

Die aufkommensneutralen Hebesätze hat das Land NRW auf der Internetseite des Ministeriums veröffentlicht. Im Vertrauen darauf, dass die Zahlen des Ministeriums für die Landeshauptstadt belastbar sind, werden die Hebesätze im Rahmen der Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2025 anhand der vom Ministerium empfohlenen aufkommensneutralen Hebesätze ohne eine Differenzierung für die hiesige Grundsteuer angesetzt. Der Hebesatz für die Grundsteuer B wird danach von 440 Prozent auf 368 Prozent gesenkt. Der Hebesatz für die Grundsteuer A steigt von 156 Prozent auf 299 Prozent. Die Landeshauptstadt Düsseldorf weist bereits heute im Vergleich zu anderen Gemeinden in Nordrhein-Westfalen einen geringen Hebesatz auf. Der Unterschied wird in Zukunft mit den aufkommensneutralen Hebesätzen des Landes noch größer.

Zum jetzigen Zeitpunkt kann ich nicht mit Sicherheit davon ausgehen, dass rechtzeitig zum Jahreswechsel die technischen Voraussetzungen für eine theoretisch mögliche Differenzierung erfüllt werden können. Deshalb wird im Haushaltsplanentwurf keine Differenzierung der Grundsteuer B vorgeschlagen. Bei Vorliegen der technischen Voraussetzungen – da hat ein IT-Dienstleister noch einiges zu leisten – kann eine Differenzierung noch im Rahmen des Veränderungsverzeichnisses vorgenommen werden.

Die Haushaltsplanansätze – was kommt herein, was ist unsere Erwartungshaltung – für Grundsteuer A und B betragen zum Haushaltsplanentwurf 2025 fortfolgende in Summe unverändert rund 152 Millionen Euro.

Am 17.09.2024, also vorgestern, veröffentlichte das Land NRW erneut veränderte aufkommensneutrale Hebesätze und hat damit sehr viel Freude ausgelöst, die aber für den Haushaltsplanentwurf nicht mehr plausibilisiert und verarbeitet werden konnten. Ich werde Sie über den weiteren Fortgang und die Auswirkungen der neuen Hebesatzzahlen informieren.

Bei den übrigen Gemeindesteuern handelt es sich in Düsseldorf um die Hunde- und die Vergnügungssteuer. Seit dem 01.01.2024 wird eine Beherbergungssteuer erhoben. Der Ansatz beträgt für den Planungszeitraum pro Jahr 11 Millionen Euro. Wir sind anhand der realen Zahlen deutlich mutiger geworden, als wir im vergangenen Jahr waren.

Meine Damen und Herren, ich komme nun zu den Aufwandspositionen. Die größte Aufwandsposition im städtischen Haushalt sind auch 2025 die Transferaufwendungen. Sie stellen mit 1,6 Milliarden Euro 38,8 Prozent der Gesamtaufwendungen dar und sind im Vergleich zum Haushaltsplanansatz 2024 um 101 Millionen Euro angestiegen. Der mit Abstand größte Anteil entfällt auf den Ansatz für die Tageseinrichtungen und ist insbesondere auf den nachfrageorientierten weiteren Ausbau der Kita-Plätze zurückzuführen.

Zuweisungen und Zuschüsse an städtische Beteiligungsunternehmen steigen in Summe auf 227,2 Millionen Euro. Der Schwerpunkt liegt 2025 mit 149,9 Millionen Euro bei den Gesellschaften im Bereich Verkehr und Mobilität. Der Bereich Kultur schließt sich mit 63 Millionen Euro an.

Für den entsprechend ihrer Beteiligungsquote von 5 Prozent wirtschaftlich auf die Landeshauptstadt Düsseldorf entfallenden Finanzbedarf der Rheinbahn sind 7,3 Millionen Euro veranschlagt, was 5 Prozent entspricht. Die Holding der Landeshauptstadt Düsseldorf GmbH ist mit den verbleibenden 95 Prozent wirtschaftlich an der Rheinbahn beteiligt. Zur Deckung der restlichen 95 Prozent des Finanzmittelbedarfs der Rheinbahn AG erhält die Holding der Landeshauptstadt Düsseldorf einen Zuschuss von 138,3 Millionen Euro. Losgelöst von der wirtschaftlichen Beteiligung werden noch weitere direkte Zuschüsse von der Landeshauptstadt Düsseldorf an die Rheinbahn AG in Höhe von 0,6 Millionen Euro gezahlt.

Die Holding wird zukünftig im stärkeren Maße aus dem abgeschlossenen Ergebnisabführungsvertrag mit der Rheinbahn belastet und kann sich nicht annähernd in vergleichbarer Höhe durch erzielte Beteiligungserträge finanzieren. Sie ist zunehmend auf die Refinanzierung aus dem Haushalt der LHD angewiesen. Die operativen Verluste der Rheinbahn schlagen somit mittelbar auf den Haushalt durch. Diese Entwicklung habe ich bereits in den vorausgegangenen Jahren angekündigt – jetzt ist es so weit. Die letzte Tranche in 2024 wird bereits aus dem Kernhaushalt bezuschusst.

Planmäßig sieht der Haushaltsplanentwurf direkte und indirekte Zuschüsse in Höhe von insgesamt 201,3 Millionen Euro in 2025 und im Zeitraum von 2026 bis 2028 in Höhe von zusammen 664,1 Millionen Euro für die Rheinbahn vor. Die Zahl muss man, glaube ich, einen Moment wirken lassen. Darin sind bestimmte Investitionen noch nicht enthalten.

Der Flughafen Düsseldorf hat in der Vergangenheit maßgeblich zu den Beteiligungserträgen der Holding beigetragen. Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie wirken bei der FDG weiterhin nach. Es konnte allerdings in 2023 wieder ein Jahresüberschuss erzielt werden. Aufgrund der während der Krise aufgelaufenen Verluste sind Ausschüttungen allerdings frühestens ab dem Geschäftsjahr 2027 wieder zu erwarten. Die Schere zwischen den Erträgen der Holding und der von ihr an die Beteiligungsgesellschaften bereitzustellenden Mittel öffnet sich in den nächsten Jahren weiter. Bei einer sehr positiven Entwicklung der zahlenden Gesellschaften wird sich das Bild auch wieder ändern.

Meine Damen und Herren, ich werde an dieser Stelle zum letzten Mal in einer Haushaltsrede über die Bilanzierungshilfe berichten. Mit dem NKF-COVID-19-Ukraine-Isolierungsgesetz hatte der Landesgesetzgeber in den vergangenen Jahren eine verpflichtende Regelung geschaffen, um die aus der COVID-19-Pandemie sowie aus dem Angriffskrieg gegen die Ukraine folgenden Finanzschäden über die sogenannte Bilanzierungshilfe zu isolieren. In Düsseldorf hat sich die Bilanzierungshilfe in den Jahren 2020 bis 2023 auf rund 409,1 Millionen Euro aufaddiert und ist beginnend im Haushaltsjahr 2026 über längstens 50 Jahre erfolgswirksam abzuschreiben. Im Jahr 2025, also im nächsten Jahr, steht den Kommunen im Rahmen der Aufstellung der Haushaltssatzung 2026 das einmalige Wahlrecht zu, die aufaddierte Bilanzierungshilfe ganz oder in Anteilen gegen das Eigenkapital erfolgsneutral auszubuchen. In 2025 ist eine entsprechende Entscheidung durch Ratsbeschluss dazu erforderlich.

Bei der langjährigen Abschreibung wird der Ergebnisplan belastet. Bei dem einmaligen Ausbuchen gegen das Eigenkapital schwächen wir unser Eigenkapital, was bei der Berechnung der 5-Prozent-Quote unter Umständen eine Rolle spielen könnte. Wir werden eine entsprechende Vorlage für Sie vorbereiten.

Die Personal- und Versorgungsaufwendungen stellen mit einem Volumen in Höhe von 1,026 Milliarden Euro nach den Transferaufwendungen die zweitgrößte Aufwandsart im Ergebnisplan dar. Sie erhöhen sich damit im Vergleich zum Haushaltsansatz 2024 um

104,7 Millionen Euro. Der höhere Planansatz 2025 beinhaltet im Wesentlichen die Finanzierung von vorläufigen Funktionen im Vorgriff auf den nächsten Stellenplan, die Anpassung von Versorgungsbezügen und Beihilfen an den tatsächlichen Bedarf sowie die Höhergruppierung von Erzieherinnen und Erziehern und Kinderpflegerinnen und Kinderpflegern. Als Reduzierungen des Personaletats können eine Neuberechnung der Pensions- und Beihilferückstellungen sowie die Nichtbesetzung von Stundenkontingenten im Rahmen des Stellenplans gegengerechnet werden. Der Stellenplan ist weiterhin ausfinanziert. Auch im Haushaltsplanentwurf 2025 wird zugunsten der Ausfinanzierung der Sollstruktur auf eine Kompensationsvorgabe verzichtet.

Meine Damen und Herren, der Haushaltsplan 2024 sah in der Mittelfristplanung für 2025 einen Jahresfehlbetrag von minus 359,3 Millionen Euro vor. Im Laufe des Planungsprozesses für den Haushalt 2025 wurde dieses Ergebnis unter anderem durch eine deutlich gestiegene Ertragerwartung bei der Gewerbesteuer auf minus 261,8 Millionen Euro verbessert. Das Steuerergebnis aus dem Jahr 2023 mit dem ungewöhnlich hohen Gewerbesteuerertrag ist unter anderem aufgrund von Nachholeffekten von coronabedingten Stundungen der Gewerbesteuerzahlungen in den Jahren 2020 und 2021 entstanden, sodass weitere Steigerungen aus diesem Bereich in dieser Höhe nicht zu erwarten sind.

In den letzten Jahren haben sich erhebliche Mehrbelastungen durch neue übertragene Aufgaben oder gesetzliche beziehungsweise tarifliche Veränderungen für die Kommunen ergeben, ohne dass sie darauf Einfluss nehmen konnten. Dennoch gilt es, die Finanzlage nachhaltig zu stabilisieren. Vor diesem Hintergrund wird es nicht möglich sein, ausbleibende Förderungen durch die Bundes- und Landesebene vollständig aus dem städtischen Haushalt zu kompensieren. Mit Blick in die Zukunft müssen die derzeit noch negativ geplanten Jahresergebnisse weiter reduziert werden, um perspektivisch wieder einen strukturell ausgeglichenen Haushalt zu erzielen.

Die Kommunalaufsichtsbehörde hat in ihren Stellungnahmen zum Haushaltsplan die Landeshauptstadt Düsseldorf ermahnt, sich in Haushaltsdisziplin zu üben, um sich so Finanzierungsspielräume und die Beibehaltung der eigenständigen finanziellen Handlungsfähigkeit zu erhalten. In diesem Zusammenhang wurden bereits Verbesserungen der Aufwendungen ab 2026 eingeplant, die als gesamtstädtische Aufgabe stringent umgesetzt werden müssen. Erfahrungsgemäß wird eine Herausforderung wie diese in den nächsten Jahren einen gemeinsamen Kraftakt erfordern.

Der interaktive Haushalt mit dem Vorbericht, der Haushaltsplanentwurf 2025 und der bezirksbezogene Haushalt sind über den bekannten Link auf der Seite der Landeshauptstadt ab heute für Sie alle abrufbar. Das Angebot kann über die Internetseite der Landeshauptstadt Düsseldorf aufgerufen und auch auf mobilen Endgeräten genutzt werden.

Meine Damen und Herren, auch in diesem Jahr gilt mein Dank dem Leiter der Kämmerei, Herrn van Beck, und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, aber auch meinem Dezernatsbüro.

Bedanken möchte ich mich aber auch bei all denjenigen, die dazu beigetragen haben, dass Ihnen heute dieser Haushaltsplanentwurf vorgelegt werden kann. Das waren Menschen an den unterschiedlichsten Stellen. Danke dafür.

Sehr geehrte Damen und Herren des Rates, ich wünsche Ihnen gute und konstruktive Beratungen des Haushalts.

(Allgemeiner Beifall)

**Bürgermeister Hinkel (CDU):** Unser Dank gilt auch Ihnen, Frau Kämmerin Schneider. – Mit Blick auf den Oberbürgermeister bitte ich ihn wieder auf seinen Platz zurück. Jetzt folgt der Schnelldurchlauf durch die Verwaltungsvorlagen.

(Oberbürgermeister Dr. Keller übernimmt um 17.04 Uhr wieder den Vorsitz.)

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich schlage Ihnen vor, dass wir einen Schnelldurchgang durch die Verwaltungsvorlagen machen und diejenigen auf den Weg bringen, zu denen es keine Diskussion gibt, um dann die verbliebenen zu beraten. Danach kämen wir zu den Anträgen.

## 10

### **Notunterkunft für aus der Ukraine geflüchtete Menschen durch den Caritasverband e. V. im Klara-Gase-Haus – Sprockhöveler Straße 36, 40591 Düsseldorf: Verlängerung der Nutzung um drei Jahre**

AGS/033/2024

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Wird hierzu Debatte gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Zwei Stimmen bei der AfD. Dann ist das im Übrigen mit Mehrheit so beschlossen.

### **Beschluss**

- a) *Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beschließt den Betrieb einer Gemeinschaftsunterkunft zur Unterbringung ukrainischer Kriegsgeflüchteter im Betrieb des Caritasverbandes Düsseldorf e.V. für den Zeitraum 01.07.2024 bis 30.06.2027.*
- b) *Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf stimmt der überplanmäßigen Mittelbereitstellung in Höhe von 852.640,- Euro durch Frau Stadtkämmerin Schneider im Profitcenter 31 315 04 auf dem Sachkonto 53180000 zu.*
- c) *Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf stimmt für 2025 der Aufnahme zusätzlich erforderlicher Mittel in Höhe von 1.760.720,- Euro, für 2026 in Höhe von 1.817.840,- Euro sowie für 2027 in Höhe für 940.000,- Euro im Rahmen der Haushaltsplanung 2025 ff. im Produkt 31 315 04 zu.*

## 11

### **Bekanntgabe der bisher genehmigten über- und außerplanmäßigen Mittelbereitstellungen des Haushaltsjahres 2024**

HFA/024/2024

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Wird hierzu Debatte gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann haben wir das so **zur Kenntnis** genommen.

## 12

### **Beteiligungsbericht 2022 der Landeshauptstadt Düsseldorf**

HFA/027/2024

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Wird hierzu Debatte gewünscht? – Dann ist das so **zur Kenntnis** genommen.

## 13

### **Kenntnisnahme des Jahresabschlusses 2023 der Stadtsparkasse Düsseldorf, Gewinnverwendung sowie Entlastung der Sparkassenorgane für das Jahr 2023**

RAT/291/2024

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Wird hierzu Debatte gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann müssen wir nur bei der Abstimmung aufpassen. Ratscherr Kühbacher hat sich für befangen erklärt. Wir haben mehrere Abstimmungen vorzunehmen, zum einen die Kenntnis des Jahresabschlusses 2023, den Beschluss über den Jahresüberschuss und die Entlastung der Sparkassenorgane. Bei der Entlastung des Verwaltungsrates dürfen die Mitglieder des Verwaltungsrates nicht mitstimmen. Das gilt sowohl für stellvertretende als auch für ordentliche Verwaltungsratsmitglieder. Ich gebe das hiermit zu Protokoll. Das sind folgende Verwaltungsratsmitglieder der Stadtparkasse: der Oberbürgermeister, Ratscherr Hartnigk, Ratsfrau Penack-Bielor, Ratscherr Stieber, Ratsfrau Elsholz, Herr Scheffler, der ohnehin nicht mitstimmt, Ratscherr Raub, Ratscherr Rasp, Ratsfrau Lehmhaus sowie die Stellvertretungen Ratsfrau von Dahlen, Ratscherr Auler, Ratscherr Angerhausen, Ratscherr Cardeneo, Ratscherr Schwenk, Ratsfrau Bednarski, Ratscherr Albes und Ratscherr Rohloff. Bei der Entlastung des Vorstandes dürfen wiederum alle mitstimmen.

Dann kämen wir zunächst zu Punkt 1: Kenntnisnahme des Jahresabschlusses. Möchte den jemand nicht zur Kenntnis nehmen? – Die AfD. Enthaltungen? – Dann haben wir das so zur Kenntnis genommen.

Unter Punkt 2 haben wir den Beschluss, den Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2023 in Höhe von 22 Millionen Euro der Landeshauptstadt Düsseldorf zuzuführen und in Höhe von 32.813.110,57 Euro in die Sicherheitsrücklage der Sparkasse einzustellen. Gibt es hierzu Gegenstimmen? – Von der AfD. Enthaltungen? – Dann ist das mit Mehrheit so beschlossen.

Wir kommen jetzt zur Entlastung der Sparkassenorgane. Ich frage zunächst nach der Entlastung des Verwaltungsrates und bitte die eben Aufgezählten darum, nicht an der Abstimmung teilzunehmen. Gibt es Gegenstimmen gegen die Entlastung? – Drei Stimmen bei der AfD. Gibt es Enthaltungen? – Dann ist das im Übrigen mit Mehrheit so beschlossen.

Wir kommen zur Entlastung des Vorstandes. Wer ist hier dagegen? – Die AfD. Wer enthält sich? – Niemand. Dann ist das mit Mehrheit so beschlossen. Vielen Dank.

### **Beschluss**

1. *Der Rat der Stadt Düsseldorf nimmt den Jahresabschluss 2023 der Stadtparkasse Düsseldorf zur Kenntnis.*
2. *Der Rat der Stadt Düsseldorf beschließt, den Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2023 i.H.v. 54.813.110,57 Euro*
  - *gemäß § 25 Absatz 1 b) SpkG NRW 22.000.000,00 Euro der Landeshauptstadt Düsseldorf zuzuführen und*
  - *gemäß § 25 Absatz 1 c) SpkG NRW 32.813.110,57 Euro in die Sicherheitsrücklage der Stadtparkasse Düsseldorf einzustellen.*
3. *Entlastung der Sparkassenorgane*
  - a. *Der Rat der Stadt Düsseldorf erteilt dem **Verwaltungsrat** der Stadtparkasse Düsseldorf für das Geschäftsjahr vom 01.01.2023 bis 31.12.2023 gemäß § 8 Absatz 2 f) SpkG NRW Entlastung.*
  - b. *Der Rat der Stadt Düsseldorf erteilt dem **Vorstand** der Stadtparkasse Düsseldorf für das Geschäftsjahr vom 01.01.2023 bis 31.12.2023 gemäß § 8 Absatz 2 f) SpkG NRW Entlastung.*

**14**

**Beschlussvorlage zur Herbeiführung eines Bedarfsbeschlusses für das Projekt „Neubau einer Kindertageseinrichtung am Kuthsweg 43“**

JHA/031/2024

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Wird hierzu Debatte gewünscht? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Zwei Stimmen bei der AfD. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

**Beschluss**

*Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beschließt den Bedarf für den Neubau einer Kindertageseinrichtung am Kuthsweg und beauftragt die Verwaltung, die Planung für den Neubau der Einrichtung aufzunehmen und den Ausführungs- und Finanzierungsbeschluss vorzubereiten. Die Maßnahme wird durch die Immobilien Projekt Management Düsseldorf GmbH (IPM) abgewickelt.*

**15**

**Beschlussvorlage zur Herbeiführung eines Ausführungs- und Finanzierungsbeschlusses für das Projekt „Erweiterung der Kita Offenbacher Weg 43“**

JHA/039/2024

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Wird hierzu Debatte gewünscht? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

**Beschluss**

*Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beschließt die Ausführung und Finanzierung der Maßnahme „Erweiterung der Kita Offenbacher Weg 43“ mit einer Gesamtsumme von 7.339.175 Euro (brutto) inkl. Ausstattung und Inventar und stimmt der Abwicklung durch die Immobilien Projekt Management Düsseldorf GmbH (IPM) zu.*

*Des Weiteren beschließt der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf die unbefristete Besetzung der zusätzlichen 12,35 VZÄ (Vollzeitäquivalent) Stellen mit Kosten von zusätzlich 958.456,66 Euro sowie die entsprechende Erhöhung des Personalkostenbudgets zugunsten des Produktes 3636501 Kindertageseinrichtung.*

**16**

**Ehrenhof 1, Tonhalle – Sanierung Verwaltungstrakt und zugehörige Erneuerung von Wasser- und Abwassernetzen sowie die Sanierung der Westfassade**

KUA/047/2024

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Wird Debatte gewünscht? – Debatte, okay.

**17**

**Verleihung der Förderpreise für bildende Kunst, darstellende Kunst, Musik und Literatur der Landeshauptstadt Düsseldorf 2024**

KUA/062/2024

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Das ist eine Informationsvorlage. Wird hierzu Debatte gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann ist sie so **zur Kenntnis** genommen.

**18**

**Bestellung der Mitglieder und Stellvertretungen der Kunstkommission 2024**

KUA/115/2024

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Wird hierzu Debatte gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Möchte jemand nicht zustimmen? – Die AfD. Enthaltungen? – Enthaltungen bei der Fraktion Die Linke. Dann ist das im Übrigen mit Mehrheit so beschlossen.

Wird gewünscht, dass ich die Personen, die benannt sind, noch einmal vorlese? – Das ist nicht der Fall. Dann geben wir sie so zu Protokoll.

**Beschluss**

*Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf bestellt folgende Mitglieder und Stellvertretungen der Kunstkommission für die Dauer der dritten Amtsperiode der Kunstkommission Düsseldorf (2024 – 2027) und benennt als Nachrückende zur Reserve wie folgt:*

**1. vier Vertretungen der im Rat vertretenen Fraktionen**

<b>Fraktion</b>	<b>Mitglied</b>	<b>Stellvertretung</b>
CDU	André Tischendorf (R)	1. Dr. Alexander Fils (R) 2. Marcus Münter (R)
Bündnis 90/Die Grünen	Claudia Gelbke-Mößmer (R)	Clara Gerlach (R)
SPD	Nicola Wisbrun-Irmer	Markus Raub (R)
FDP	Dr. Veronika Dübgen	Thomas Nicolin

**2. ein/e unabhängige/r Planer\*in**

<b>Funktion</b>	<b>Name</b>
Mitglied	Björn Severin
Stellvertretung	René Tribbel
Reserve	Bärbel Offergeld

**3. zwei Kunstwissenschaftler\*innen**

<b>Funktion</b>	<b>Name</b>
Mitglied	Johanna Adam
	Julia Reich
Stellvertretung	Nele Kaczmarek
	Stefanie Kreuzer
Reserve	Monika Kerkmann
	Raimund Stecker

**4. sechs Künstler\*innen**

<b>Funktion</b>	<b>Name</b>
Mitglied	Wanda Koller
	Anke Lohrer
	Claudia Mann
	Christoph Schäfer
	Felix Schramm
	Nicola Schrudde
Stellvertretung	Liza Dieckwisch
	Florian Fausch
	Laude yu Freyer

	<i>Christoph Görke</i>
	<i>Evelyn Möcking</i>
	<i>Carl Friedrich Schröer</i>
<i>Reserve</i>	<i>Eliza Ballesteros</i>
	<i>Egemen Demirci</i>
	<i>Fabian Sokolowski</i>

## **19**

### **Restitution und Rückkauf eines Gemäldes (Kunstpalast, Inv. mkp M4539)**

KUA/121/2024

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Wird hierzu Debatte gewünscht?

(Ratsfrau Böcker [CDU]: Ich habe Fragen dazu!)

– Sie haben Fragen dazu? Dann müssen wir das nachher noch einmal aufrufen.

## **20**

### **Weiterentwicklung der Wochenendöffnungen von Stadtteilbüchereien**

KUA/123/2024/1

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Wird hierzu Debatte gewünscht? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

### **Beschluss**

*Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beschließt:*

- a) Zum 01.01.2025 die unbefristete Fortsetzung der Wochenendöffnung der Stadtteilbücherei Bilk.*
- b) Zum 01.11.2024 die Ausweitung der Öffnungszeiten der Stadtteilbücherei Eller von zurzeit 22 Wochenöffnungsstunden auf künftig 32 Wochenöffnungsstunden.*
- c) Zum 01.10.2024 die Ausweitung der Öffnungszeiten der Stadtteilbücherei Unterbach von zurzeit insgesamt 17 Wochenöffnungsstunden auf künftig 31 Wochenöffnungsstunden.*
- d) Zum 01.01.2025 die Ausweitung der Öffnungszeiten der Zentralbibliothek im KAP1 von zurzeit insgesamt 74 Wochenöffnungsstunden auf künftig 76 Wochenöffnungsstunden.*

## **21**

### **Verlängerung des Verzichts auf die Erhebung von Sondernutzungsgebühren für E-Ladesäulen**

OVA/060/2024

#### **21.1**

#### **Änderungsantrag der FDP-Ratsfraktion**

RAT/329/2024

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Da gibt es einen Änderungsantrag, den TOP rufen wir dann gleich wieder auf.

**22**

**Wiederwahl einer Schiedsperson**

OVA/070/2024

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Wird hierzu Debatte gewünscht? – Möchte ihn jemand nicht wiederwählen oder sich enthalten? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

**Beschluss**

*Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beschließt die Wiederwahl der Schiedsperson*

*Uwe Jung, Im Kämpchen 14, 40549 Düsseldorf*

*für den Schiedsamtsbezirk 9 – Heerdt und Lörick.*

**23**

**Wiederwahl einer Schiedsperson**

OVA/081/2024

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Wird Debatte gewünscht? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

**Beschluss**

*Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beschließt die Wiederwahl der Schiedsperson*

*Margret Winkel-Tauchnitz, Suitbertusstraße 31, 40223 Düsseldorf*

*für den Schiedsamtsbezirk 6 – Hamm, Hafen, Volmerswerth, Bilk und Flehe.*

**24**

**Bestellung eines Prüfers für das Rechnungsprüfungsamt**

RPAU/014/2024

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Wird hierzu Debatte gewünscht? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

**Beschluss**

*Der Rechnungsprüfungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt gemäß § 101 Absatz 4 Gemeindeordnung NRW*

*Stadtamtsrat Norman Lachner*

*als Prüfer zu bestellen.*

**25**

**Stellungnahme des Rechnungsprüfungsausschusses über die Prüfung des Gesamtabschlusses der Landeshauptstadt Düsseldorf zum 31. Dezember 2020 – Bestätigung des Gesamtabschlusses**

RPAU/015/2024

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Wird hierzu Debatte gewünscht? – Möchte jemand nicht zustimmen oder sich enthalten? – Enthaltung bei der Fraktion Die Linke. Dann ist das aber im Übrigen einstimmig so beschlossen.

### **Beschluss**

*Der Gesamtabchluss und Gesamtlagebericht zum 31. Dezember 2020 wurden vom Rechnungsprüfungsausschuss nach § 59 Absatz 3 Gemeindeordnung NRW (GO NRW) geprüft. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung waren keine Einwendungen zu erheben. Der Rechnungsprüfungsausschuss hat den vom Oberbürgermeister aufgestellten Gesamtabschluss und den Gesamtlagebericht zum 31. Dezember 2020 gebilligt und empfiehlt dem Rat, den Gesamtabschluss zum 31. Dezember 2020 gemäß § 116 Absatz 8 in Verbindung mit § 96 Absatz 1 GO NRW zu bestätigen.*

### **26**

#### **Beschlussvorlage zur Herbeiführung eines Ausführungs- und Finanzierungsbeschlusses für das Projekt „Erweiterungsbau Geschwister-Scholl-Gymnasium zur Beibehaltung der Fünfüzigkeit im Rahmen von G9, Redinghovenstraße 41, 40225 Düsseldorf“**

SCHUA/037/2024

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Wird hierzu Debatte gewünscht?

(Ratsherr Fix [Die Partei-Klima-Fraktion]: Hier!)

Ratsherr Fix möchte sich dazu äußern. Dann rufen wir das gleich wieder auf.

### **27**

#### **Errichtung einer Dependence der GGS Urdenbach an der Urdenbacher Allee 91**

SCHUA/041/2024

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Wird Debatte gewünscht? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

### **Beschluss**

*Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beschließt für die Schule **GGG Urdenbach**, Garather Straße 16, 40593 Düsseldorf, Schulnr. 100330, gemäß § 81 Absatz 2 in Verbindung mit § 83 Absatz 6 und 7 SchulG NRW die Einrichtung eines Teilstandortes am Standort Urdenbacher Allee 91, 40593 Düsseldorf zum Schuljahr 2024/25.*

### **28**

#### **Förderung von Grundschulen in Quartieren mit besonderen Herausforderungen**

SCHUA/043/2024

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Das ist eine Informationsvorlage. Wird hierzu Diskussion gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann haben wir das so **zur Kenntnis** genommen.

### **29**

#### **Einrichtung zweier befristeter Teilstandorte des Berufskollegs Bachstraße**

SCHUA/047/2024

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Wird hierzu Debatte gewünscht? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

### **Beschluss**

*Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beschließt für das Berufskolleg Bachstraße, Bachstraße 8, 40223 Düsseldorf, Schulnr. 187689 gemäß § 81 Absatz 2 SchulG NRW:*

- 1. Die Einrichtung eines befristeten Teilstandortes am Standort Franklinstraße 5, 40479 Düsseldorf rückwirkend ab Oktober 2023 zunächst bis zum Ende des Schuljahres 2024/2025.*
- 2. Die Einrichtung eines befristeten Teilstandortes am Standort Schmiedestraße 17, 40227 Düsseldorf ab Oktober 2024 zunächst bis zum Ende des Schuljahres 2024/2025.*

### **30**

**Hoxbach – Hochwasserschutz Einbecker Straße (W-0006000000) – Bedarfsbeschluss**  
SEBD/019/2024

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Wird hierzu Debatte gewünscht? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

### **Beschluss**

*Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, für das Projekt „Hoxbach – Hochwasserschutz Einbecker Straße“ (W-0006000000) die Planung durchzuführen und eine Kostenberechnung zu erstellen.*

### **31**

**Klärwerk-Süd, Prüfung und Erneuerung der Betriebswasseranlage (I-8030614005) – Bedarfsbeschluss**  
SEBD/027/2024

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Das ist ebenfalls ein Bedarfsbeschluss. Debatte gewünscht? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

### **Beschluss**

*Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, für das Projekt „Klärwerk-Süd, Prüfung und Erneuerung der Betriebswasseranlage“ (I-8030614005) die Planung durchzuführen und eine Kostenberechnung zu erstellen.*

### **32**

**Verbandsversammlung des Zweckverbandes Erholungsgebiet Unterbacher See – Ersatzbestellung**  
RAT/259/2024

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Wird hierzu Debatte gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

### **Beschluss**

*Der Rat der Stadt bestellt für den Rest der laufenden Wahlperiode des Rates*

*Herrn Marius Erley anstelle von Herrn Paul Schmitz*

*zum stellvertretenden Mitglied in die Bezirksversammlung des Zweckverbandes Erholungsgebiet Unterbacher See.*

### 33

#### **Bestimmung der Reihenfolge, in der die Beigeordneten bei Verhinderung des allgemeinen Vertreters des Oberbürgermeisters zur allgemeinen Vertretung berufen sind** RAT/260/2024

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Wird hierzu Debatte gewünscht? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann haben wir das einstimmig so geregelt.

#### **Beschluss**

*Der Rat der Stadt beschließt gemäß § 68 Absatz 1 Satz 3 GO NRW folgende Reihenfolge, in der die Beigeordneten bei Verhinderung des allgemeinen Vertreters des Oberbürgermeisters zur allgemeinen Vertretung berufen sind:*

1. Stadtkämmerin Schneider
2. Beigeordnete Zuschke
3. Beigeordneter Zaum
4. Beigeordneter Kral
5. Beigeordnete Koch
6. Beigeordneter Wagner

### 34

#### **Aufsichtsrat der Bädergesellschaft Düsseldorf mbH – Ersatzwahl** RAT/261/2024

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Stadtdirektor Hintzsche anstelle der Beigeordneten Zur. Wird Debatte gewünscht? – Möchte dem jemand nicht zustimmen? – Die AfD. Enthaltungen? – Dann ist das mehrheitlich so beschlossen.

#### **Beschluss**

*Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beschließt gemäß § 63 Absatz 2 in Verbindung mit § 113 Absatz 2 GO NRW, unter Abberufung von Frau Beigeordneter a. D. Britta Zur,*

*Herrn Stadtdirektor Hintzsche*

*als den vom Oberbürgermeister vorgeschlagenen Bediensteten (§ 113 Absatz 2 S. 2 GO NRW) in den Aufsichtsrat der Bädergesellschaft Düsseldorf mbH zu entsenden.*

*Die Entsendung gilt bis zur Neubesetzung des Gremiums in der nächsten Wahlperiode – vorbehaltlich einer Abberufung durch den Rat. Nach Ablauf der laufenden Wahlperiode üben die bisherigen Mitglieder ihr Mandat bis zum Zusammentritt des neuen Aufsichtsrates weiter aus.*

*Endet die Amtszeit des Aufsichtsrates aufgrund gesetzlicher oder gesellschaftsvertraglicher Regelungen vor einer neuen Beschlussfassung des Rates, so gilt dieser Beschluss auch für die dann anstehende Neuwahl des Aufsichtsrates.*

### 35

#### **Nachhaltigkeitsbeirat – Bestätigung neuer Mitglieder der Zivilgesellschaft** RAT/263/2024

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Wird hierzu Debatte gewünscht? – Gibt es Gegenstimmen? – AfD. Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

## **Beschluss**

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf bestätigt folgende, in den letzten Monaten vom Nachhaltigkeitsbeirat benannten, zivilgesellschaftlichen Organisationen als neue Mitglieder des Nachhaltigkeitsbeirates (gemäß Geschäftsordnung Nachhaltigkeit):

Foodsharing Düsseldorf, NABU Düsseldorf e. V., BUND Kreisgruppe Düsseldorf, Ernährungsrat Düsseldorf e. V., Bündnis für Nachhaltigkeit, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf - Heine-Center für Sustainable Development.

## **36**

### **Umbesetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien**

RAT/273/2024

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Wird hierzu Debatte gewünscht? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

## **Beschluss**

Der Rat der Stadt wählt für folgende Ausschüsse Nachfolger/-innen für folgende Ausschussmitglieder:

### **Anregungs- und Beschwerdeausschuss:**

1. Stellvertretung:

anstelle von

Schwabedissen, Olivia (B)

Die Linke

**N.N.**

**Die Linke**

### **Bauausschuss**

1. Stellvertretung:

anstelle von

Knäpper, Peter (B)

SPD

**Albes, Claudia (B)**

**SPD**

### **Ausschuss für Digitalisierung und allgemeine Verwaltungsorganisation:**

1. Stellvertretung:

anstelle von

Schiffer, Patrick (B)

Bündnis 90/Die Grünen

**Hartmann, Frederik (R)**

**Bündnis 90/Die Grünen**

N.N.

Bündnis 90/Die Grünen

**Schwenk, Harald (R)**

**Bündnis 90/Die Grünen**

### **Ausschuss für Gesundheit und Soziales:**

2. Stellvertretung:

anstelle von

N.N.

Bündnis 90/Die Grünen

**Peetz, Ulla (B)**

**Bündnis 90/Die Grünen**

### **Ausschuss für Gleichstellung:**

1. Stellvertretung:

anstelle von

Jörres, Wolf-Rüdiger (R)

AfD

**Blinova, Tamara (B)**

**AfD**

**Haupt- und Finanzausschuss:**

Ordentliches Mitglied:

anstelle von

Hebeler, Angela (R)

**Cordes, Mirja (R)**

Ouammar, Saliha

**Frey, Antonia (R)**

Czerwinski, Norbert (R)

**Schwenk, Harald (R)**

1. Stellvertretung:

anstelle von

Schwenk, Harald (R)

**Dr. Schulz, Frank (R)**

Frey, Antonia (R)

**Czerwinski, Norbert (R)**

2. Stellvertretung:

anstelle von

Cordes, Mirja (R)

**Hebeler, Angela (R)**

Bündnis 90/Die Grünen

**Bündnis 90/Die Grünen**

**Kulturausschuss:**

Ordentliches Mitglied:

anstelle von

Knäpper, Peter (B)

**Dr. Laugs, Christoph (B)**

2. Stellvertretung:

anstelle von

Dr. Laugs, Christoph

**Franzen, Birgitta**

SPD

**SPD**

SPD

**SPD**

**Ausschuss für öffentliche Einrichtungen, Stadtökologie, Abfallmanagement und Bevölkerungsschutz:**

1. Stellvertretung:

anstelle von

N.N.

**Pansky, Paul (B)**

Opelt, Uta (R)

**Hildebrandt, Gerhard (B)**

**Sportausschuss:**

Ordentliches Mitglied:

anstelle von

Ouammar, Saliha

**Wodrig, Carolin (B)**

Bündnis 90/Die Grünen

**Bündnis 90/Die Grünen**

AfD

**AfD**

Bündnis 90/Die Grünen

**Bündnis 90/Die Grünen**

**Ausschuss für Wirtschaftsförderung, internationale und regionale Zusammenarbeit:**

Ordentliches Mitglied:

anstelle von

Ouammar, Saliha

**Gelbke-Mößmer, Claudia (R)**

2. Stellvertretung:

anstelle von

Jörres, Wolf-Rüdiger (R)

**Franosch, Joel (B)**

Bündnis 90/Die Grünen

**Bündnis 90/Die Grünen**

AfD

**AfD**

**Ausschuss für Wohnungswesen und Modernisierung:**

2. Stellvertretung:

anstelle von

Nowitzky, Aurelius (B)

**Dippel, Merit (B)**

Die Partei-Klima-Fraktion

**Die Partei-Klima-Fraktion**

**37**

**Änderung der Zuständigkeitsordnung der Landeshauptstadt Düsseldorf**

RAT/276/2024

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Hierzu wird Debatte gewünscht.

(Ratsfrau Cordes [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir würden gern den Punkt schieben oder getrennt abstimmen!)

Ich rufe das nachher noch einmal auf. Das gilt dann im Prinzip auch für die Folgevorlage unter TOP 38.

**38**

**Verteilung der Ausschussvorsitze und stellvertretenden Ausschussvorsitze sowie Bestimmung der Ausschussvorsitzenden und stellvertretenden Ausschussvorsitzenden**

RAT/297/2024

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Das hängt hier nämlich ein bisschen davon ab, was wir bei TOP 37 machen.

**39**

**Kuratorium der Stiftung „Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen“ – Vorschlag zur Wiederbestellung eines stellvertretenden Mitgliedes**

RAT/277/2024

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Wird hierzu Debatte gewünscht? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

**Beschluss**

*Der Rat der Stadt empfiehlt dem Ministerpräsidenten*

**Frau Stadtkämmerin Dorothee Schneider**

*erneut zum stellvertretenden Mitglied*

*des Kuratoriums der Stiftung „Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen“ zu bestellen.*

**40**

**Nachwahl zum Beirat bei der Unteren Naturschutzbehörde**

RAT/279/2024

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Wird hierzu Debatte gewünscht? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

### **Beschluss**

*Der Rat der Stadt wählt gemäß § 70 Absatz 5 des Gesetzes zum Schutz der Natur in Nordrhein-Westfalen (LNatSchG NRW) - in der Fassung der Bekanntmachung vom 15.11.2016 (GV. NRW. S. 934), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 05. März 2024 (GV. NRW. S.156), in Kraft getreten am 16. März 2024 in Verbindung mit § 2 der Verordnung zur Durchführung des Landesnaturschutzgesetzes (DVO-LNatSchG) vom 22. Oktober 1986, zuletzt geändert durch Artikel 35 des Gesetzes vom 01.02.2022 (GV. NRW. S. 122), in Kraft getreten am 19.02.2022 - für die Dauer seiner restlichen Amtszeit folgendes stellvertretendes Mitglied in den Beirat bei der Unteren Naturschutzbehörde:*

*Herrn Dr. Ulf Schmitz, Düsseldorf*

*als stellvertretendes Mitglied des Naturschutzbundes Deutschland e. V.*

### **42**

#### **Wechsel von stimmberechtigten Mitgliedern der Fraktionen für den Behindertenrat RAT/321/2024**

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Wird hierzu Debatte gewünscht? – Gegenstimmen? – AfD. Enthaltungen? – Dann ist das bei drei Gegenstimmen mehrheitlich so beschlossen.

### **Beschluss**

*Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beschließt, die in der tabellarischen Übersicht in der Sachdarstellung aufgeführten Vertreterinnen und Vertreter der Ratsfraktion Die Partei-Klima-Fraktion zur Entsendung in den Behindertenrat zu bestätigen.*

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** TOP 43, Bericht aus der Kleinen Kommission Radverkehr, hatten wir zurückgezogen.

### **16**

#### **Ehrenhof 1, Tonhalle – Sanierung Verwaltungstrakt und zugehörige Erneuerung von Wasser- und Abwassernetzen sowie die Sanierung der Westfassade KUA/047/2024**

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Ich bitte um Wortmeldungen zu Tagesordnungspunkt 16. – Ratsfrau Lehmann, bitte, Sie haben das Wort.

**Ratsfrau Lehmann (Die Linke):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Liste der zu sanierenden Kulturbauten ist lang. Sehr lang! Wir sind froh, dass jetzt endlich begonnen wird, sie von oben her abzuarbeiten, weil wir für Gleichbehandlung aller Kulturbauten sind.

Es gab einen Bedarfsbeschluss von 2020, das ist jetzt schon einige Jahre her. Wir fragen uns, warum erst jetzt gehandelt wird. Es handelt sich um einen Wasserschaden. Ich glaube, wenn Sie private Häuser haben, würden Sie nicht vier Jahre warten, um einen Wasserschaden zu sanieren. Das heißt, die Kosten steigen immer mehr.

Die Sanierung ist auch nicht vollumfänglich. Man saniert nur die Westseite, das heißt den Verwaltungstrakt im Erdgeschoss und oben auf dem Dach. Was ist mit der ersten Etage? Dort sind die Einspielräume der Musikerinnen und Musiker. Haben sich diese jetzt vier Jahre lang in schimmeligen Räumen aufgehalten und sich eingespielt? Darauf hätten wir gern Antworten. Außerdem wüssten wir auch gern etwas über die Kosten und den Zeitplan, wann das gesamte Gebäude, die gesamte Gebäudehülle der Tonhalle saniert wird. – Danke.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Ich darf die Kulturdezernentin bitten, kurz für die Verwaltung auszuführen. – Bitte sehr, Frau Kollegin.

**Beigeordnete Koch:** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich kann zunächst einmal bestätigen, dass die Liste der Kulturgebäude eine lange ist. Dass wir, wie wir es auch bei der Haushaltsrede des Oberbürgermeisters gehört haben, in die Infrastruktur, die in die Jahre gekommen ist, nicht nur im Kulturbereich, massiv investieren müssen, ist auch klar.

Ich kann jetzt nur für die letzten zwei Jahren sprechen, in denen ich verantwortlich war, bis jetzt. Das waren ungefähr die ersten Gespräche, würde ich sagen, die ich geführt habe, als wir insbesondere mit Michael Becker und Burkhard Scheuer, der auch dort hinten sitzt – der Kaufmännische Geschäftsführer ist dann später dazugekommen –, darüber gesprochen haben, wie wir nach der ja doch sehr erfolgreichen Sanierung des Kunstpalastes, die am anderen Ende des Ehrenhofs gelaufen ist, bei der Tonhalle jetzt endlich dazu kommen werden, die Probleme dieses Hauses in den Griff zu bekommen. Daraufhin gab es eine Überarbeitung der bereits beschlossenen Maßnahmenpakete, die ich als unzureichend bezeichnen würde. Wir haben bei der Untersuchung des Gebäudes andere Erkenntnisse gewonnen und sind zu dem Schluss gekommen – auch auf Beratung eines externen Planungsbüros hin –, dass es nur mit einer Gesamtanierung möglich sein wird, dieses Gebäude dauerhaft wieder in den Zustand zu versetzen, den wir alle für unsere Tonhalle anstreben.

Das Gebäudemanagement des Kulturamtes hat erarbeitet und in Absprache mit der Tonhalle bereits Maßnahmen durchgeführt beziehungsweise entsprechende Beschlüsse vorbereitet. Was Ihnen jetzt vorliegt, sind die ersten Schritte, die wir gehen können. Natürlich werden wir in eine Gesamtanierung einsteigen. Ich glaube, auch wenn es ein Aufsichtsgremium ist, kann ich so viel sagen, dass sich im Aufsichtsgremium der Tonhalle alle dem Vorschlag des Oberbürgermeisters angeschlossen haben, dass wir die Gesamtanierung zeitnah anstreben werden. Ich kann Ihnen jetzt noch nichts zur Zeitschiene insgesamt sagen. Die Vorlagen werden Sie aber in den entsprechenden Gremien erreichen, und auch in den Aufsichtsratssitzungen wird diese Zeitschiene immer wieder besprochen. Wir haben auch unsere städtische Tochter, die IPM, eingeschaltet und versprechen uns davon eine Beschleunigung bei den notwendigen Maßnahmen.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Vielen Dank, Frau Koch. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann würde ich den Punkt zur Abstimmung stellen und fragen: Wer ist gegen die Vorlage unter TOP 16? – Enthält sich jemand? – Dann haben wir das einstimmig so auf den Weg gebracht.

### **Beschluss**

*Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beschließt die Ausführung und Finanzierung des Projektes:*

*Ehrenhof 1, Tonhalle - Sanierung Verwaltungstrakt und zugehörige Erneuerung von Wasser- und Abwassernetzen sowie die Sanierung der Westfassade*

*mit Gesamtkosten von 9.895.580 Euro brutto und stimmt der Abwicklung durch die Immobilien Projekt Management Düsseldorf GmbH (IPM), vorbehaltlich der Beteiligung des Personalrates, zu.*

*Die Deckung erfolgt aus dem Gesamthaushalt.*

*Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf stimmt der überplanmäßigen Mittelbereitstellung in Höhe von 2.126.523 Euro brutto für das Haushaltsjahr 2024 durch Frau Stadtkämmerin Schneider zu.*

*Die Bereitstellung für die einzelnen Haushaltsjahre ist der Anlage 1 zu entnehmen.*

**19**

**Restitution und Rückkauf eines Gemäldes (Kunstpalast, Inv. mkp M4539)**

KUA/121/2024

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Hierzu gab es eine Wortmeldung von Ratsfrau Böcker.

(Ratsfrau Böcker [CDU]: Ich habe gedacht, ich bekomme wieder das Mikro, sonst wäre ich schon nach vorn gegangen!)

– Ich würde Ihnen das gern ermöglichen. Bekommen wir das hin, dass wir Ratsfrau Böcker den Weg ans Pult ersparen? – Ja, das Mikro kommt, Ratsfrau Böcker.

**Ratsfrau Böcker (CDU):** Danke schön. – Ich habe die folgende Frage – das ist ein bisschen unklar –: Warum beschließt die Landeshauptstadt, dieses Gemälde zu restituieren? Was ist die Begründung dafür? Danach wollen wir ja auch beschließen, dass es dann für 35.000 Euro zurückgekauft werden soll. Was heißt hier „zurückgekauft“? Es ist – das wird hier auch gesagt – nicht klar, wer überhaupt der Eigentümer ist. Also, an wen geht das Geld dann? Wer bekommt das Geld? Ich habe schon mehrere solcher Restitutionsen mitgemacht, und ich weiß, dass wir damals immer wahnsinnig viel Zeit dafür verwendet haben und ganz genau nachzuweisen beziehungsweise zu beweisen versuchten, dass diejenigen, die den Anspruch erheben, auch tatsächlich Erben sind. Nach fast 100 Jahren ist das natürlich sehr schwierig. Deshalb verstehe ich bei so unklarer Lage eigentlich nicht, warum wir jetzt noch einmal zurückkaufen sollen, obwohl das Bild ja bei uns bereits seit – ich weiß nicht, seit wie vielen Jahren – zig Jahren im Portefeuille beziehungsweise im Museum ist.

(Ratsherr Raub [SPD]: Vorlage lesen!)

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Ich glaube, die Informationen sind der Vorlage zu entnehmen. Ich bitte aber die Kulturdezernentin, noch einmal kurz auszuführen, wie es sich mit dem Fall verhält. – Vielen Dank, Frau Beigeordnete Koch. Sie haben das Wort.

**Beigeordnete Koch:** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist auch besser, wenn ich mich darauf beschränke, aus der Vorlage zu zitieren. Ich könnte jetzt viel zu dem sagen, was Ratsfrau Böcker gerade gesagt hat. Auf jeden Fall möchte ich Ihnen einmal sagen: Sie können großes Vertrauen in die Stabsstelle Provenienzforschung haben.

(Beifall von der SPD, vereinzelt von Bündnis 90/Die Grünen und Ratsfrau Marmulla [Die Linke])

Die Leiterin sitzt hinten auf der Verwaltungsbank. Unter der Leitung von Iris Metje ist es gelungen, einen, ich möchte schon fast sagen, weltweit zumindest beschädigten Ruf der Landeshauptstadt in Sachen Restitution und Provenienzforschung wiederherzustellen. – Dies vorab.

(Beifall von der SPD, Ratsherrn Schwenk [Bündnis 90/Die Grünen] und Ratsfrau Marmulla [Die Linke])

Insofern zitiere ich jetzt aus der Vorlage:

„Angesichts fehlender Überlieferungen wird es kaum mehr zu klären sein, ob Irene Hellmann das Waldmüller-Gemälde noch vor dem ‚Anschluss‘ Österreichs dem Bankier Eduard Breisach zur Schuldentilgung überließ oder aber der im März 1938 einsetzende nationalsozialistische Verfolgungsdruck es ihr endgültig unmöglich machte, das Gemälde bestmöglich zu veräußern.“

Wir haben überhaupt keine Zweifel daran, dass es sich hierbei um einen verfolgungsbedingten Entzug dieses Gemälde handelt. Deshalb haben wir Ihnen vorgeschlagen, die Restitution zu vollziehen.

(Beifall von der SPD und Ratsfrau Marmulla [Die Linke])

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Wir legen auch größten Wert darauf, dass wir sorgfältig prüfen, an wen wir restituieren. Auch das wird sehr gründlich geprüft und sichergestellt, dass es in die richtigen Hände kommt.

Ich sehe noch einmal eine Wortmeldung von Ratsfrau Böcker. – Sie haben das Wort, Ratsfrau Böcker.

**Ratsfrau Böcker (CDU):** Es tut mir sehr leid, aber in einem solchen Zusammenhang kann ich nicht sagen: Ich muss jemanden vertrauen. Wir haben bei der Restitution wirklich auf Nachweise gedrungen. Das ist auch nachgewiesen worden. Erst dann hat eine Restitution beziehungsweise an deren Ende die entsprechende Bezahlung stattgefunden. Wer bekommt nun dieses Geld hier, wenn Sie sagen, man müsse Vertrauen haben, und wenn man das hat, ergebe sich das von selbst?

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Ratsfrau Böcker, wir übertragen das Eigentum an diesem Bild zurück an die rechtmäßigen Eigentümer beziehungsweise deren Erben, denen es verfolgungsbedingt entzogen worden ist. Von diesen Menschen erwerben wir es zurück, und dann erhalten selbstverständlich diese auch den Kaufpreis.

(Ratsherr Raub [SPD]: Ganz einfach!)

Es ist relativ simpel. Es steht Ihnen frei, Ihre Zweifel auch durch Ihr Abstimmungsverhalten deutlich zu machen.

**Ratsfrau Böcker (CDU):** Danke schön.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Die Verwaltung hat diese Zweifel nicht, und wir werden sehen, wie die Mehrheit des Hauses das sieht.

Deshalb kommen wir jetzt, wenn keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, zur Abstimmung über die Vorlage KUA/121/2024 unter dem Tagesordnungspunkt 19. Ich frage: Wer ist gegen die Vorlage? – Wer enthält sich? – Ratsfrau Böcker enthält sich. Damit ist das einstimmig so beschlossen.

(Beifall von CDU, SPD und Ratsfrau Marmulla [Die Linke])

### **Beschluss**

- 1) *Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beschließt, das Gemälde „Rudolf Wenzel Markowsky“ von Ferdinand Georg Waldmüller an die Erbgemeinschaft nach Irene Hellmann zu restituieren.*
- 2) *Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beschließt, das Gemälde „Rudolf Wenzel Markowsky“ von Ferdinand Georg Waldmüller für die Sammlung der Landeshauptstadt Düsseldorf zum Preis von 35.000 Euro aus den Ankaufsmitteln des Kunstpalasts zurückzukaufen.*

## 21

### **Verlängerung des Verzichts auf die Erhebung von Sondernutzungsgebühren für E-Ladesäulen**

OVA/060/2024

#### 21.1

#### **Änderungsantrag der FDP-Ratsfraktion**

RAT/329/2024

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Wird hierzu das Wort gewünscht? – Zunächst die antragstellende Fraktion. Ratsherr Droste, bitte. Danach Ratsfrau Vorspel. – Sie haben das Wort, Ratsherr Droste.

**Ratsherr Droste (FDP):** Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich bei diesem Antrag etwas gewundert beziehungsweise die gesamte FDP-Fraktion hat sich gewundert. Es war ja zunächst im HFA und ist dann in den Rat verwiesen worden, damit wir das hier gemeinsam klären können.

Es ist erst einmal ungewöhnlich, dass eine Förderung, die im Jahr 2023 ausgelaufen ist, jetzt, im September 2024, zur Verlängerung beantragt wird. Normalerweise hätten wir in 2023 schon die Verlängerung beantragen müssen, um einen sauberen Übergang hinzubekommen. Die Frage ist natürlich: Warum wird der Antrag erst jetzt gestellt?

Wir haben Ihnen die nächste Frage schon vorab zugeleitet, damit Sie sich vorbereiten können, Herr Kral. Die Frage ist: In 2024 sind, da es keine Grundlage für weitere Gebührenbefreiungen gab, sicherlich schon neue Ladesäulen aufgestellt worden. Ist für diese schon ein Gebührenbescheid ergangen, der jetzt zurückerstattet wird? Wie sind da die Zusammenhänge?

Eine weitere Frage ist: Über wie viel Geld reden wir dabei eigentlich? Wenn wir in 2024 auf die Gebührenbefreiung verzichten würden, so wie es bis 2023 beschlossen war – die Befreiung war auf Ende 2023 begrenzt –, wenn wir bei diesem ursprünglichen Beschluss bleiben, würden ja Gebühren erhoben werden. Wie hoch sind diese dann für 2024, damit man einmal eine Hausnummer weiß? Es ist auch so, dass ab 20 Prozent Auslastung der Ladesäulen diese gewinnträchtig sind. Wie begründet man vor diesem Hintergrund den Gebührenverzicht für Bestandsladesäulen? Macht es nicht mehr Sinn, nur neue Ladesäulen zu bezuschussen, um auch die Förderung neuer Ladesäulen besonders in den Fokus zu bringen?

Wenn Sie erlauben, Herr Oberbürgermeister, würde ich auch gern gleich den Änderungsantrag mitbegründen. Dann können wir zügig weitermachen.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Deshalb habe ich Sie zuerst aufgerufen, weil Sie den Änderungsantrag gestellt haben.

**Ratsherr Droste (FDP):** Ja. – Die Ladesäulen im öffentlichen Raum fördern umweltfreundliche Elektromobilität. Sie verengen aber auch Gehwege und Radwege und nehmen öffentlichen Raum in Anspruch. Das ist der ordnungspolitische Grund für Gebühren. Fiskalisch dienen Sondernutzungsgebühren zur Aufgabenerfüllung der Stadt Düsseldorf. Das wäre der fiskalische Grund. In dieser Güterabwägung ist nach Auffassung der FDP-Fraktion nur die Aufstellung neuer Ladesäulen förderungswürdig. Eine pauschale Gebührenbefreiung bestehender Ladesäulen schafft keine neuen Ladepunkte und verfehlt damit den Förderzweck und ist deswegen abzulehnen. – Das wäre die Einbringungs begründung. Jetzt bitte ich Herrn Kral, Antworten auf die Fragen zu geben.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Die Reihenfolge der Wortmeldungen beziehungsweise der Abarbeitung überlassen Sie bitte mir. Ich würde nämlich als Nächste Ratsfrau Vorspel und Ratsherrn Volkenrath sowie anschließend Ratsfrau Cordes das Wort erteilen, und danach würde die

Verwaltung abschließend Stellung nehmen. Also, Ratsfrau Vorspel, es folgt Ratsherr Volkenrath, gefolgt von Ratsfrau Cordes und Ratsherrn Fix. – Bitte, Ratsfrau Vorspel.

**Ratsfrau Vorspel (Die Linke):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, vielen Dank. – Sehr geehrte Damen und Herren! Es gibt hier immer noch Menschen, die die dringend notwendige Verkehrswende mit einer Antriebswende verwechseln. Dafür hier noch einmal kurz zur Info: E-Autos gehören zum motorisierten Individualverkehr. Bei den Zulassungen von E-Autos waren über die Hälfte SUVs. In Düsseldorf ist diese Quote wahrscheinlich noch viel höher. Diese SUVs wurden hauptsächlich von Steuerzahler\*innen über das Dienstwagenprivileg finanziert. Jetzt sollen für diese Autobesitzer und Autobesitzerinnen die Tankstellen weiter subventioniert werden? Das lehnen wir Linke natürlich ab. – Vielen Dank.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Ratsherr Volkenrath, bitte, Sie haben das Wort.

**Ratsherr Volkenrath (SPD):** Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Wir sehen es etwas differenzierter. Es ist schon ein Teil der Verkehrswende, auch über Antriebstechniken nachzudenken und dies zu konkretisieren. Insofern ist es auch sinnvoll, bestimmte Förderungen darzustellen. Der Gedanke bei der FDP-Fraktion ist nun der, dass das in der Tat nicht zu einer weiteren Dynamisierung führe. Man könnte sich diesem Gedanken durchaus anschließen.

Was bei uns ein wenig mit einem Fragezeichen aufgekommen ist, möchte ich einmal als Frage an die Verwaltung formulieren: Ist das denn überhaupt realisierbar? Das heißt, können wir als Stadt Düsseldorf so unterschiedlich agieren, dass bestimmte Anbieter öffentliche Zuschüsse bekommen und bestimmte Anbieter keine Zuschüsse bekommen? Wie verhält sich das? Dazu hätte ich gern eine Darstellung der Verwaltung. – Vielen Dank.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Dazu wird der Dezernent gleich etwas ausführen. Aber zunächst einmal Ratsfrau Cordes und Ratsherr Fix.

**Ratsfrau Cordes (Bündnis 90/Die Grünen):** Vielen Dank. – Tatsächlich hatten wir genau die gleiche Frage. Wir haben uns auch gefragt, ob diese Ungleichbehandlung der Anbieter überhaupt möglich ist. Aber auch inhaltlich fragen wir uns, ob es richtig ist, diejenigen, die Trendsetter in diesem Bereich waren und damit hinausgegangen sind, als das vielleicht noch nicht so viele gemacht haben, und ein Angebot geschaffen haben, das auch viele hier in Düsseldorf in Anspruch genommen haben, im Nachhinein zu bestrafen beziehungsweise anderen Vorteile zu verschaffen, die diese Anbieter der ersten Stunde dann nicht hätten. Aber die Antwort auf die Frage, ob das rein rechtlich möglich ist, interessiert uns auch.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Ratsherr Fix. Danach der Dezernent.

**Ratsherr Fix (Die Partei-Klima-Fraktion):** Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Wir wollten die Chance nutzen, um auch noch einmal anzusprechen, dass die Positionierung der Ladesäulen manchmal ziemlich problematisch ist, dass sie sich auf den Fußgängerwegen befindet und vielleicht auch einmal ein halber Stellplatz dafür geopfert werden sollte. Das wäre sehr schön. – Danke schön.

(Beifall von Die Partei-Klima-Fraktion)

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Vielen Dank. – Herr Beigeordneter Kral, bitte. – Dann sehe ich keine weiteren Wortmeldungen. – Sie haben das Wort.

**Beigeordneter Kral:** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Eine Antriebswende ist integraler Bestandteil jeder Form von Verkehrswende – oder wie man es auch bezeichnen möchte. So waren ja die Begriffe, die hier aufgeworfen wurden. Unsere Philosophie ist:

Wege für alle. Das heißt, wir bedienen alle Verkehrsmittel mit einem ökologisch nachhaltigen Angebot, und der MIV gehört selbstverständlich dazu. Ältere Menschen sind manchmal auf das Fahrzeug angewiesen. Zum Transportieren ist man auf das Fahrzeug angewiesen. Deshalb ist das elementarer Bestandteil.

Deshalb waren wir auch froh, dass wir Anfang dieses Jahres die ersten Zulassungen und Sondernutzungserlaubnisse für weitere Anbieter neben den Stadtwerken erteilen konnten, und haben Anfang des Jahres einen großen Berg an Anträgen abgearbeitet. Zu diesem Zeitpunkt haben wir dann gesagt: Es ist uns wichtiger, neue Sondernutzungserlaubnisse zu erteilen, als diese Frage in den Vordergrund zu stellen. Die Abteilung hat sich also erst einmal mit der Frage nach mehr Ladesäulen beschäftigt. Deshalb kommen wir auch erst zu diesem Zeitpunkt zu Ihnen.

Weiterhin wollten Sie wissen, wie es mit der technischen Abwicklung ist. Wir haben bislang keine Gebühren für dieses Jahr erhoben. Das würden wir jetzt nicht wieder rückabwickeln müssen, sondern könnten, wenn Sie heute so entscheiden, auf die Gebührenerhebung für 2024 und 2025 verzichten.

Sie wollten auch wissen, wie hoch die Summe ist. Das sind circa 300.000 Euro. Wir haben das in der Vorlage nicht beziffert, weil man eigentlich erst am Jahresende sagen kann, wie viele Ladesäulen bis zum Jahresende gestanden haben. Für diese Ladesäulen wären Gebühren angefallen, diese hätte man dann dezidiert abrechnen können. So können wir nur ungefähre Werte nennen. Diese kann ich Ihnen gern mitteilen: Es sind ungefähr 300.000 Euro, auf die wir an dieser Stelle verzichten. Das tun wir mit fester Überzeugung, weil wir glauben, dass die Einrichtung der Ladeinfrastruktur wichtig ist, um die Antriebswende voranzubringen.

Wir tun es auch vor dem rechtlichen Hintergrund, dass wir keine Möglichkeit sehen, zu differenzieren zwischen einem Anbieter, der schon seit längerem eine Säule stehen hat, einem Anbieter, der sie erst vor zwei Jahren eingerichtet hat, und einem Anbieter, der sie vor einem Jahr eingerichtet hat oder gerade erst einrichtet. Denn die Überlegungen, die dahinterstehen, sind ja nicht so sehr die Frage, wer am stärksten im öffentlichen Raum eingreift, sondern sie sind auch sehr wettbewerbspolitisch ausgerichtet. Wir haben am Beispiel des Bewohnerparkens gelernt, dass zum Beispiel soziale Aspekte nicht in die Frage Gebühren für Bewohnerparken einbezogen werden dürfen. Genauso kann ich wettbewerbspolitische Überlegungen nicht in das Thema Gebührenbefreiung für Ladepunkte einbeziehen. Vor diesem Hintergrund ist leider dieser Differenzierungsvorschlag, so charmant er auch erscheinen mag, rechtlich einfach nicht umsetzbar. – Danke schön.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Vielen Dank. – Gibt es weitere Wortmeldungen zum Thema? – Ratsherr Droste, Sie haben das Wort.

**Ratsherr Droste (FDP):** Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Herr Kral, ich habe nicht verstanden, was Sie jetzt gesagt haben. Die FDP-Fraktion macht den Vorschlag, dass alle neuen Ladesäulen – also diskriminierungsfrei – jetzt mit einem Ratsbeschluss für einen bestimmten Zeitraum gebührenbefreit werden. Wahrscheinlich wäre das dann auch wieder sinnvoll. Ich verstehe Ihre rechtlichen Bedenken nicht. Die Befreiung richtet sich doch an alle neuen, und es ist ein ganz üblicher Förderzweck, dass man denen, die sich jetzt entscheiden, einen neuen Ladepunkt zu errichten, eine Gebührenbefreiung verspricht, genauso wie man bis 2023 eine Gebührenbefreiung für alle Anbieter hatte. Dagegen rechtliche Bedenken anzumelden, das verstehe ich nicht. Das müssten Sie mir noch erklären, Herr Kral.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Ich hatte das eigentlich ziemlich deutlich verstanden. Aber wenn Sie noch einmal den Versuch machen wollen?

**Beigeordneter Kral:** Ich versuche es noch einmal. – Ich erhebe die Sondernutzungsgebühr für die aktuelle Nutzung einer Fläche im Jahr 2024. Dafür erhebe ich die Sondernutzungsgebühr. Da ist entscheidend - -

(Unruhe – Ratsherr Wolf [Bündnis 90/Die Grünen]: Man versteht hier kein Wort!)

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Vielen Dank, Herr Bezirksbürgermeister.

**Beigeordneter Kral:** Gut. – In diesem Jahr 2024 wird eine bestimmte Fläche in Anspruch genommen. Das ist die Fläche für die Säule und übrigens auch für den Stellplatz, der damit belegt wird; das ist der flächenmäßig größere Anteil. Für diese Nutzung des öffentlichen Raums erhebe ich im Prinzip Geld, und zwar akut in diesem Jahr. Dabei kann ich nicht differenzieren, wann die Säule dahin gekommen ist, sondern es ist entscheidend, ob in diesem Jahr die Nutzung stattfindet. Das ist die rechtliche Grundlage, auf deren Basis man die Gebühren erhebt. Die Differenzierung, die Sie vorschlagen, hat andere Motive, die nichts mit der Frage zu tun haben: Inwieweit nehme ich den Raum in Anspruch, oder – das könnte man vielleicht auch noch machen – hat es einen ganz spezifischen verkehrspolitischen Anspruch? Sondern es hat etwas Angebotspolitisches, etwas Wirtschaftspolitisches als Hintergrund. Solche Aspekte darf man nicht einführen.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Ich sehe Beifall bei den Vertretern der Anwaltschaft in der ersten Reihe. Okay. – Dann sehe ich aber keine weiteren Wortmeldungen. Ich darf mich der Äußerung von Herrn Bezirksbürgermeister Wolf anschließen: Wir brauchen ein bisschen mehr Ruhe im Saal.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Ich würde zunächst, da der Änderungsantrag der FDP-Fraktion die Verwaltungsvorlage einschränkt und damit die Verwaltungsvorlage weiter geht, diese zur Abstimmung stellen. Sollte die Verwaltungsvorlage die Mehrheit finden, hätte sich der Antrag der FDP-Fraktion erledigt und käme nicht mehr zur Abstimmung. Deshalb stimmen wir zunächst über die Vorlage OVA/060/2024 – Vorschlag der Verwaltung, auf die Gebühren zu verzichten – in der Form der Verwaltungsvorlage ab. Ich darf fragen: Gibt es Gegenstimmen? – Das sind FDP, AfD, Tierschutz/Freie Wähler und Die Linke. Wer enthält sich? – Niemand. Die Gegenprobe: Wer ist dafür? – Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der Oberbürgermeister und CDU. Damit ist die Verwaltungsvorlage mehrheitlich angenommen, und der Änderungsantrag hat sich erledigt.

### **Beschluss**

*Der Rat der Stadt beschließt, für zwei weitere Jahre, also bis Ende 2025, die Gebühren zu Position 24.6 der Sondernutzungssatzung für das Aufstellen von Ladesäulen im öffentlichen Straßenraum auszusetzen.*

### **26**

#### **Beschlussvorlage zur Herbeiführung eines Ausführungs- und Finanzierungsbeschlusses für das Projekt „Erweiterungsbau Geschwister-Scholl-Gymnasium zur Beibehaltung der Fünfüzigkeit im Rahmen von G9, Redinghovenstraße 41, 40225 Düsseldorf“**

SCHUA/037/2024

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Wird hierzu das Wort gewünscht? – Ratsherr Fix.

**Ratsherr Fix (Die Partei-Klima-Fraktion):** Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Wir haben eigentlich nur noch ein paar Fragen gehabt. In der Vorlage gab es einige Angaben, die für uns nicht konkret genug waren. Wir wollten erfragen, ob es eine konkrete Zahl für die Recyclingquote gibt, ob es von der Stadt eine Auskunft zur Herkunft des Holzes gibt, ob das Aluminium, das genutzt wird, auch recycelt ist oder nicht, weil das ein Stoff ist, der sehr gut recycelt werden kann.

Generell haben wir das Feedback bei uns aus der Fraktion, dass die Vorlagen – ich weiß, das ist dann mehr Arbeit – in der Formulierung oft zu allgemein gehalten sind und es deshalb sehr schwer

fällt, am Ende eine informierte Entscheidung zu treffen. Daher wäre es schön, wenn etwas konkretere Zahlen in den Vorlagen stehen könnten, falls das innerhalb des Aufwands ist. Ich weiß es ja nicht; ich habe noch nicht in der Verwaltung gearbeitet. Vielleicht können Sie dazu auch noch etwas sagen. – Danke.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Herr Stadtdirektor.

**Stadtdirektor Hintzsche:** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ratsherr Fix! – Ratsherr Fix hört aber gerade gar nicht zu. Ich kann Ihnen jetzt nicht die Recyclingquote sagen. Ich glaube, das wird Ihnen wahrscheinlich auch der Ersteller der Vorlage nicht sagen können. Zum Thema Bauen in Holzbauweise will ich nur darauf hinweisen, dass wir bei einer anderen Vorlage, die politisch diskutiert worden ist, neulich die Situation hatten, dass wir ganz konkret gesagt haben, aus welchem Land und in welchem Material wir das Holz haben wollen, und nachher die Schwierigkeiten hatten, dass wir es gar nicht mehr beziehen konnten, weil es nämlich aus Russland gekommen wäre. Deshalb hatten wir die Umstellung und haben uns nicht an die Vorlage gehalten.

Ich versuche, die Frage zum Thema Recycling im Nachhinein schriftlich zu beantworten. Die konkrete Frage, wo das Holz herkommt, versuche ich auch zu beantworten. Aber ich glaube nicht, dass das bei einem Ausführungs- und Finanzierungsbeschluss, wo ich nachher an den Markt gehe, zu diesem Zeitpunkt Sinn macht. Aber ich versuche, es im Nachhinein schriftlich zu beantworten.

(Ratsherr Fix [Die Partei-Klima-Fraktion]: Okay, danke!)

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen zu dieser Vorlage SCHUA/037/2024 sehe ich nicht. Deshalb stelle ich sie zur Abstimmung. Wer ist gegen diese Vorlage? – Wer enthält sich? – Dann ist sie einstimmig so beschlossen.

### **Beschluss**

*Der Rat der Landeshauptstadt beschließt*

- 1. die Ausführung und Finanzierung der Maßnahme „Erweiterungsbau Geschwister-Scholl-Gymnasium zur Beibehaltung der Fünfüzigkeit im Rahmen von G9, Redingovenstraße 41, 40225 Düsseldorf“, mit einer Gesamtsumme von 19.167.000 Euro (brutto) inkl. Ausstattung und Inventar sowie jährlichen Folgekosten in Höhe von 1.141.132 Euro (netto).*
- 2. die Verwaltung zu ermächtigen, das erforderliche Personal zur Verfügung zu stellen und zusätzlich zu finanzieren.*

### **37**

#### **Änderung der Zuständigkeitsordnung der Landeshauptstadt Düsseldorf**

RAT/276/2024

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Ratsherr Schulz.

**Ratsherr Dr. Schulz (Bündnis 90/Die Grünen):** Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Meine Damen und Herren! An sich sind wir mit der Vorlage d'accord. Es geht um einen Baustein, das ist die Verschiebung der Volkshochschule vom Schulausschuss in den Kulturausschuss. Das haben wir intern noch nicht komplett zu Ende diskutiert. Deshalb wäre unsere Bitte, es entweder noch zu schieben oder getrennt abzustimmen. – Vielen Dank.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Wir haben uns gerade darüber ausgetauscht, ob wir den einen Punkt aus der Zuständigkeitsordnung schieben können. Das heißt, wir würden die Zuständigkeitsordnung verabschieden, auch mit der Konsequenz insbesondere der Verlagerung der Zuständigkeit für das Personal. Formal können wir das so machen. Ist das für den Rest des Hauses

in Ordnung, dass wir diesen Punkt in einer nächsten Sitzung gegebenenfalls noch einmal gesondert aufrufen?

(Zurufe: Ja! – Ratsherr Tups [CDU]: Wenn es nicht zu teuer wird!)

Dann würde ich jetzt die Verwaltungsvorlage ohne den Punkt der Verlagerung der Ausschusszuständigkeit für die VHS zur Abstimmung stellen. Gibt es denn Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist die Zuständigkeitsordnung entsprechend so geändert.

### **Beschluss**

*Der Rat der Stadt beschließt die Zuständigkeitsordnung der Landeshauptstadt Düsseldorf (ZO), wie aus der beiliegenden Anlage 1 –Synopsis Spalte Neue Fassung– ersichtlich, zu ändern.*

*Hinweis: Die Verlagerung der Zuständigkeiten für Angelegenheiten der Volkshochschule (VHS) vom Schulausschuss in den Kulturausschuss wurde **nicht** mitbeschlossen. Stattdessen wird diese Änderung in einer der nächsten Ratssitzungen erneut zur Abstimmung gestellt.*

### **38**

#### **Verteilung der Ausschussvorsitze und stellvertretenden Ausschussvorsitze sowie Bestimmung der Ausschussvorsitzenden und stellvertretenden Ausschussvorsitzenden RAT/297/2024**

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Wir hatten das im Ältestenrat vorbesprochen. Da der ADIG wieder die Zuständigkeit für das Personal bekommt, müssen wir das Tableau der Ausschussvorsitzenden neu bestellen. Es waren aber alle Fraktionen der Meinung, dass alles so bleiben soll, wie es ist. Deshalb haben wir Ihnen den entsprechenden Beschluss auch so vorgelegt. Diesen müssten wir dann hier gemeinsam verabschieden. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

### **Beschluss**

*Der Rat der Stadt beschließt die Verteilung und Besetzung der Ausschussvorsitze/stellvertretenden Vorsitze wie folgt:*

<b>Ausschussbezeichnung</b>	<b>Vorsitz</b>	
Rechnungsprüfungsausschuss	Uwe Warnecke (R)	Bündnis 90/Die Grünen
Kulturausschuss	Manfred Neuenhaus (R)	FDP
Ausschuss für Gleichstellung	Angela Hebler (R)	Bündnis 90/Die Grünen
Ausschuss für Wohnungswesen und Modernisierung	Antonia Frey (R)	Bündnis 90/Die Grünen
Ausschuss für Wirtschaftsförderung, internationale und regionale Zusammenarbeit	Jörk Cardeneo (R)	Bündnis 90/Die Grünen
Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung	Dr. Alexander Fils (R)	CDU
Ausschuss für Gesundheit und Soziales	Andreas-Paul Stieber (R)	CDU
Bauausschuss	Andreas Hartnigk (R)	CDU
Ausschuss für öffentliche Einrichtungen, Stadtökologie,	Christian Rütz (R)	CDU

<b>Ausschussbezeichnung</b>	<b>Vorsitz</b>	
<i>Abfallmanagement und Bevölkerungsschutz</i>		
<i>Ordnungs- und Verkehrsausschuss</i>	<i>Norbert Czerwinski (R)</i>	<i>Bündnis 90/Die Grünen</i>
<i>Ausschuss für Umwelt-, Klima- und Verbraucherschutz</i>	<i>Philipp Thämer (R)</i>	<i>CDU</i>
<i>Anregungs- und Beschwerdeausschuss</i>	<i>Udo Figge (R)</i>	<i>SPD</i>
<i>Ausschuss für Digitalisierung, Personal und Organisation</i>	<i>Peter Rasp (R)</i>	<i>SPD</i>
<i>Sportausschuss</i>	<i>Burkhard Albes (R)</i>	<i>SPD</i>
<i>Schulausschuss</i>	<i>Stefan Wiedon (R)</i>	<i>CDU</i>
<i>Jugendhilfeausschuss</i>	<i>Ursula Holtmann-Schnieder (R)</i>	<i>SPD</i>

<b>Ausschussbezeichnung</b>	<b>Stellvertretender Vorsitz</b>	
<i>Rechnungsprüfungsausschuss</i>	<i>Dr. Gottfried Panhaus (R)</i>	<i>SPD</i>
<i>Kulturausschuss</i>	<i>Marcus Münter (R)</i>	<i>CDU</i>
<i>Ausschuss für Gleichstellung</i>	<i>Constanze Mucha (R)</i>	<i>CDU</i>
<i>Ausschuss für Wohnungswesen und Modernisierung</i>	<i>Dr. Sabrina Proschmann (R)</i>	<i>SPD</i>
<i>Ausschuss für Wirtschaftsförderung, internationale und regionale Zusammenarbeit</i>	<i>Giuseppe Saitta (R)</i>	<i>CDU</i>
<i>Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung</i>	<i>Markus Raub (R)</i>	<i>SPD</i>
<i>Ausschuss für Gesundheit und Soziales</i>	<i>Angela Hebler (R)</i>	<i>Bündnis 90/Die Grünen</i>
<i>Bauausschuss</i>	<i>Elke Fobbe (R)</i>	<i>SPD</i>
<i>Ausschuss für öffentliche Einrichtungen, Stadtökologie, Abfallmanagement und Bevölkerungsschutz</i>	<i>Katja Goldberg-Hammon (R)</i>	<i>SPD</i>
<i>Ordnungs- und Verkehrsausschuss</i>	<i>Andreas Hartnigk (R)</i>	<i>CDU</i>
<i>Ausschuss für Umwelt-, Klima- und Verbraucherschutz</i>	<i>Lukas Mielczarek (R)</i>	<i>Bündnis 90/Die Grünen</i>
<i>Anregungs- und Beschwerdeausschuss</i>	<i>Monika Lehmhaus (R)</i>	<i>FDP</i>
<i>Ausschuss für Digitalisierung, Personal und Organisation</i>	<i>Stephan Speit (R)</i>	<i>CDU</i>
<i>Sportausschuss</i>	<i>Dirk Peter Sültenfuß (R)</i>	<i>CDU</i>
<i>Schulausschuss</i>	<i>Dr. Thorsten Graeßner (R)</i>	<i>Bündnis 90/Die Grünen</i>
<i>Jugendhilfeausschuss</i>	<i>Paula Elsholz (R)</i>	<i>Bündnis 90/Die Grünen</i>

## 41

### Anträge

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Ich darf den Ersten Bürgermeister bitten, noch einmal die Sitzungsleitung zu übernehmen.

(Bürgermeister Hinkel [CDU] übernimmt um 17.50 Uhr den Vorsitz.)

#### 41.1

**Antrag der SPD-Ratsfraktion: Istanbul-Konvention in Städtepartnerschaften stärken**  
RAT/212/2024 (Restant)

**Bürgermeister Hinkel (CDU):** Herzlichen Dank. – Wer möchte gern den Antrag einbringen? Ich bitte um das Handzeichen. – Ratsfrau Bednarski, ich bitte Sie, nach vorn zu kommen. Ratsherr Cardeneo folgt als Nächster. – Ratsfrau Bednarski, Sie haben das Wort.

**Ratsfrau Bednarski (SPD):** Vielen Dank, Herr Bürgermeister. – Bevor der Herr Oberbürgermeister den Saal verlässt, möchte ich ihm noch einmal dafür danken, dass er in seiner Haushaltseinbringung diesen Antrag nicht als einen entbehrlichen bezeichnet hat. Dieser wurde nicht aufgeführt, also scheint er die Wichtigkeit dieses Antrags erkannt zu haben. Dafür einmal vielen Dank.

Um auch die Aufmerksamkeit des restlichen Saals herzustellen, beginne ich mit einigen Zahlen. Aktuelle Kriminalitätsstatistik: 16,3 Prozent aller Opfer von Gewalttaten waren Opfer von Partnerschaftsgewalt. 155 Femizide gab es 2023 in Deutschland. Die Zahlen zu Partnerschaftsgewalt und häuslicher Gewalt sind von 2022 auf 2023 jeweils um mehr als 6 Prozent gestiegen. Stetig stieg in den letzten zehn Jahren die Zahl der weiblichen Opfer von Partnerschaftsgewalt.

Deshalb haben wir gesagt: Wir müssen mehr tun im Rahmen der Istanbul-Konvention. Diese ist schon lange ratifiziert. Wir haben das Thema häusliche Gewalt bisher leider nur in einem Partnerschaftsvertrag mit einer Partnerstadt, und zwar mit Palermo. Wir finden es wichtig, dass sich auch andere Partnerstädte zu diesem Thema austauschen; denn die Zahlen, die ich eben für Deutschland genannt habe, sind auch in anderen europäischen Ländern – oder überhaupt in der ganzen Welt – nicht anders. Alle Länder haben das gleiche Problem, dass Frauen immer wieder Opfer von Gewalt werden.

Wir haben die Partnerschaft mit Palermo bisher positiv umgesetzt, allerdings ist dies schon lange her. 2016 wurde der Partnerschaftsvertrag geschlossen. 2018 gab es eine Delegationsreise nach Palermo, woraufhin dann 2019 eine Fachtagung zum Thema häusliche Gewalt stattgefunden hat. Aber auch seitdem hat sich zu diesem Thema leider nichts mehr getan. Wir finden es wichtig, weiter länderübergreifend zusammenzuarbeiten, um voneinander zu lernen und sich miteinander zu entwickeln.

Wir wollen mehr Verhütung von Gewalt, wir wollen Schutz der Opfer und, was ganz wichtig ist, natürlich auch Verfolgung der Täter. Deshalb bitten wir heute, unserem Antrag zur Intensivierung der Partnerschaftsaktivitäten in Bezug auf Gewalt gegen Frauen und Schutz von Frauen vor Gewalt zuzustimmen, damit wir das in Zukunft besser machen und auch die Partnerschaften intensiver leben. Ich will das jetzt nicht despektierlich sagen, aber: Ein überwiegend kultureller Austausch ist zwar schön, aber Austausch in anderen Bereichen ist nicht nur wichtig, sondern auch richtig. Deshalb noch einmal die Bitte um Zustimmung aller Fraktionen. – Danke.

(Beifall von der SPD)

**Bürgermeister Hinkel (CDU):** Herzlichen Dank, Ratsfrau Bednarski. – Die nächste Wortmeldung kommt von Ratsherrn Cardeneo. Trauen Sie sich ruhig nach vorne. – Ratsherr Cardeneo, Sie haben das Wort.

**Ratsherr Cardeneo (Bündnis 90/Die Grünen):** Vielen Dank, Herr Bürgermeister. – Meine Damen und Herren! Ich glaube, über die Istanbul-Konvention selbst brauchen wir überhaupt nicht zu sprechen. Das ist vollkommen unstrittig und auch Konsens hier bei uns. Es geht ja eigentlich nur noch um die Frage: Mit wem sprechen wir darüber, wenn wir diskutieren wollen? Wann sprechen wir, und bei welcher Gelegenheit sprechen wir? Der Wunsch der SPD – wir haben es eben gehört – ist es, mit den Partnerstädten darüber zu sprechen. Wie ich dem Antrag entnommen habe, soll die Verwaltung prüfen, ob man irgendeine Plattform einrichten kann. Was diese Plattform sein soll, geht aus der Sachbegründung nicht hervor; darüber kann ich nur spekulieren.

Aber ich glaube, wir haben doch einige Schwierigkeiten mit diesem Antrag. Vor allem erst einmal: Nicht alle Länder, mit denen wir Partnerschaften pflegen, haben überhaupt diese Konvention unterschrieben und ratifiziert; und wenn sie sie ratifiziert haben, ist der Umsetzungsstand sehr, sehr unterschiedlich. Deutschland hat ja erst 2023 richtig damit angefangen. Daher wird die Grundlage der Diskussion schon sehr schwierig sein.

Wie, wo und bei welcher Gelegenheit spricht man darüber? Das sehe ich auch als sehr schwierig an. Was bestimmt nicht gemeint ist – ich glaube auch nicht, dass es funktioniert –: Wenn man es am Rande eines Jugendturniers, beim Tennis oder so, mal eben anspricht, so quasi: Apropos, wir sollten mal über dies und jenes sprechen. – Das ist nicht gemeint, und es kann auch gar nicht funktionieren. Es kann auch nicht funktionieren, wenn es zum Beispiel eine Delegationsreise der Wirtschaftsförderung in eine Partnerstadt gibt. Denn das finde ich dann auch ein wenig unwürdig, wenn man sagt: Der Rat hat uns jetzt gesagt, wir sollen das mal ansprechen, und damit wir das irgendwie abhaken, wird es dann am Rande irgendwie erledigt. – Das ist sicherlich auch nicht gemeint, und das wollen wir auch gar nicht.

Das Einzige, das mir einfallen würde, wäre, dass wir eine digitale Plattform einrichten. Aber – ich meine, das weiß jeder – das ist vollkommen utopisch. Dass die Partnerstädte permanent Beiträge liefern, dass es irgendwie moderiert wird und ein lebendiges Gebilde wird, kann sich doch kein Mensch vorstellen. Wir haben es eben auch gehört: Auch zwischen Palermo und Düsseldorf scheint es nicht so einfach zu sein, dieses Thema überhaupt am Leben zu halten; und es mit den anderen Partnerstädten zusammen zu gestalten, wird auch nicht funktionieren.

Ich glaube, es ist wirklich ein Thema für eine internationale Konferenz. Dort kann es gut abgehandelt werden. Da gibt es Workshops und auch den Austausch mit allen Ländern. Er muss nicht unbedingt immer mit den Partnerstädten sein, aber diese kann man vielleicht auch gezielt dazu einladen. Aber das, was sich die SPD vorstellt, wird nicht funktionieren. Ich denke auch, dass die Verwaltung gar nicht prüfen sollte, wie es gemacht werden sollte. Das können wir uns heute sparen. Deshalb lehnen wir diesen Antrag ab. – Vielen Dank.

**Bürgermeister Hinkel (CDU):** Herzlichen Dank, Ratsherr Cardeneo. – Die nächste Wortmeldung kommt von Ratsfrau Dr. Rachner. Ich bitte Sie zu uns nach vorn. – Ratsfrau Dr. Rachner, Sie haben das Wort.

**Ratsfrau Dr. Rachner (FDP):** Herr Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Vielen Dank an die Kollegen der SPD für den Antrag und Ihr Engagement zur Förderung der Istanbul-Konvention in Zusammenarbeit von Düsseldorf mit den Partnerstädten. Wir als Freie Demokraten befürworten diesen Antrag, denn die Istanbul-Konvention ist ein wichtiges Instrument zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, und wir sehen es als unsere Pflicht an, jede Möglichkeit zu nutzen, um unseren Einfluss geltend zu machen. Die Förderung des Austauschs mit unseren Partnerstädten ist ein wertvoller Schritt, um das Bewusstsein dafür weiter zu schärfen. Ratsherr Cardeneo, wenn auch einige Länder die Konvention noch nicht ratifiziert haben, sollten wir

doch gerade den Einfluss, den wir haben, mit unseren Partnerstädten nutzen, kontinuierlich darauf hinzuweisen. Wir sind überzeugt, dass der fortlaufende Dialog und das klare Bekenntnis zur Istanbul-Konvention langfristig auch unseren Partnerstädten die Dringlichkeit dieser Thematik klarmacht und aktive Maßnahmen ergriffen werden sollten. – Danke.

(Beifall von der FDP)

**Bürgermeister Hinkel (CDU):** Herzlichen Dank, liebe Ratsfrau Dr. Rachner. – Die nächste Wortmeldung kommt von Ratsfrau Mansheim. – Bitte, Sie haben das Wort.

**Ratsfrau Mansheim (CDU):** Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Dass die Istanbul-Konvention ein Meilenstein ist, Frauen vor geschlechtsspezifischer Gewalt zu schützen, darin sind wir uns, glaube ich, alle einig. Wir werden auch nicht müde, immer wieder zu betonen, dass wir noch einen weiten Weg vor uns haben und wirklich noch Handlungsbedarf besteht, auch wenn Düsseldorf sicherlich schon gute und wichtige Sachen etabliert hat, wie Frauenhäuser, Hilfsprogramme oder Aufnahmestellen. Doch die Idee, eine Plattform aufzubauen, ist weder neu noch bringt sie den gewünschten Effekt.

Lustigerweise hat Ratsherr Cardeneo gerade gesagt, eine internationale Plattform oder ein internationales Come-Together wäre das Richtige. Das gibt es schon. Es gibt die sogenannte EUROCITIES-Plattform, dort sind wir alle organisiert. Die europäischen Partnerstädte und wir sind bereits Teilhaber. Es sind 200 europäische Städte, die sich dort zusammengefunden haben, mit über 150 Millionen Einwohnern in 36 Ländern, also deutlich mehr als nur unsere europäischen Städte und wir allein.

Um einmal einige Beispiele zu nennen, was diese Plattform alles schon macht: Jüngst, im November vergangenen Jahres, hat EUROCITIES eine Erklärung zur dringenden Notwendigkeit eines umfassenden Ansatzes zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen abgegeben. Diese Erklärung umfasste mögliche Maßnahmen, aber auch praktische Beispiele und Best-Practice-Beispiele, denen wir uns einfach anschließen können. Was ich persönlich superwichtig finde: Diese EUROCITIES-Plattform fordert die Mitgliedsstaaten auf, die letzten Ratifizierungen vorzunehmen und sich der Istanbul-Konvention noch anzuschließen, damit gleiche Standards in ganz Europa gelten.

Ein letztes schönes Beispiel, das ein wenig die Verbindung zur Örtlichkeit Düsseldorf herstellt: Im April dieses Jahres war EUROCITIES bei uns in Düsseldorf und hat ein Forum, ein Arbeitstreffen durchgeführt. Dabei ging es um die Wohnungslosigkeit von Frauen und schützenswerten Gruppen. Das war ein Riesenerfolg, es wurde supergut besucht. Wir sehen also, dass die EUROCITIES-Plattform schon alles bietet, was im Endeffekt die SPD gerne hätte. Deshalb sehen wir den Antrag schlicht und ergreifend als viel zu kleinteilig an und werden ihn daher ablehnen, weil wir ihn für überflüssig halten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

**Bürgermeister Hinkel (CDU):** Herzlichen Dank, Ratsfrau Mansheim. – Die nächste Wortmeldung kommt von Ratsfrau Vorspel. – Bitte, Sie haben das Wort.

**Ratsfrau Vorspel (Die Linke):** Vielen Dank. – Sehr geehrter Herr Bürgermeister Hinkel! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Fraktion Die Linke begrüßt den Antrag der SPD-Fraktion außerordentlich und wird ihm auch zustimmen. Die Finanzierung der Istanbul-Konvention ist ja bei uns Bundes- und Ländersache, und da kommt leider noch viel zu wenig. Daher hier auch einmal ein Lob an die Stadt Düsseldorf, die das dritte Frauenhaus in Angriff nimmt, auch wenn die von der Istanbul-Konvention geforderte Quote von 43 Plätzen noch nicht erreicht ist. Aber vielleicht können die hier anwesenden Kolleginnen und Kollegen in der Ampel einmal Bescheid sagen, dass da etwas mehr passieren soll.

Dann gibt es noch einen Satz, den wir gern in dem Antrag ergänzen möchten, wenn das möglich ist: „Die Verwaltung wird beauftragt, den Ausschuss für Gleichstellung, den Ausschuss für Gesundheit und Soziales und den Ausschuss für Wirtschaftsförderung über das Ergebnis der Bemühungen zu informieren.“ Wir fänden es gut – als Anregung –, wenn auch die vier Räte – Jugendrat, Integrationsrat, Behinderten- und Seniorenrat – einbezogen werden könnten. Der Vorteil dabei ist, dass dadurch die Peer-Gruppe einbezogen wäre und man direkt die Expertise und Erfahrungen der Betroffenen nutzen könnte. Das wäre sehr schön. – Vielen Dank.

(Beifall von der Linken)

**Bürgermeister Hinkel (CDU):** Herzlichen Dank, Ratsfrau Vorspel. – Für die nächste Wortmeldung bitte ich Ratsfrau Holtmann-Schnieder nach vorn. – Bitte, Sie haben das Wort.

**Ratsfrau Holtmann-Schnieder (SPD):** Vielen Dank, Herr Bürgermeister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Also, ich bin ziemlich erschüttert über die Beiträge, die hier gerade gekommen sind.

(Beifall von der SPD und Ratsfrau Lehmann [Die Linke])

Denn das Thema Istanbul-Konvention ist so wichtig. Es geht, um es noch einmal deutlich zu sagen und daran zu erinnern, wenn wir darüber sprechen, dass die Istanbul-Konvention umgesetzt werden soll, um das Leben und die Gesundheit von Frauen, und zwar von vielen Frauen. Das so abzutun mit Formalkram – „Wir treffen uns doch schon hier und da!“ –, finde ich wirklich unglaublich.

(Beifall von SPD, FDP und Ratsfrau Marmulla [Die Linke])

Das geht überhaupt nicht.

Ich hätte jetzt verstanden, lieber Jörg Cardeneo, das muss ich jetzt auch in deine Richtung sagen, wenn hier gekommen wäre: Ach, warum denn nur mit den Partnerstädten? Das ist ja zu wenig, wir müssen ja auf ganz vielen Ebenen argumentieren. Wir müssen mit ganz vielen reden. Wir müssen mit den Partnerstädten reden, die in Ländern sind, die die Konvention noch nicht unterzeichnet haben. Wir müssen dort diejenigen stützen, die sich dafür einsetzen, dass diese Konvention überall umgesetzt wird, und dürfen nicht sagen: Das lohnt sich für uns nicht, denn die machen das ja noch nicht. – Das ist eine unglaubliche Argumentation. Also, es ist meiner Ansicht nach keine Argumentation.

Wir müssen jede Gelegenheit nutzen, über dieses Thema zu sprechen. Wir müssen Sportveranstaltungen nutzen, denn auch die jungen Männer, die daran teilnehmen, sind möglicherweise Täter oder potenzielle Täter. Das muss thematisiert werden. Es muss zwischen den Wirtschaftsunternehmen thematisiert werden. Diese haben hohe Ausfälle, weil sich Frauen krank melden, die verprügelt worden und in ihrer Gesundheit geschädigt sind. Es geht doch alle in dieser Gesellschaft an. Dies dann mit Formalkram abzutun – „Wir treffen uns doch hier oder da!“ –, finde ich unglaublich. Ich appelliere noch einmal an alle, es sich schnell zu überlegen und diesem Antrag zuzustimmen.

(Beifall von SPD, FDP und der Linken)

**Bürgermeister Hinkel (CDU):** Herzlichen Dank, Ratsfrau Holtmann-Schnieder. Der Applaus gehört Ihnen. – Zunächst einmal bitte ich Ratsfrau Bednarski für die nächste Wortmeldung nach vorn. Ratsherr Cardeneo, ich habe auch Sie gesehen, vorher Ratsfrau Hebeler. – Ratsfrau Bednarski, Sie haben das Wort.

**Ratsfrau Bednarski (SPD):** Ratsfrau Holtmann-Schnieder hat ja schon einiges gesagt, das mir auch auf der Seele lag. Allerdings möchte ich noch einmal auf die Plattform, die Ratsherr Cardeneo so schön kritisiert hat, zurückkommen. Nein, es muss kein digitales Monstrum sein, wo sich alle

irgendwie jederzeit treffen. Eine Plattform kann auch ein Netzwerk sein, das man ins Leben ruft und befördert. Den Austausch kann man dann – das haben wir alle in der Pandemie gelernt – auch sehr wohl digital leisten über ganz einfache Medien, die überall zugänglich sind. Es geht einfach darum, überhaupt etwas zu tun. Und ja, auch der Hinweis auf Palermo stockt. Das ist ein Hinweis, den ich auch mit Kritik verbunden habe. Wir haben es dort im Partnerschaftsvertrag stehen, und es passiert nicht. Ich denke, wenn man als Kommune so einen Vertrag unterschreibt, ist man auch verdammt in der Pflicht, aktiv zu werden, und das nicht nur einmal in zehn Jahren. Also, es geht in diese Richtung, und es geht auch in die andere Richtung.

Deshalb auch noch einmal mein Appell: Nein, wir wollen kein Monstrum, und wir wollen kein neues Softwareprogramm für irgendeine Plattform mit Austausch, sondern es kann auch erst einmal die Initiierung eines Netzwerks sein. Der Hinweis von Ratsfrau Mansheim auf EUROCITIES ist schön. Ich finde es auch gut, dass es dieses Netzwerk gibt. Aber das ist eine sehr große Nummer. Wir wollen mit unseren Partnerstädten oder vielleicht auch unseren Partnerfreundschaften aktiver zusammenarbeiten. Denn wofür haben wir sonst Partnerstädte? Dann können wir es auch gleich sein lassen.

(Beifall von SPD und der Linken)

**Bürgermeister Hinkel (CDU):** Herzlichen Dank, Ratsfrau Bednarski. – Die nächste Wortmeldung kommt von Ratsfrau Hebler. – Bitte, Sie haben das Wort.

**Ratsfrau Hebler (Bündnis 90/Die Grünen):** Vielen Dank, Herr Bürgermeister. – Wir haben als Stadtrat einen Aktionsplan zum Thema sexualisierte Gewalt unter Erwachsenen in Auftrag gegeben. Ich bin zuversichtlich – das sind die Signale aus der Verwaltung –, dass uns der Entwurf dieses Aktionsplanes noch in diesem Jahr in den zuständigen Gremien erreichen wird. Das ist unsere Baustelle. Darin werden Maßnahmen stehen, die wir ergreifen können, um sexualisierte Gewalt, häusliche Gewalt hier in Düsseldorf wirksam zu bekämpfen und damit einen Beitrag zur Umsetzung der Istanbul-Konvention zu leisten. Ich freue mich jetzt schon, wenn wir mit allen in diesem Hause vertretenen Fraktionen die Maßnahmen des Aktionsplanes gemeinsam umsetzen. Die Städtepartnerschaften sind ein Zusammenhang, der aus meiner Sicht wirklich hintenansteht. – Danke schön.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

**Bürgermeister Hinkel (CDU):** Herzlichen Dank, Ratsfrau Hebler. – Die bisher letzte Wortmeldung kommt von Ratsherrn Cardeneo. Bitte kommen Sie zu uns nach vorn. – Ratsherr Cardeneo, ich gebe Ihnen mit Freuden das Wort.

**Ratsherr Cardeneo (Bündnis 90/Die Grünen):** Vielen Dank, Herr Bürgermeister. – Damit nichts irgendwie Komisches zurückbleibt, muss ich trotzdem noch einmal auf die SPD antworten. Erstens – ich habe es ja eben schon gesagt –: Die Inhalte der Istanbul-Konvention sind unstrittig. Darüber braucht man gar nicht zu reden. Es ist auch richtig und wichtig, dass wir mit anderen darüber reden und immer darauf aufmerksam machen; das ist doch sowieso klar.

Das andere ist aber: Nur weil man irgendetwas will, heißt das nicht, dass es Wirklichkeit wird. Wir wissen doch alle – wir sind doch alle schon lange in der Politik, jedenfalls die meisten –: Es reicht nicht, einfach irgendwo etwas aufzuschreiben und dann zu hoffen, dass dann alle das machen, was man sich vorgestellt hat. So funktioniert das einfach nicht. Ich kann Ihnen unzählige Beispiele nennen, wo wir Verträge mit Partnerstädten unterschrieben haben und hinterher überhaupt nichts passiert ist. Deshalb war mein Einwand, dass wir nach Möglichkeiten suchen, wo es wirklich funktioniert.

Die SPD selbst hat ja nicht gesagt, was diese Plattform sein soll. Im Nachhinein: Es könnte ja auch ein Netzwerk sein. Aber was soll denn dieses Netzwerk sein? Wie soll das entstehen? Wer sind die

Akteure? Ist das nur die Verwaltung oder auch die Zivilgesellschaft? Das muss man doch schon etwas näher definieren, damit man überhaupt einen Ansatzpunkt hat. Wenn es nur die Verwaltung ist – so habe ich diesen Antrag gelesen –, die aktiv werden soll, dann muss man das anders machen als über den Dialog mit Partnerstädten.

Außerdem der Hinweis, jeder Mann sei ein potenzieller Täter, man könne ja bei jeder Gelegenheit, bei der Menschen aus den Partnerstädten hier sind – zum Beispiel das Tennisspiel der Jugend –, mit den Jugendlichen sprechen und auf die Istanbul-Konvention hinweisen – das ist doch vollkommen absurd und aufgezwungen, so kommt man doch keinen Schritt weiter. Ich glaube, dass wirklich der einzige Weg ist, dass man auf internationale Konferenzen und Kongresse geht. Dort gibt es jede Menge Gelegenheiten, dies zu tun. Man kann mit den Partnerstädten sprechen und sie zusätzlich einladen. Aber den Weg, jetzt einfach irgendein Netzwerk zu gründen, halte ich nicht für zielführend. – Danke.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

**Bürgermeister Hinkel (CDU):** Herzlichen Dank, Ratsherr Cardeneo. – Die nächste Wortmeldung kommt von Ratsherrn Droste. Ich bitte darum, sich derweil schon Gedanken zu machen, ob es noch weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt gibt. – Ratsherr Droste, Sie haben das Wort.

**Ratsherr Droste (FDP):** Vielen Dank, Herr Bürgermeister. – Ratsherr Cardeneo, Sie haben recht. Oft kann man nicht viel tun. Aber umso wichtiger ist es doch, ein Zeichen zu setzen. Genau das tun wir doch mit diesem Antrag. Wir müssen ein Zeichen gegen häusliche Gewalt setzen, und ich bitte Sie herzlich, diesem Antrag zuzustimmen. Denn auch wenn man wenig tun kann, sollte man aber das, was man tun kann, gegen häusliche Gewalt tun. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP)

**Bürgermeister Hinkel (CDU):** Herzlichen Dank, Ratsherr Droste. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann schreiten wir bitte gemeinsam zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 41.1, ein Antrag der SPD-Ratsfraktion mit der Vorlagennummer RAT/212/2024, „Istanbul-Konvention in Städtepartnerschaft stärken“. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Partei-Klima-Fraktion, Die Linke, SPD, FDP und Ratsfrau Krüger. Wer stimmt dagegen? – Das sind Bündnis 90/Die Grünen, CDU und AfD. Wer enthält sich der Stimme? – Eine Stimme von Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Fischer. Dann ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

## 41.2

### **Antrag der SPD-Ratsfraktion: Schul-Radeln**

RAT/213/2024 (Restant)

**Bürgermeister Hinkel (CDU):** Ich bitte um das Einbringen des Antrages. Ratsfrau Spillner, bitte kommen Sie zu uns nach vorn. – Ratsfrau Spillner, Sie haben das Wort.

**Ratsfrau Spillner (SPD):** Danke, Herr Bürgermeister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf dem letzten Städtetag wurde den Mitgliedern in der dortigen Mitgliederversammlung angeraten, doch einmal über den Tellerrand der eigenen Kommune zu blicken und zu schauen, was in anderen Kommunen Tolles und Innovatives passiert. Ich habe mir das für den Bereich Schule, Schulweg und Radfahren in Kombination angeschaut und habe gesehen, dass es in Dortmund die Initiative „Bike to School“ für die weiterführenden Schulen gibt. Das ist ein Wettbewerb – ähnlich wie das Stadtradeln, wo hier auch immer sehr viele gern mitmachen –, bei dem sich die Schulen in einem Live-Ranking messen können, genau sehen können, wer die Nase vorn hat, und natürlich auch – wie es bei einem Wettbewerb üblich ist – eine Belohnung erfahren.

Wir hatten den Antrag schon letztes Mal, und daraufhin kam aus diesem Haus von CDU und Bündnis 90/Die Grünen die Anregung, dass man bitte nicht noch eine Extra-App initiiert, sondern dass man alles unter den Bereich „Stadtradeln“ fasst und dort integriert. Das haben wir jetzt auch in unseren Antrag umgeschrieben. Wir würden gern als zweiten Satz einfügen:

„Dieser soll in das bereits etablierte Stadtradeln integriert werden. Mithilfe der App sollen die Schüler\*innen der weiterführenden Schulen in einem bestimmten Zeitraum für ihre gefahrenen Kilometer Punkte sammeln [...].“

Damit soll deutlich werden, dass wir in unserer Stadt nur ein System haben, aber dass wir dieses System nutzen, damit die Schülerinnen und Schüler der weiterführenden Schulen in Wettstreit geraten können.

Ich denke, die Vorteile liegen auf der Hand. Dennoch will ich sie noch einmal kurz nennen: Es ist sowohl ein Beitrag der Umwelterziehung als auch ein Beitrag dafür, deutlich zu machen, dass in einer Stadt, in der es in der Regel Entfernungen von 5 Kilometer gibt, das Rad das beste Verkehrsmittel ist. Es ist vielleicht auch eine Möglichkeit, dass sich Schülerinnen und Schüler entscheiden, nicht das Elterntaxi zu nehmen; das wäre uns auch sehr recht. Es fördert die Gesundheit und die Konzentration. Nicht zuletzt ist auch ein sehr wichtiger Punkt: Wenn Schulen in kleinen Teams antreten, wird das Gemeinschaftsgefühl in den Schulen gestärkt. Das ist gerade jetzt nach der Frage des Homeschoolings während der Pandemie wichtig für die Schulen. Insofern wäre es, denke ich, eine gute Sache. Ich freue mich, wenn viele zustimmen. Den geänderten Text gebe ich zu Protokoll, damit Sie ihn auch haben. – Danke schön.

(Beifall von der SPD)

**Bürgermeister Hinkel (CDU):** Herzlichen Dank, Ratsfrau Spillner. Wunderbar, vielen Dank; denn den haben wir gebraucht. – Für die nächste Wortmeldung bitte ich Ratsherrn Dr. Graebner zu uns nach vorn. – Ratsherr Dr. Graebner, Sie haben das Wort.

**Ratsherr Dr. Graebner (Bündnis 90/Die Grünen):** Ich danke Ihnen, Herr Bürgermeister. – Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Nach außen zu schauen und auf andere Städte zu blicken sowie Innovationen nach Düsseldorf zu holen – das ist natürlich immer gut, obwohl wir selbst hier in Düsseldorf sehr innovativ sind. Bei den temporären Schulstraßen haben wir das schon gemacht. Schauen wir mal, wann wir dort weiterkommen.

Ratsfrau Spillner und ich haben uns gerade noch einmal ausgetauscht, wie wir bei diesem Antrag zustimmungsfähig sein können. Wir wollen auf jeden Fall die Selbstständigkeit der Schülerinnen und Schüler fördern; das ist uns ein wichtiger Punkt. Ob das gegen Eltern-Taxis hilft, wissen wir nicht. Jedenfalls wollen wir die Selbstständigkeit der Schülerinnen und Schüler fördern, mit dem Rad zur Schule zu kommen.

Wir haben bereits das Stadtradeln hier in Düsseldorf. Das Stadtradeln ist extrem erfolgreich. Wenn man in diesem Jahr darauf schaut, wie viele Schulen daran teilgenommen haben, waren das tatsächlich 51 Schulen. Das ist ungefähr ein Drittel von insgesamt mehr als 150 Schulen, die wir in Düsseldorf haben. Daran haben sehr viele Gymnasien und sehr viele Grundschulen teilgenommen.

Ratsfrau Spillner, Sie sprachen gerade davon, dass Sie mit dem Antrag hauptsächlich die weiterführenden Schulen ansprechen möchten. Ich würde jedoch sagen, wir sollten das auch auf die Grundschulen ausdehnen. Schließlich nehmen 16 Grundschulen und auch 14 Gymnasien daran teil. Wir sollten das auf die Grundschulen ausweiten.

Ich finde schon, dass wir die Verwaltung auffordern sollten, ein Konzept zu erarbeiten, wie wir es schaffen können, dass mehr Schülerinnen und Schüler mit dem Fahrrad zur Schule kommen. Das

sollte beim Stadtradeln aufgehängt werden. Das wäre die Idee, die dahintersteckt. Wenn Sie das so meinen, Ratsfrau Spillner, können wir dem auch zustimmen.

(Ratsfrau Spillner [SPD] nickt.)

Wir wollen keine weitere App aus Österreich, die in Deutschland nur von einer einzigen Stadt verwendet wird, nämlich von Dortmund. Wir würden das gern in diesem Stadtradeln aufnehmen. Das Schuljahr ist jetzt etwa einen Monat alt, und wenn wir in die örtliche Presse hineinschauen, sehen wir, dass es fast jeden Tag einen Bericht über Eltern-Taxis und Verkehrskontrollen vor den Schulen gibt. Das ist wirklich ein dringendes Thema. So wäre der Antrag, denke ich, zustimmungsfähig. – Danke schön.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

**Bürgermeister Hinkel (CDU):** Herzlichen Dank, Ratsherr Dr. Graebner. – Die nächste Wortmeldung kommt von Ratsherrn Rütz. – Bitte, Ratsherr Rütz, Sie haben das Wort.

**Ratsherr Rütz (CDU):** Herr Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Ratsfrau Spillner, Ratsfrau Dr. Proschmann, ich kann es viel kürzer machen: Wir halten das für eine charmante Idee und schließen uns in dieser geänderten Fassung dem Antrag an. Ich habe gerade auch schon mit Giuseppe Saitta gesprochen: Beim Eiswagen erkenne ich auch schon eine erste Bereitschaft. In diesem Sinne: Wir sind dabei.

(Beifall von der CDU)

**Bürgermeister Hinkel (CDU):** Herzlichen Dank, Ratsherr Rütz. – Die nächste Wortmeldung kommt von Ratsfrau Vorspel. – Bitte, Ratsfrau Vorspel, Sie haben das Wort.

**Ratsfrau Vorspel (Die Linke):** Sehr geehrte Damen und Herren! Ich muss hier mal eine Phrase bringen, die oft gesagt wird: Man sollte den zweiten Schritt nicht vor dem ersten tun. Aber das ist hier die Gefahr. Wir haben vor einiger Zeit den Antrag gestellt, an der Ulmenstraße und an der Roßstraße eine Tempo-30-Zone einzurichten, um die Schülerinnen und Schüler an den zwei dort existierenden Schulen sicherer zur Schule kommen zu lassen. Dieser wurde leider abgelehnt. Wer die Roßstraße kennt, weiß, dass das Radfahren dort sehr gefährlich ist. Insofern hatten wir wirklich Bedenken, dass man mit solch einem Wettbewerb Kinder, die auf dem Rad noch nicht sicher sind, gefährden könnte.

Wir bleiben weiterhin dabei, erst das sichere Tempo 30 einzuführen. Einige machen beim Eltern-Taxi mit, bei dem Eltern die Kinder mit den Fahrrädern zur Schule begleiten. Das ist in Barcelona entstanden, heißt „Bicibus“ und wird auch hier in Düsseldorf mit Erfolg im Zoo umgesetzt. Ratsherr Hartnigk, Sie können gern mitfahren, um zu sehen, wie begeistert die Kinder fahren.

Wir haben uns jetzt überlegt, dass wir dem Antrag wahrscheinlich doch zustimmen, weil es auch beim Stadtradeln schon diesen Wettbewerbscharakter gibt und viele Schülerinnen und Schüler diesen nutzen. – Danke.

**Bürgermeister Hinkel (CDU):** Herzlichen Dank, Ratsfrau Vorspel. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Ich lese kurz die Ergänzung in Gänze vor, damit wir klar wissen, worüber wir abstimmen. Der Antrag der SPD-Fraktion an der Stelle lautet:

„Die Verwaltung wird gebeten, einen Fahrradwettbewerb am Beispiel des jährlichen Wettbewerbs der Stadt Dortmund mit dem Titel „Bike to School“ zu initiieren.“

Die Ergänzung lautet:

„Dieser soll in das bereits etablierte Stadtradeln integriert werden. Mithilfe der App sollen die Schüler\*innen der weiterführenden Schulen in einem bestimmten Zeitraum für ihre gefahrenen Kilometer Punkte sammeln und dabei in den Wettstreit mit anderen Schulen eintreten. Die erfolgreichsten Schulen sollen an einem Tag bspw. mit einem Eiswagen an der Schule belohnt werden, an dem Eis für die gesamte Schulgemeinschaft ausgeteilt wird.“

(Ratsherr Dr. Graebner [Bündnis 90/Die Grünen] meldet sich.)

Es gibt doch noch eine Wortmeldung.

(Ratsherr Rohloff [FDP]: Wir sind in der Abstimmung! – Ratsherr Raub [SPD]: Wir sind in der Abstimmung!)

Wir sind in der Abstimmung. Es tut mir leid, Ratsherr Dr. Graebner, es ist vorbei. Die Überweisung in den Ausschuss ist nicht mehr möglich.

Dann kommen wir bitte zur Abstimmung. Ich bitte um das Handzeichen, wer für diesen Antrag ist. – Das sind Die Partei-Klima-Fraktion, SPD, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und Ratsfrau Krüger. Wer stimmt gegen den Antrag? – AfD. Gibt es Enthaltungen? – Dann stelle ich fest: Mehrheitlich angenommen.

### **Beschluss**

*Die Verwaltung wird gebeten, einen Fahrradwettbewerb am Beispiel des jährlichen Wettbewerbs der Stadt Dortmund mit dem Titel „Bike to School“ zu initiieren. Dieser soll in das bereits etablierte Stadtradeln integriert werden. Mithilfe der App sollen die Schüler\*innen der weiterführenden Schulen in einem bestimmten Zeitraum für ihre gefahrenen Kilometer Punkte sammeln und dabei in den Wettstreit mit anderen Schulen eintreten. Die erfolgreichsten Schulen sollen an einem Tag beispielsweise mit einem Eiswagen an der Schule belohnt werden, an dem Eis für die gesamte Schulgemeinschaft ausgeteilt wird.*

### **41.3**

**Antrag der Ratsfraktionen FDP, SPD und Bündnis 90/Die Grünen: Installation von Ampelpärchen der Vielfalt und Radschlägern an Fußgängerampelanlagen im Bereich der Heinrich-Heine-Allee und Königsallee**

RAT/214/2024 (Restant)

#### **41.3.1**

**Änderungsantrag der Ratsfraktion Die Linke**

RAT/250/2024/1 (Restant)

**Bürgermeister Hinkel (CDU):** Wer möchte diesen Antrag einbringen? – Ratsfrau Dr. Rachner, ich bitte Sie, zu uns nach vorn zu kommen. Ich erteile Ihnen das Wort.

**Ratsfrau Dr. Rachner (FDP):** Herr Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Düsseldorf ist eine Stadt der Vielfalt, der Toleranz und der Weltoffenheit. Genau das möchten wir im Stadtbild verankern. Mit mehr als 11 Prozent der Bevölkerung, die sich zur LGBTQ-Community zählt, ist es nur folgerichtig, dass wir das auch im Stadtverkehr dokumentieren. Wenn wir an die jüngere Generation denken – ich diskutiere regelmäßig mit ihr –, dann leben und fördern junge Menschen eine ganz positive unaufgeregte Haltung gegenüber LGBTQ. Für sie ist Akzeptanz längst eine Selbstverständlichkeit. Deshalb unterstützen wir Freien Demokraten diesen Wunsch, der uns von unseren Jungen Liberalen angetragen worden ist. Denn wir wollen eine Stadt der Zukunft schaffen, die offen und lebendig ist.

Genau das haben wir während der EURO 2024 erlebt. Wir haben stolz mit Toleranz und Weltoffenheit geworben. Diese Atmosphäre hat uns begeistert und vor allem vereint. Nun ist es auch an der Zeit, diese Werte nicht nur zu feiern, sondern im Alltag zu implementieren. Die Idee, gleichgeschlechtliche Paare an Ampeln darzustellen, steht für genau diese Offenheit und signalisiert, dass Düsseldorf ein Ort ist, an dem alle willkommen sind, und zwar unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung.

Doch das ist nicht alles: Wir haben im Gleichstellungsausschuss den Antrag der CDU-Fraktion stattgegeben und die Idee aufgegriffen, regionale Motive auf Ampeln zu zeigen. Städte wie Mainz, Hameln, München machen es uns bereits vor. Warum dann nicht den Radschläger auch hier in Düsseldorf zeigen? – Umso erstaunlicher ist es, dass sich die CDU-Fraktion nun davon zurückzieht. Um wieder mit den Worten von der EURO zu sprechen: Das ist wie links antäuschen und durch die Mitte abhauen beziehungsweise sich gleich vom Spielfeld verabschieden.

Sowohl die Bedenken des Oberbürgermeisters als auch die Begründung aus der Vorlage aus dem OVA und dem Gleichstellungsausschuss teilen wir nicht, weil wir die vermeintliche Gefährdung der Verkehrssicherheit durch Genderampeln nicht nachvollziehen können. Ich meine, was soll passieren? Dass jemand an einer Fußgängerampel wartet, bis einer kommt, mit dem er Hand in Hand über die Ampel gehen kann?

Wir schließen uns dem Vorschlag der getrennten Abstimmung für den Ergänzungsantrag der Linken an. Wir wollen eine Stadt der Vielfalt und sind stolz darauf, diese Vielfalt zu zeigen.

(Beifall von FDP und der Linken)

**Bürgermeister Hinkel (CDU):** Herzlichen Dank, Ratsfrau Dr. Rachner. – Ich bitte nun um das Einbringen des Änderungsantrages zu diesem Antrag. Dieser wurde von den Linken eingebracht. Insofern bitte ich Ratsfrau Vorspel nach vorn, um den Änderungsantrag angemessen einzubringen. – Ratsfrau Vorspel, Sie haben das Wort.

**Ratsfrau Vorspel (Die Linke):** Vielen Dank, Bürgermeister Hinkel. – Sehr geehrte Damen und Herren! In Wismar, ein schönes Städtchen an der Ostsee, gab es auf dem letzten CSD Gewalt von Nazis gegenüber den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des CSD. So etwas darf nicht passieren. In Bremen gab es beim CSD das Motto: Was wollen wir denn noch? Nach dem Motto: Ihr habt doch schon alles, ihr dürft doch alles und so weiter. Die Antwort vom darauf lautete: Selbstverständlich sein und selbstverständlich leben. Diesem Motto sind in Bremen 23.000 Menschen gefolgt, die es notwendig fanden, dass das Thema immer wieder auf den Tisch kommt.

Wir freuen uns auf jeden Fall auf die Ampelpärchen und haben den Änderungsantrag eingebracht, dass dort, wo in Düsseldorf der CSD immer stattfindet, nämlich am Johannes-Rau-Platz, auch diese Ampelpärchen angebracht werden. Am geeignetsten ist der Fußgängerübergang am Horionplatz oder in der Nähe davon. Das kann man aber wahlweise irgendwo machen. Dort ist auch das Denkmal vor einigen Jahren eingeweiht worden. Für die Community ist es bestimmt sehr schön, wenn an der Stelle dieses Ampelzeichen auftaucht.

Zur Haushaltsrede des Oberbürgermeisters möchte ich kurz noch sagen: „Unwichtige Symbolpolitik“ hat er das genannt. Diese „unwichtige Symbolpolitik“ gab es bereits in folgenden Städten: Aurich – ein kleines Städtchen, aber jetzt kommen noch einige größere –, Frankfurt, Flensburg, Berlin, Bielefeld, Braunschweig, Darmstadt, Köln, Hamburg, Hannover, Hildesheim, München, Münster, Marburg, Göttingen und Würzburg. Wollen Sie, Herr Oberbürgermeister, all den Kolleginnen und Kollegen in den Räten dieser Städte und Großstädte unwichtige Symbolpolitik vorwerfen? – Sie können sich das auch hinterher noch im Stream anschauen, was ich gesagt habe. Das wird Sie sicherlich interessieren. – Vielen Dank.

(Beifall von der Linken)

**Bürgermeister Hinkel (CDU):** Herzlichen Dank, Ratsfrau Vorspel, für die Einbringung des Änderungsantrages. – Bevor ich Sie, Ratsherr Jörres, nach vorn bitte – kommen Sie gern schon einmal auf die Position –, möchte ich darauf hinweisen, dass der Oberbürgermeister bereits seine Bedenken zum Ausdruck gebracht hat. Eine Beanstandung behält er sich vor, um auch Rechtssicherheit herzustellen. Den Hinweis wollte ich an der Stelle gern geben.

Ratsherr Jörres, wenn Sie jetzt vorn bei uns sind, gebe ich Ihnen gern das Wort.

**Ratsherr Jörres (AfD):** Vielen Dank, Herr Bürgermeister. – Meine Damen und Herren! Zu diesem Antrag ist zu sagen, wie Herr Dr. Keller das eben in seiner Haushaltsrede eingebracht hat: Das ist ein überflüssiger Antrag, Symbolpolitik. Die Frage an die antragstellende Fraktion wäre: Haben Sie denn mal in der Community gefragt, was man dort davon hält?

(Ratsfrau Vorspel [Die Linke]: Wir sind die Community!)

Das haben Sie sicherlich nicht getan. Ich habe das aber gemacht und bin mehrere Abende in den entsprechenden Etablissements verkehrt

(Zurufe von der CDU: Oh!)

und habe einfach mal gefragt: Was haltet ihr davon? – Ja, man höre und staune. Was haltet ihr davon?

(Zuruf: Wenn das der Herr Höcke erfährt! – Ratsfrau Marmulla [Die Linke]: In welchem genau! In welchem waren Sie?)

– Im K1 zum Beispiel oder auch im Musk und so weiter und so fort. Also, ich kenne mich dort ein bisschen aus.

Die Frage war also: Haben Sie denn die Community mal gefragt? – Die Antwort beziehungsweise die einhellige Meinung war nämlich immer die gleiche – das ist natürlich keine repräsentative Umfrage –: So ein Blödsinn bringt die Stadt Düsseldorf nicht weiter. Die sollen sich lieber um bessere Verkehrsverhältnisse kümmern. Auch Wohnungsbau und sonstige Themen sind das, was denen unter den Nägeln brennen und nicht irgendwelche Symbolpolitik mit Ampelmännchen. Darüber lachen die, ganz ehrlich.

Wenn Sie sich also in Zukunft solche lächerlichen Anträge sparen, dann ersparen wir es auch der Verwaltung, zu fragen, warum Regenbogenbänke irgendwo aufgestellt werden, wo die Finanzierung nicht klar war. – Danke sehr.

(Beifall von der AfD)

**Bürgermeister Hinkel (CDU):** Herzlichen Dank, Ratsherr Jörres. – Die nächste Wortmeldung kommt von Ratsfrau Bednarski. Es folgen Ratsherr Auler und Ratsherr Neuenhaus. – Ratsfrau Bednarski, ich erteile Ihnen mit Freuden das Wort.

**Ratsfrau Bednarski (SPD):** Die Frage ist: Was ist Symbolpolitik? – Ich finde, es ist keine Symbolpolitik, denn es geht – das erkennt man, wenn man den Antrag aufmerksam gelesen hat – sowohl um die Vielfaltsampelpärchen als auch um die Radschläger. Beide Symbole sind wichtig für eine tolerante und offene Stadt wie Düsseldorf. Wir hatten viele Gäste hier, wir haben viele Gäste hier und wollen noch mehr Gäste haben. Wir sind eine touristische Stadt. Daher ist es wichtig, Offenheit und Toleranz zu zeigen und mit dem Radschläger das Symbol für Düsseldorf. Emden kann das auch: Emden hat Otto darauf – wunderschön. Es ist eine Kleinstadt in Ostfriesland, die das besser können als wir. Ich glaube, dort sind nicht so viele Touristen.

Ich weiß nicht, warum Sie sich zieren, diesen Versuch zu starten – gerade in der Innenstadt. Insofern komme ich auch zu dem Änderungsantrag: Wir würden dem ersten Satz in Absatz 1 zustimmen, dem Rest nicht mehr. Wir versuchen es erst einmal in der Innenstadt, weil sich dort die meisten Menschen bewegen, und zwar auch die meisten Menschen, die zu Gast in unserer Stadt sind und sich hier sicher wohlfühlen und auch gern wiederkommen, wenn sie noch eine Attraktivität mehr entdecken können.

(Beifall von der SPD und der Linken)

**Bürgermeister Hinkel (CDU):** Herzlichen Dank, Ratsfrau Bednarski. – Die nächste Wortmeldung kommt von Ratsherrn Auler. – Ratsherr Auler, Sie haben das Wort.

**Ratsherr Auler (CDU):** Herr Bürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben es mit einem Ampel-Antrag im wahrsten Sinne des Wortes zu tun: von der Ampel für die Ampel. Der Antrag berührt verschiedene Ebenen. Er berührt einmal eine politische Ebene; das ist eben angeklungen. Es geht um die Frage der Symbole für Düsseldorf, um die Frage der Symbole für eine offene, vielfältige Stadt, um die Interessen und berechtigten Belange der LSBTQ-Community. Er hat aber auch eine durchaus rechtliche Komponente, und dazu komme ich gleich.

Ich möchte den Hinweis des Oberbürgermeisters aus der Haushaltsrede vorwegschicken, dass durch die Anbringung dieser Ampelpärchen kein einziges Problem, das wir im Bereich von Gleichstellung und Antidiskriminierung haben, gelöst wird. Dem stimmen wir ausdrücklich zu. Das ist auch einer der Gründe, weshalb wir gegen diesen Antrag stimmen werden.

Symbole sind wichtig, Kollegin Bednarski, das ist richtig. Die Frage ist nur: Muss es gerade ein Verkehrszeichen sein, auf das wir die Symbole bringen? – Ich könnte mir durchaus vorstellen, hier das eine oder andere Verkehrszeichen entsprechend symbolhaft zu ergänzen. Beispielsweise könnte ich mir vorstellen, dass wir auf einem Halteverbotsschild das Partei-Logo von Bündnis 90/Die Grünen aufbringen, weil es doch durchaus Sympathie dafür hegt, dass wir bei der Frage der Parkplätze rigider durchgreifen. Ich könnte mir vorstellen, dass wir auf einem Durchfahrtsverbotsschild ein Smiley aufbringen, weil sich die Anwohner freuen, dass dort keine Pkw mehr durchfahren und so weiter. Das, was ich damit sagen will, ist Folgendes: Symbole ja, aber ist das der richtige Ort?

Meine Damen und Herren, die Vorrednerinnen haben verschiedene Beispiele genannt, wo es Ampelmännchen oder Symbole in die Städte geschafft haben. Ich möchte diese Aufzählung ergänzen um Beispiele, die es nicht auf die Ampel geschafft haben: Die Stadt Emden – es wurde schon erwähnt: Heimatstadt des Komikers Otto – hat nach einer Überlegung aus rechtlichen Gründen davon abgesehen, Ottifanten auf die Signalscheiben der Ampel zu bringen. Bei der Stadt Wesel wurde von der Aufsichtsbehörde untersagt, dass Symboltier der Stadt, den Esel, als Ampelmännchen oder Ampelfrauchen einzusetzen. Auch dies sind sicherlich nette Ideen, Lokalkolorit und Symbole auf die Ampel zu bringen.

Warum ist das so? – Jetzt kommen wir zu einer rechtlichen Überlegung, und an der Stelle kann ich Ihnen ein wenig Grundkurs Verwaltungsrecht nicht ersparen. Denn wir reden hier nicht über die Gestaltung eines Symbols oder eines Verkehrsmittels, das in das Belieben der Stadt gestellt ist, sondern es geht hier um ein Verkehrszeichen, das die Straßenverkehrsordnung entsprechend vorschreibt. Die Straßenverkehrsordnung – bei aller Sympathie für Mainzelmännchen, Bergleute, gleichgeschlechtliche Paare und was sonst noch denkbar ist – sieht hier eben eine konkrete Vorgabe vor. Darauf hat die Verwaltung in ihrer Stellungnahme auf den Prüfauftrag, den wir in der Tat gemeinsam im Gleichstellungsausschuss auf den Weg gebracht haben in den Vorlagen im Frühjahr, auch hingewiesen.

Genauso wie die Gestaltung vieler Verkehrsschilder in der Straßenverkehrsordnung vorgegeben ist, so gilt das auch für die Anordnung der Fußgängerampel. Ich empfehle Ihnen den Blick in § 39

Absatz 7 der StVO und der dazu ergangenen Verwaltungsvorschrift. Danach muss ein Lichtzeichen für Fußgänger „das rote Sinnbild einen stehenden, das grüne einen schreitenden Fußgänger zeigen“. Fantasiezeichen sind unzulässig.

Meine Damen und Herren, liebe Ampel-Antragsteller, die Straßenverkehrsordnung ist Bundesrecht, und der zuständige Bundesminister, Kollegin Dr. Rachner, ist Ihr Parteifreund. Ich empfehle also Ihnen von der FDP, aber auch von den anderen Ampelparteien, dass Sie sich an Ihre Ampel in Berlin wenden und auf eine Änderung der Straßenverkehrsordnung hinwirken, die es durchaus ermöglicht, hier – in welchem Rahmen auch immer – Fantasiezeichen einzusetzen. Denn wenn das ein wirklich so wichtiges Element ist, politische Symbole zu setzen, meine Damen und Herren, dann wird Ihnen der Anruf bei Ihrer Ampel in Berlin sicherlich diese Mühe wert sein. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

**Bürgermeister Hinkel (CDU):** Herzlichen Dank, Ratsherr Auler. – Die nächste Wortmeldung kommt von Ratsherrn Neuenhaus. – Ratsherr Neuenhaus, ich erteile Ihnen das Wort.

**Ratsherr Neuenhaus (FDP):** Vielen Dank, Herr Bürgermeister. – Kollege Auler, wir nehmen mal das Ampelpärchen: Wenn zwei stehen und dann gehen, ist das kein Fantasiesymbol, sondern für alle, glaube ich, sehr klar erkennbar.

Herr Oberbürgermeister, ich war an der Stelle mit Ihrer Haushaltsrede nicht einverstanden. Ja, das ist Symbolpolitik. Sie haben gesagt, Sie wollen Probleme lösen, aber Sie haben zur queeren Community nichts gesagt. Wenn Sie dort Probleme lösen wollen – und wir haben welche –, dann haben wir viel zu tun.

(Beifall von FDP, SPD und Ratsherrn Dr. Schulz [Bündnis 90/Die Grünen])

Wenn, dann also bitte beides zusammenfassen. Für die queere Community beziehungsweise für queere Menschen bedeutet das im Moment, dass sich viele in der Öffentlichkeit anders verhalten als vor fünf oder zehn Jahren und dass sie ihren Auftritt in der Öffentlichkeit einschränken. Diskriminierungsfrei ist ein queeres Leben nun wahrhaftig nicht – weder vor 40 Jahren noch vor 20 Jahren noch heute. Wenn Sie diese Probleme alle gelöst haben, dann können Sie sagen: Das ist Symbolpolitik. Bis dahin sind wir dafür, weil es mir wichtig ist, dass wir zeigen: Queere Menschen sind in dieser Stadt willkommen und werden auch von diesem Stadtrat gesehen. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und der Linken)

**Bürgermeister Hinkel (CDU):** Herzlichen Dank, Ratsherr Neuenhaus. – Die nächste Wortmeldung kommt von Ratsfrau Hebeler. – Ratsfrau Hebeler, Sie haben das Wort.

**Ratsfrau Hebeler (Bündnis 90/Die Grünen):** Vielen Dank, Herr Bürgermeister. – Ich wiederhole mich, wenn auch mit Variation; denn wir beziehungsweise die Stadtverwaltung haben noch einen zweiten Aktionsplan in Arbeit – einen Aktionsplan zur Zielgruppe LSBTIQ+. Auch dafür stimmen die Signale aus der Verwaltung zuversichtlich, dass nämlich auch dieser Aktionsplan konkrete Maßnahmen zur Besserstellung der Community hier in Düsseldorf beinhaltet. Antidiskriminierung und andere Themen werden darin hoffentlich dann zur Umsetzung vorgeschlagen. Ich hoffe, er kommt noch dieses Jahr, weil man möglicherweise die eine oder andere umzusetzende Maßnahme mit ein paar finanziellen Mitteln unterlegen müsste oder sollte. Dann ist es etwas Ernsthaftes, und wir machen nicht nur Symbolpolitik. Auch dazu lade ich jetzt schon fast alle Fraktionen hier im Hause ein, mitzumachen.

Noch eine kleine Formalie zum Schluss: Auch wir schließen uns der getrennten Abstimmung nach „Johannes-Rau-Platz ja“ und „Bezirke nein“ an. – Danke.

**Bürgermeister Hinkel (CDU):** Herzlichen Dank, Ratsfrau Hebler. – Die nächste Wortmeldung kommt von Ratsfrau Bednarski. – Ratsfrau Bednarski, Sie haben das Wort.

**Ratsfrau Bednarski (SPD):** Die juristische Lehrstunde von Ratsherrn Auler war ganz amüsant. Darauf hat er sich anscheinend vorbereitet, aber nicht erwartet, dass ich hier Otto aus Emden anführe, der auf der Ampel ist. Ja, der Ottifant ist nicht darauf, aber Otto hat es geschafft. So viel zur Wahrheit – das ist also möglich. Aber auch das widerspricht, wie Sie sagen, der Straßenverkehrsordnung.

Nun ist es erstaunlich, dass alle diese Kommunen, die hier genannt wurden, anscheinend diese Dinge als geduldet umsetzen können und dürfen. Bisher ist auch noch keine Klage eingegangen. Es ist in allen großen und kleinen Städten möglich, aber in Düsseldorf scheint es unmöglich zu sein – warum auch immer.

Sie haben gesagt: Schreitende und stehende Figuren müssen abgebildet sein. – Ja, das ist auch möglich. Ich weiß nicht, wer es gerade gesagt hat, aber ein Ampelpärchen kann sowohl stehen als auch gehen.

Wir haben in Düsseldorf eine Besonderheit, wie Sie alle wissen, wenn Sie zu Fuß gehen. Wir haben Ampeln mit rot, gelb und grün, also dreifarbig. Das ist laut Straßenverkehrsordnung auch nicht vorgesehen. Darin gibt es für Fußgängerampeln nur rot und grün. Aber dieser Verkehrsversuch, der 70 Jahre alt ist, läuft und läuft, und auch dagegen klagt keiner. Niemand, der an der Ampel verunglückt, verklagt die Stadt Düsseldorf.

Wenn also ein Verkehrsversuch möglich ist, dann könnte man auch für die Ampelpärchen und Ampelradschläger einen Verkehrsversuch starten. Dann wären wir fein raus, denn das scheint wunderbar in Düsseldorf zu funktionieren. Also, geben Sie sich einen Ruck und vergessen Sie Ihre juristischen Feinheiten, die an dieser Stelle irgendwie keine Wirksamkeit haben.

(Beifall von der SPD und Ratsfrau Marmulla [Die Linke])

**Bürgermeister Hinkel (CDU):** Herzlichen Dank, Ratsfrau Bednarski. – Die nächste Wortmeldung kommt von Ratsfrau Marmulla. Es folgt Ratsfrau Vorspel. – Ratsfrau Marmulla.

**Ratsfrau Marmulla (Die Linke):** Ich wollte mich ganz ausdrücklich bei Ratsherrn Auler bedanken, weil wir jetzt ganz genau wissen, worauf wir achten müssen. Genauso, wie es Ratsherr Neuenhaus und Ratsfrau Bednarski gesagt haben: Das steht überhaupt nicht im Widerspruch zueinander, und wir werden ein sehr gutes Augenmerk darauf haben, dass wir nur rechtszulässige Sachen auf unsere Ampeln kleben werden.

**Bürgermeister Hinkel (CDU):** Herzlichen Dank, Ratsfrau Marmulla. – Die nächste Wortmeldung kommt von Ratsfrau Vorspel. – Ratsfrau Vorspel, Sie haben das Wort.

**Ratsfrau Vorspel (Die Linke):** Vielen Dank, Bürgermeister Hinkel. – Eine kurze Sache noch, woher diese ganze Geschichte mit dem Ampelmännchen kommt: Das kommt aus Wien. Dort erwartete man damals beim ESC, Eurovision Song Contest, 2015, der in Wien stattfand – Sie erinnern sich an Conchita –, sehr viele Besucher und wollte eine Steigerung der Verkehrssicherheit erreichen. Aus dem Grund wurden dort die Ampelpärchen angebracht. Das Ganze hat man mit einer Studie begleitet. An 64 Ampeln wurden Ampelpärchen angebracht. Man hat das Ganze mit den Ampeln vorher verglichen und kam zu dem Schluss, dass es 18 Prozent weniger sogenannte Rotgeher gab und sich die Aufmerksamkeit an den Ampeln um 40 Prozent erhöht hat. – So viel zur Sicherheit, Ratsherr Auler.

**Bürgermeister Hinkel (CDU):** Herzlichen Dank, Ratsfrau Vorspel. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann schreiten wir jetzt bitte zur Abstimmung über Tagesordnungspunkt 41.3.

Wir kommen zunächst zum Ursprungsantrag. Den Ergänzungsantrag mit seinen zwei Teilen stelle ich anschließend zur Wahl.

Zum Ursprungsantrag: Ich bitte um das Handzeichen, wer für diesen Antrag stimmt. – Das sind Die Partei-Klima-Fraktion, Die Linke, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Tierschutz/Freie Wähler. Damit ist dieser Antrag mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zum Ergänzungsantrag der Linken mit den folgenden Teilen: Wir beginnen mit der Abstimmung über die Bestückung auf der Königsallee und des Johannes-Rau-Platzes. Ich bitte um das Handzeichen, wer dafür stimmt. – Das sind Die Partei-Klima-Fraktion, Die Linke, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Wer stimmt dagegen? – CDU und AfD. Wer enthält sich der Stimme? – Ratsfrau Krüger und Ratsherr Lemmer. Damit ist der erste Teil des Ergänzungsantrages mehrheitlich angenommen.

Der zweite Teil besteht aus der Ergänzung:

„Ebenso soll mindestens ein Vielfalts-Ampelpärchen pro Stadtbezirk installiert werden“.

Wer für diesen Teil des Ergänzungsantrags stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Partei-Klima-Fraktion und Die Linke. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, AfD, FDP, Ratsherr Lemmer und Ratsfrau Krüger. Damit ist der Teil mehrheitlich abgelehnt.

### **Beschluss**

*Vorlage RAT/214/2024 in Verbindung mit RAT/250/2024/1*

*Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beauftragt die Verwaltung, an einigen Fußgängerampelanlagen im Bereich der Heinrich-Heine-Allee, Königsallee und des Johannes-Rau-Platzes gleichgeschlechtliche Vielfalts-Ampelpärchen und Radschlägersymbole zu installieren. Ebenso soll mindestens ein Vielfalts-Ampelpärchen pro Stadtbezirk installiert werden. Die Auswahl der Ampelanlagen sollte sich an der Frequentierung orientieren.*

*Die genaue Zuordnung der Symbole zu Ampelanlagen soll mit den zuständigen Bezirksvertretungen geklärt werden.*

**Bürgermeister Hinkel (CDU):** Herr Oberbürgermeister, möchten Sie übernehmen? – Wir wechseln, und ich bedanke mich für Ihr Interesse.

(Oberbürgermeister Dr. Keller übernimmt um 18.46 Uhr wieder den Vorsitz.)

### **41.4**

#### **Antrag der Ratsfraktion Die Partei-Klima-Fraktion: Regenbogenbänke für die Stadt der Toleranz und Vielfalt**

RAT/229/2024 (Restant)

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Soll der Antrag eingebracht werden?

(Ratsfrau Mirus [Die Partei-Klima-Fraktion]: Ja!)

Ratsfrau Mirus. Ratsherr Rütz und Ratsfrau Kraljic melden sich. – Sie haben das Wort, Ratsfrau Mirus.

**Ratsfrau Mirus (Die Partei-Klima-Fraktion):** Danke, Oberbürgermeister Keller. – Liebe Ratsmenschen! Sehr geehrte Menschen am Stream! Das ist ein Antrag, der gestellt worden ist, als die EM noch hier in Düsseldorf lief. Zur EM wurden Regenbogenbänke entlang des Rheins auf dem

Weg zur Merkur Spiel-Arena aufgestellt. Die Aussage war dann: Coole Idee, finden wir super, das wollen wir gern erhalten.

Es hat sich dann herumgesprachen, dass die Bänke auch erhalten werden sollen und auf die Bezirksvertretungen verteilt werden. Unsere Frage an dieser Stelle ist: Was hat sich bis jetzt ergeben? Wie ist der Stand der Dinge? Was passiert mit den Bänken, die übrig bleiben, die also nicht verteilt werden? – Dann schauen wir weiter mit dem Antrag. – Danke.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Ratsherr Rütz hat sich als Nächster gemeldet. Es folgt Ratsfrau Kraljic.

**Ratsherr Rütz (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte eingangs mein Befremden über einen Teil dieses Antrags ausdrücken, nämlich die Begründung. Ich weiß nicht, ob Sie es gelesen haben. Dort heißt es:

„'Regenbogenbänke' für Toleranz und Vielfalt aufzustellen, ist ein [...] lobenswertes Projekt, das [...] geeignet ist, Düsseldorf, trotz Fußballs, weltweit als weltoffene und tolerante Landeshauptstadt [darzustellen].“

(Beifall von Ratsfrau Mirus [Die Partei-Klima-Fraktion])

Ich finde das nicht lustig, sondern das ist eine Beleidigung der vielen Fortuna-Fans in Düsseldorf, der Bemühungen des Leistungssports, aber auch des Breitensports hier in Düsseldorf, zu sagen, dass der Fußball quasi Nachhilfe bei diesem Thema braucht. Ich glaube, viele Menschen und gerade der Fußball in Düsseldorf haben keinen Nachhilfebedarf, was Vielfalt angeht, sondern im Gegenteil fördern sie Vielfalt sehr stark.

(Beifall von der CDU und Ratsfrau Kraljic [AfD])

Zu den Bänken an sich: Dazu gibt es ganz unterschiedliche Meinungen. Die einen – das hat sich eben auch angedeutet - finden solche Symbole ein wichtiges Zeichen für Toleranz. Andere – das kann ich persönlich gut nachvollziehen – finden, dass der öffentliche Raum nicht politisiert werden soll und ich mich auch noch auf eine Bank setzen können sollte, ohne dass damit ein Zeichen verbunden wird. Ehrlich gesagt, war das früher auch einmal ein liberaler Ansatz, zu sagen: Der Staat muss mir nicht vorschreiben, was ich zu denken habe. – Wiederum anderen ist es auch ganz egal. Die nehmen diese Bänke so, wie sie stehen. Ich glaube, die Stadt hat im Reigen dieser Meinungen einen guten Modus gefunden.

Und um Ihre Frage, Ratsfrau Mirus, direkt zu beantworten: Es gibt eine Informationsvorlage, die in allen Bezirksvertretungen gerade kursiert. Diese lautet:

Für die Bezirksvertretung besteht die Möglichkeit, eine Sitzbank je Stadtbezirk in den Farben der Regenbogenfahne durch die Verwaltung aufstellen zu lassen. Diese Bank enthält eine Informationsplakette, die über die Hintergründe der Farben der Regenbogenfahne informiert. Die Bänke standen entlang der Rotterdamer Straße. Nach Ende der EURO 2024 können diese nun auf die Stadtbezirke aufgeteilt werden. Die restlichen sechs Bänke können an besonderen Standorten, zum Beispiel an Jugendeinrichtungen, aufgestellt werden. Für die Aufstellung der Bank sollen die Bezirksvertretungen Standortvorschläge an das Gartenamt machen.

Wenn es also in den Bezirksvertretungen eine Mehrheit gibt, die sagt: „Wir möchten diese Bänke bei uns haben“, dann stehen diese Bänke zur Verfügung und können angefordert und aufgestellt werden. Ich glaube, damit ist der Antrag erledigt. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Vielen Dank, Ratsherr Rütz. – Als Nächste hat Ratsfrau Kraljic das Wort. Es folgen Ratsfrau Vorspel und Ratsherr Fix. – Bitte, Sie haben das Wort.

**Ratsfrau Kraljic (AfD):** Danke schön. – Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer hier im Saal, liebe Zuschauer am Livestream! Ich freue mich sehr, dass unser Antrag, der ja in Gänze von allen Parteien abgelehnt wurde, jetzt doch noch einmal aufs Tableau kommt. Wie gesagt, wir sind tolerant und vielfältig, und ich bin nicht nachtragend. Also, auch wenn es eine andere Partei dann bringt, freuen wir uns dennoch.

Wir hatten ja damals den Antrag gestellt, Regenbogenbänke in Düsseldorf aufzustellen, und zwar unter anderem auch im marokkanischen Viertel. Ich meine, es gibt hier in Düsseldorf Vielfalt und Toleranz. Diese Wörter wurden heute schon so oft in den Mund genommen, und ich gehe einmal schwer davon aus, dass es nicht „ein bisschen Vielfalt“ und „ein bisschen Toleranz“ gibt. Es gibt in Düsseldorf bestimmt keinen einzigen Platz, zu dem Sie dann alle entscheiden: Ach nein, dort besser nicht; dort ist das mit der Vielfalt und der Toleranz nicht angesagt, dort besser nicht.

Von daher: Wir, die AfD, unterstützen diesen Antrag auf jeden Fall und freuen uns beziehungsweise möchte ich – ich hatte die BV 1 angeschrieben und bis jetzt noch keine Rückmeldung bekommen; aber das sehe ich auch positiv, denn sie wird bestimmt kommen –, dass eine dieser 16 Bänke auch im marokkanischen Viertel aufgestellt wird, und zwar direkt Ellerstraße/Anfang Willi-Becker-Allee, wo man eine Patenschaft mit dem Besitzer des Cafés initiieren kann.

Ich sage es immer wieder gern: Toleranz, Vielfalt und Willkommenskultur – das ist niemals eine Einbahnstraße, sondern kommt immer von zwei verschiedenen Parteien. Wenn die tolerante und zusammenhaltende Stadtgesellschaft in Düsseldorf sich dort begegnen kann und auch im marokkanischen Viertel eine solche Regenbogenbank aufgestellt, gehegt, gepflegt und patenschaftlich verwaltet wird, dann ist das für uns ein wirklich praktikabler Hinweis darauf, dass Integration funktioniert. – Daher vielen herzlichen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Ratsfrau Vorspel hat als Nächste das Wort. – Bitte, Ratsfrau Vorspel.

**Ratsfrau Vorspel (Die Linke):** Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Sehr geehrte Damen und Herren! Ich dachte eigentlich, bei diesem Tagesordnungspunkt könnte ich mal einen Augenblick sitzen bleiben. Aber, sehr geehrter Ratsherr Rütz, was Sie zum Thema Fußball gesagt haben, war ein, um in dem Jargon zu bleiben, Eigentor. Es stand sehr schön und leise in der Begründung „trotz Fußball“, und Sie haben es jetzt hier auf den Tisch geholt. Was ist das Problem bei Fußball und schwulen Spielern?

(Ratsherr Rütz [CDU]: „Trotz“ ist das Problem!)

Es gibt 10 Prozent der Bevölkerung, die schwul ist. Wie viele Fußballspieler sind geoutet,

(Ratsherr Fix [Die Partei-Klima-Fraktion]: 4!)

die noch im Beruf sind, die spielen? Man sagt: Das ist nicht gut für die Karriere, lasst es lieber. Das ist nicht okay. – Solange das noch so ist und wir keine 10 Prozent geoutete Fußballspieler im Profifußball haben – ich sage ausdrücklich „Fußballspieler“, denn bei den Fußballerinnen gibt es viele, die geoutet sind –, so lange ist es absolut notwendig; daher das Eigentor. Danke für die Formulierung „trotz Fußball“. Sie hat das Thema und die Notwendigkeit noch einmal zur Sprache gebracht.

(Beifall von der Linken)

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Als Nächster hat Ratsherr Fix das Wort. Es folgen Ratsfrau Mirus und Ratsfrau Bednarski. – Bitte, Ratsherr Fix.

**Ratsherr Fix (Die Partei-Klima-Fraktion):** Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Ich möchte auch nur ganz kurz zu diesem Punkt jemanden zitieren, nämlich einen Bundesligaspieler, Marcus Urban, der sich geoutet hat. Er sagte:

„Ich war umgeben von homophoben, sexistischen Mobbing-Sprüchen. Es gab keine Stellen, an die man sich wenden konnte. Ich habe meine Gestik und Mimik kontrolliert, aufgepasst, nicht feminin rüberzukommen, jedes Bier mitgetrunken, über sexistische Sprüche gelacht – das ganze Programm der toxischen Männlichkeit, in der es um eigene Dominanz und Abwertung anderer geht. Mit den anderen fünfzig Prozent meiner Kraft habe ich es trotzdem fast bis in die Bundesliga geschafft.“

Aktuell sind weltweit vier Fußballspieler bei den Profis geoutet. Das heißt, es ist nicht unbegründet. – Danke schön.

(Beifall von Die Partei-Klima-Fraktion und der Linken)

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Ratsfrau Mirus, bitte, Sie haben das Wort.

**Ratsfrau Mirus (Die Partei-Klima-Fraktion):** Danke. – Unser Antrag hat wirklich rein gar nichts mit dem Antrag der AfD zu tun, der damals zu den Bänken im marokkanischen Viertel gestellt worden ist. Ich wollte zudem sagen: Die BV 1 ist da nicht die richtige Adresse. Es ist die BV 3, nicht? Vielleicht bekommen Sie eine Antwort, wenn Sie sie einmal anschreiben.

(Beifall von Die Partei-Klima-Fraktion)

Nichtsdestotrotz, man kann für diesen Antrag abstimmen, um einfach hier ein Symbol zu setzen, dass wir alle für Vielfalt und Weltoffenheit stehen. Auch wenn dieser Antrag an sich thematisch hinfällig ist, ändert es nichts an der Sache, dass diese Bänke erhalten bleiben und auch genutzt werden sollen, nicht einfach nur eingelagert und vergessen. – Vielen Dank.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Als Nächste habe ich Ratsfrau Bednarski auf der Redeliste. Es folgen Ratsfrau Dr. Rachner und Ratsherr Schulte. – Bitte, Ratsfrau Bednarski.

**Ratsfrau Bednarski (SPD):** Danke. – Die SPD-Fraktion unterstützt natürlich die Intention dieses Antrags, sieht aber auch, dass er sich inzwischen erledigt hat. Das Thema Fußball wurde hier immer auf die Spieler bezogen; „Spieler“ kann ich ja sagen.

(Zuruf von der CDU: Spielende!)

– Nein, es bezog sich ganz deutlich auf die Spieler. Aber es gibt auch so etwas wie Zuschauende. Dazu muss ich als überzeugter Fortuna-Fan leider sagen: In der Kurve gibt es Homophobie und Frauenfeindlichkeit. Deshalb ist es auch nicht schlimm, wenn auch vor dem Stadion eine Regenbogenbank steht. – Danke.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Ratsfrau Dr. Rachner, bitte, Sie haben das Wort.

**Ratsfrau Dr. Rachner (FDP):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir beschließen hier keine Begründung; das einmal an allererster Stelle. Es geht hier um einen Antrag, und ich finde, wir driften in der Diskussion ganz ordentlich ab. Es geht um Regenbogenbänke in einer Stadt, die sich für Vielfalt rühmt. Dass wir dafür stehen, haben wir gerade in den letzten beiden Anträgen mehrfach gesagt. Wir unterstützen diesen Antrag. Ich würde mich natürlich auch freuen, wenn die Verwaltung auf die gestellte Frage von Ratsfrau Mirus antworten würde, ob sich

der Antrag erledigt hat. Das ist das eine. Aber grundsätzlich geht es hier um Toleranz, die wir durch Regenbogenbänke darstellen wollen. Aber die Diskussion über Begründungen lehnen wir ab.

(Beifall von der FDP)

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Die Verwaltung meldet sich zu Wort. – Herr Stadtdirektor Hintzsche.

**Stadtdirektor Hintzsche:** Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wollte eigentlich jetzt nicht ans Redepult gehen, aber wenn ich ausdrücklich gefragt werde, dann muss ich doch etwas zur Entstehungsgeschichte sagen. Die Idee der Regenbogenbänke ist eine Idee, die vom Gartenamt gemeinsam mit dem Projektbüro der EURO damals erarbeitet worden ist, und wir haben bei der presseöffentlichen Vorstellung der Bänke gesagt: Sie bleiben stehen, auch wenn die EURO vorbei ist.

Es ist vorhin eine Vorlage zitiert worden, die durch alle BVen geht, in der wir den BVen das Angebot machen: Ihr könnt die Bänke haben. Von den 16 Bänken, die wir aufgestellt haben, sind neun schon verplant, zum Teil auch schon aufgestellt. Das war ja die konkrete Nachfrage. Ich frage mich an der Stelle: Was haben wir nicht gemacht, was dem Antrag ohne den Begründungsteil dient?

(Unruhe)

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Danke. – Ratsherr Schulte steht noch auf der Redeliste, und Ratsfrau Hebeler kommt auch noch dran. – Bitte, Ratsherr Schulte, Sie haben das Wort. – Ich darf noch einmal um Ruhe bitten.

**Ratsherr Schulte (Die Partei-Klima-Fraktion):** Danke sehr. – Ich denke, wir haben bei der Ampel-Diskussion schon gesehen, dass man mit diesem Symbol immer noch die richtigen Leute provozieren kann. In der Haushaltsrede – ich habe sie leider heute verpasst – wurde von Symbolpolitik gesprochen. Aber wenn die Welt zuschaut, wenn Fußball in der Stadt ist, dann macht auch der Oberbürgermeister gern Symbolpolitik.

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Was hat das mit dem Antrag zu tun?)

Was ich eigentlich ausdrücken wollte, ist, dass ich meine, dass man die Chance hat, ein Gesamtkunstwerk an einem bestimmten Ort am Rhein zu schaffen, der eine gewisse Symbolkraft hat. Deshalb würde ich noch den Änderungsantrag oder Ergänzungsantrag stellen wollen, dass die Regenbogenbänke an diesem Ort erhalten werden sollen. Ich finde es unwürdig, dass man das benutzt, um Bänke für das Gartenamt zwischenzuparken. Ich denke, Düsseldorf hat es nicht nötig, so knauserig mit Bänken zu sein. Deshalb würde ich gern beantragen, dass sie konkret an diesem Ort erhalten bleiben sollen. Ich will Ihnen die Chance geben, so weltoffen zu sein wie eine Kleinstadt in Ostfriesland, bei mir zu Hause.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Ist das jetzt ein Änderungsantrag zum Antrag Ihrer Fraktion?

**Ratsherr Schulte (Die Partei-Klima-Fraktion):** Bitte?

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Sie haben gerade etwas beantragt. Ist das ein Änderungsantrag zum Antrag Ihrer Fraktion? Wir diskutieren einen Antrag.

**Ratsherr Schulte (Die Partei-Klima-Fraktion):** Die Grammatik überlasse ich Ihnen.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Also, Sie präzisieren den Antrag. Sie sagen, sie sollen an diesem Ort stehen bleiben? – Okay. Danke. – Ratsfrau Hebeler hat als Nächste das Wort.

**Ratsfrau Hebeler (Bündnis 90/Die Grünen):** Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Ich möchte die antragstellende Fraktion inständig bitten, diesen Antrag zurückzuziehen,

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

weil er durch Verwaltungshandeln erledigt ist, und zwar – ich kann nur für meine Fraktion sprechen – im Sinne von Bündnis 90/Die Grünen: Wir möchten, dass diese Bänke im Stadtgebiet verteilt werden, wie die Verwaltung es auch tut. Wenn Die Partei-Klima-Fraktion ihren Antrag aufrechterhält, müssten wir dagegen stimmen, was schade wäre.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Ratsfrau Dr. Rachner, Sie haben das Wort.

**Ratsfrau Dr. Rachner (FDP):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich kann mich den Worten von Ratsfrau Hebeler nur anschließen. Die Verwaltung hat gesagt, die Regenbogenbänke würden im Stadtbezirk verteilt; neun seien schon verteilt. Damit hat sich der Antrag meines Erachtens erledigt. Ich bin der felsenfesten Überzeugung: Wenn wir die Bänke hier im Stadtbezirk verteilen, dann haben wir das Zeichen für Toleranz gesetzt, und wie gesagt: Entweder ziehen Sie es zurück oder wir werden dagegen stimmen.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Jetzt schaue ich einmal fragend zur antragstellenden Fraktion. Ratsherr Schulte hat den Antrag noch einmal präzisiert. Bleibt er aufrechterhalten? Dann kämen wir zur Abstimmung.

(Ratsfrau Hebeler [Bündnis 90/Die Grünen]: Was wollt ihr mit einer Abstimmungsniederlage?  
– Ratsherr Fix [Die Partei-Klima-Fraktion]: Zurück!)

– Okay. Der Antrag ist hiermit zurückgezogen, und die Verwaltung macht weiter, wie vom Stadtdirektor beschrieben.

(Unruhe)

Ich darf um Aufmerksamkeit bitten.

#### **41.5**

##### **Antrag der Ratsfraktionen Die Linke und Die Partei-Klima-Fraktion: Hilfe für Kriegsoffer in Israel und Palästina**

RAT/230/2024 (Restant)

#### **41.5.1**

##### **Änderungsantrag der Ratsfraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP**

RAT/254/2024 (Restant)

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Wortmeldungen? – Ratsherr Born.

**Ratsherr Born (Die Linke):** Schönen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Ja, auch diesen Antrag kann sicherlich jeder und jede noch einmal nachlesen. Er ist schon drei Monate alt, also aus unserer letzten Ratssitzung vor der Sommerpause. Nachdem diese Ratssitzung zu Ende war und wir gesehen haben, okay, er wurde nicht behandelt, haben wir natürlich gehofft, dass er im September erledigt wäre. Das ist leider nicht der Fall, sondern wir haben immer noch Krieg in Nahost; so wird es ja genannt. Aber es ist ein Krieg in Gaza, im Libanon und in Israel. Gegenseitig werden Bomben geworfen. Aber die Opferzahl in Gaza ist natürlich extrem hoch. Man geht inzwischen davon aus, dass dort 40.000 Menschen gestorben sind. Leider ist es auch so, dass wichtige Teile der Infrastruktur zerstört wurden. Krankenhäuser, Schulen und Kulturhäuser sind

von Bombardements getroffen worden. Es gibt natürlich auch Bemühungen, dass es zu einem Waffenstillstand kommt, aber selbst die US-Regierung ist offensichtlich nicht in der Lage, dafür zu sorgen.

Wir hatten es damals zum Anlass genommen, da im Landtag ein erfreulicher Beschluss gefasst wurde, dass das Land Nordrhein-Westfalen humanitäre Hilfe leisten wolle – das fanden wir wirklich sehr gut –, zu sagen: Die Stadt Düsseldorf kann dazu sicherlich auch ihren Teil beitragen. Wir haben hier eine Universitätsklinik, wir haben andere Krankenhäuser. Wir sind eine weltoffene Stadt und können gerade schwerverletzten Menschen helfen. Aber es ist nicht nur die Stadt Düsseldorf, sondern sogar die Bundesregierung hat untersagt, dass palästinensische Kinder in Begleitung ihrer Eltern in Krankenhäusern in Deutschland behandelt werden. Wir finden das nicht akzeptabel, sagen wir mal so.

Unser Antrag lautet, dass sich der Rat im Rahmen dieses Beschlusses des Landtages an die Landesregierung wendet, um das Projekt positiv zu unterstützen. Wir haben jetzt den Änderungsantrag der anderen Fraktionen, und ich möchte sagen: Wir hatten gesagt, es solle heute berichtet werden. Das kann nicht sein. Wir würden die beiden Punkte des Änderungsantrags übernehmen, möchten aber unseren Punkt 3 getrennt zur Abstimmung stellen, dass die Stadt Veranstaltungen und Diskussionen organisiert, bei denen die beteiligten Seiten die Möglichkeit haben, etwas zu sagen; denn das ist eine Diskussion, die sowohl unter den jüdischen oder israelischen Bewohner\*innen in Deutschland stattfindet als auch unter Palästinenser\*innen. Man muss eine Zukunft gemeinsam denken. Deshalb würden wir den Punkt 3, weil er nicht in dem Änderungsantrag ist, gern getrennt zur Abstimmung stellen. – Schönen Dank.

(Beifall von der Linken)

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Ratsherr Fix hat das Wort, bitte.

**Ratsherr Fix (Die Partei-Klima-Fraktion):** Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Das ist ein extrem schwieriges Thema, aber wir haben uns genötigt gefühlt, dazu auch noch einmal einen Antrag zu stellen, besonders, weil sich die Stadt in der öffentlichen Wahrnehmung nicht so sehr mit den Opfern auf beiden Seiten solidarisch erklärt hat. Das haben Sie jetzt gerade in der Haushaltsrede noch einmal gesagt, dass dem so sei. In den Wortmeldungen werden die Hamas und der Terrorangriff, der schrecklich war, genannt, aber die Kriegsverbrechen, die Israel laut der UN begeht, werden nicht genannt. Das kann nicht sein. Es muss ausgesprochen werden, dass Israel laut UN-Kommission internationales Kriegs- und Menschenrecht bricht. António Guterres, der Secretary-General der UN, sagt dazu – sorry, dass ich heute schon wieder zitiere –:

“The level of suffering we are witnessing Gaza is unprecedented in my mandate as secretary-general of the United Nations. I’ve have never seen such a level of death and destruction as we are seeing in Gaza in the last few months.”

Die UN hat schon mehrfach zur Mäßigung aufgerufen und Deeskalation verlangt, und wir als Stadt sollten uns solidarisch mit diesen Forderungen, mit allen Opfern dieses Konflikts sowohl auf Israels als auch auf palästinensischer Seite erklären und uns für einen Waffenstillstand einsetzen. Das wäre auch wichtig für die in Düsseldorf lebenden Palästinenser\*innen, die ein Teil dieser Stadt sind und sich im Moment in ihrer eigenen Heimat wie nicht gewollt fühlen. Ich weiß aus dem persönlichen Umkreis, dass sich Freunde, die palästinensischer Herkunft und auch betroffen sind, von der Stadt nicht gesehen fühlen. Sie fühlen sich nicht wahrgenommen als Betroffene eines Krieges, bei dem nicht nur Israel Opfer ist, sondern auch die zivile Bevölkerung in Gaza und in der Westbank massiv betroffen ist, in einem unglaublich großen Ausmaß, das wir uns überhaupt nicht vorstellen können und leider immer noch nicht vorbei ist und auch in nächster Zeit wahrscheinlich nicht vorbei sein wird. International haben sich schon sehr viele Staaten und, wie gesagt, die UN mit Palästina solidarisch erklärt. Wir als Stadt können das nicht wirklich machen, aber wir könnten uns zumindest in diese Richtung bewegen. – Danke schön.

(Beifall von Die Partei-Klima-Fraktion)

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Ratsfrau von Dahlen, Sie haben das Wort.

**Ratsfrau von Dahlen (CDU):** Herzlichen Dank. – Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates! Düsseldorf ist solidarisch mit den Menschen in Israel und in Gaza, die dort unter dem Krieg leiden. Erschüttert sehen wir das große Leid, das das Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023 über Israel und seine Bevölkerung gebracht hat. Wir sehen aber auch das Leid von Palästinenserinnen und Palästinensern, die mit dem Terror der Hamas nichts zu tun haben. Gemeinsam mit vielen Düsseldorferinnen und Düsseldorfern fragen wir uns immer wieder: Wie kann dieser bittere Konflikt endlich friedlich beendet werden, und wie können wir den Opfern helfen?

Der Landtag von NRW hat im Mai dieses Jahres ein politisches Zeichen gesetzt – gegen Leid und Krieg, für Solidarität und Menschlichkeit in Israel und Palästina. Der Landtag hat einen Beschluss gefasst, der die Landesregierung mit der Umsetzung einer Reihe von konkreten Maßnahmen beauftragt hat. Ziel dieser Maßnahmen ist es, die humanitäre Lage im Kriegsgebiet zu verbessern. Die Maßnahmen sollen zugleich einen Beitrag für einen stabilen Frieden in der Region leisten. Wir als CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP schließen uns mit unserem Änderungsantrag diesem Ziel von Humanität und Frieden an. Wir wollen erreichen, dass sich Düsseldorf ebenfalls solidarisch mit den Menschen im Kriegsgebiet erklärt. Unsere Stadt soll NRW bei seinem Einsatz für mehr Menschlichkeit in diesem Konflikt unterstützen. Wir wollen der Landesregierung bei der Umsetzung der beauftragten Maßnahmen im Rahmen unserer Möglichkeiten und nach Kräften bestmöglich zur Seite stehen. Wir bieten unsere Hilfe an.

Darum bitten wir heute die Verwaltung, Kontakt zum Land NRW aufzunehmen, um zu erfahren, wie Düsseldorf am besten seinen humanitären Beitrag leisten kann. Ich bitte Sie daher um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag als unser gemeinsames Zeichen für Solidarität und Frieden im Nahen Osten, denn wir alle wollen helfen.

(Beifall von CDU, SPD, FDP, Ratsherrn Dr. Schulz [Bündnis 90/Die Grünen] und Ratsherrn Fix [Die Partei-Klima-Fraktion])

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Vielen Dank, Ratsfrau von Dahlen. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann können wir zur Abstimmung kommen. Ich muss noch einmal nachfragen, ob ich Ratsherrn Born richtig verstanden habe: Sie würden den interfraktionellen Antrag übernehmen, würden ihn aber durch den dritten Spiegelpunkt aus Ihrem Antrag ergänzt sehen wollen?

(Ratsfrau Marmulla [Die Linke]: Getrennt abstimmen! – Ratsherr Born [Die Linke]: Wir möchten getrennt abstimmen lassen!)

Ich möchte zunächst einmal verstehen, was Sie beantragt haben, denn das ist für mich wichtig für die Frage der Abstimmungsreihenfolge. Ich würde jetzt vorschlagen, dass wir über den Änderungsantrag zuerst abstimmen und dann ergänzend über die Punkte aus Ihrem Antrag. Für mich wären das dann Ergänzungspunkte.

(Ratsherr Born [Die Linke] nickt.)

– Ich sehe Kopfnicken. Dann machen wir das so. Das bedeutet, wir stimmen über den Antrag mit der Vorlagennummer RAT/254/2024 ab. Das ist der Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP zur Vorlage RAT/230/2024. Ich frage: Wer ist für diesen Antrag? – Das sind Die Partei-Klima-Fraktion, Die Linke, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der Oberbürgermeister, CDU, FDP und die Ratsgruppe Tierschutz/Freie Wähler. Wer enthält sich? – Wer ist dagegen? – Eine Stimme bei der AfD. Dann ist das mehrheitlich angenommen.

Jetzt kämen wir zu dem Antrag der Fraktion Die Linke. Sie wollen aber alle drei Punkte getrennt abstimmen lassen?

(Ratsherr Born [Die Linke]: Nur den dritten!)

– Nur den dritten. Das habe ich richtig verstanden. Das ist der Punkt: Die Stadt organisiert Vortragsreihen et cetera. Wer ist für diesen Spiegelpunkt? – Das sind die Fraktionen Die Linke und Die Partei-Klima-Fraktion. Enthaltungen? – Bei der Ratsgruppe Tierschutz/Freie Wähler. Wer ist dagegen? – Das ist dann der Rest des Hauses. Damit ist dieser Punkt mehrheitlich abgelehnt.

### **Beschluss**

*Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf*

- *unterstützt den gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP im Landtag „NRW setzt ein Zeichen für Solidarität und Menschlichkeit angesichts des Krieges im Nahen Osten“.*
- *beauftragt die Verwaltung, im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten und Zuständigkeiten Unterstützung anzubieten.*

### **41.6**

#### **Antrag der AfD-Ratsfraktion: Einführung Migrations-Dashboard RAT/225/2024**

(Ratsherr Jörres [AfD]: Der ist zurückgezogen!)

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Danke, er ist zurückgezogen.

### **41.7**

#### **Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: Mehr Platz für den Japan-Tag RAT/239/2024 (Restant)**

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Bürgermeisterin Gerlach.

**Bürgermeisterin Gerlach (Bündnis 90/Die Grünen):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Der Japan-Tag ist eine unserer bestbesuchten Veranstaltungen und natürlich auch ein wahnsinnig toller Tag. Letztes Mal waren 630.000 Besucherinnen und Besucher dort. Da kann man sich ja vorstellen, dass die Stadt voll ist. Alle, die dort waren, konnten das, glaube ich, auch ganz gut live erleben, dass die Stadt voll ist. Ich habe nach dem Japan-Tag immer wieder gehört, dass es viele Menschen gibt, die auch gerne gekommen wären, aber denen es einfach zu viel Gedränge ist und/oder es schwerfällt, über den Hauptbahnhof mit dem ÖPNV anzureisen, weil auch dort die ganzen Bahnsteige voll sind.

Nun gibt es ja, wenn ein solches Fest schon seit so langer Zeit stattfindet, das offensichtlich auch auf große Gegenliebe stößt, einen Zeitpunkt, an dem man sich überlegen kann: Wie kann man einen solchen Tag weiterentwickeln? Das hat, würde ich sagen, vor allem damit zu tun: Wie kann man mehr Platz für die vielen Besucherinnen und Besucher schaffen, damit sich das Ganze etwas entzerrt und mehr Menschen an diesem Tag teilhaben können?

Es gibt eine einfache Lösung. Es wäre möglich, zu sagen, es kommen an diesem Tag eh viele gar nicht mit dem Auto in die Stadt, weil auch das, glaube ich, kein Vergnügen ist. Viele kommen mit dem ÖPNV, und man könnte sagen, dass man bestimmte Bereiche der Innenstadt für den Autoverkehr sperrt, damit man mehr Platz hat, mehr Veranstaltungen durchführen und das Ganze entzerren kann. Das haben wir hier aufgeschrieben und haben mit Erstaunen gelesen, dass es offensichtlich katastrophale Auswirkungen haben würde, wenn wir das tun würden. Ich glaube nicht

daran. Ich würde gern die CDU-Fraktion und vor allem natürlich Ratsherrn Hartnigk, lieber Andreas, dich, noch einmal darauf hinweisen, dass das ein Prüfauftrag ist, den wir hier stellen. Wir sind, glaube ich, maximal pragmatisch an die Sache herangegangen und haben gesagt: Wir können uns vorstellen, das Ganze zu entzerren. Wir wollen den Japan-Tag noch attraktiver machen für Besucherinnen und Besucher. Davon würden auch unsere Gastronomie und vielleicht auch, wenn man ihn ausweiten würde, die Hotellerie profitieren, wenn man ihn über mehrere Tage strecken würde.

Deshalb möchten wir eine Rahmensetzung prüfen lassen: Welche Straßen könnten autofrei werden? Wir haben noch gar nicht gesagt, alles müsse autofrei sein, sondern nur: Welche Straßen könnten das sein, wo man mehr Platz schaffen kann? Wie kann die Mobilität besser organisiert werden? Wir hätten dazu gern ein Verkehrskonzept. Das Ganze muss ein wenig Vorlauf haben; es dauert ja auch noch, bis der nächste Japan-Tag stattfindet. Bis dahin kann man ganz in Ruhe ein Verkehrskonzept entwickeln. Die Rheinbahn ist sicherlich in der Lage, das zu tun, um eine positive Erfahrung auch der Anreise mit dem ÖPNV zu haben. Wir könnten damit auch unsere Rheinbahn bewerben, die, finde ich, hierbei einen guten Job leistet. Das kann man auch noch einmal herausstellen.

Natürlich hätten wir dann auch gern eine gute Kommunikationsstrategie dafür, dass es am Japan-Tag in Teilen autofrei zugeht, einmal, um keine Irritationen bei den Besucher\*innen zu erzeugen, aber natürlich auch, um darzulegen: Es kann wirklich total schön sein, wenn man sich zu Fuß durch die Stadt bewegt. Ich glaube, das liegt voll im Rahmen von „Mobilität für alle“.

An diesem Tag wäre es gut, einmal auszuprobieren, den Fußgänger\*innen mehr Platz zu lassen und einfach ein tolles Erlebnis zu haben. Deshalb würde ich mich total freuen, wenn sich die CDU-Fraktion den Antrag noch einmal ganz genau durchlesen und sehen würde, dass es gar nicht so schlimm ist, wie vorher behauptet wurde.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Ich habe eine Wortmeldung von Ratsherrn Hartnigk, Ratsherrn Neuenhaus, Ratsfrau Lehmann, Ratsherrn Volkenrath, und dann sehen wir einmal weiter. – Ratsherr Hartnigk, Sie haben das Wort.

**Ratsherr Hartnigk (CDU):** Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ja, liebe Clara, eine Kommunikationsstrategie fängt möglicherweise damit an, dass man zunächst einmal mit den Betroffenen redet, statt es in der Öffentlichkeit rauszuhauen und sich dann zu wundern, dass es ein wenig Gegenwind gibt.

Wir haben einen sehr erfolgreichen Japan-Tag, der über Jahrzehnte gewachsen ist. Er hat einmal klein angefangen, und die japanische Community in Düsseldorf – das wissen wir alle – ist sensibel. Ich weiß nicht, ob sich der eine oder andere noch daran erinnern kann: Wir hatten einmal vor, eine japanische Karnevalsprinzessin zu haben. Dazu gab es eine sehr unangenehme Bemerkung aus dem Bereich des Karnevals. Daraufhin hat es die Community zurückgezogen. Düsseldorf hatte keine japanische Karnevalsprinzessin. Das zeigt eigentlich sehr deutlich, wie sensibel dieses Thema ist.

Liebe Clara, ihr habt weder mit den japanischen Veranstaltern noch mit D.LIVE noch mit der Rheinbahn gesprochen. Denn alle, mit denen wir nämlich gesprochen haben, haben gesagt: Nein, erstens sind wir davon nicht überzeugt, und zweitens finden wir das ausgesprochen schwierig. Ehrlicherweise, wenn man euren Antrag liest, weiß man: Es geht euch eigentlich – das hast du gerade selbst gesagt – gar nicht so wirklich um den Japan-Tag, sondern es geht euch um eine Veranstaltung, die ihr quasi zu einem autofreien Festival ummodellieren wollt. Das steht sogar in Punkt 4 eures Antrags. Dort steht nämlich: „Eine Strategie zur Kommunikation des autofreien

Tages". Dort steht noch nicht einmal mehr „autofreier Japan-Tag“. Das zeigt eigentlich, dass es euch gar nicht darum geht.

Ich will einmal sagen: Jeder, der den Japan-Tag an dem Samstag kennt, weiß, dass geschätzt mindestens die Hälfte der Besucher kommt, weil sie das überregional bekannte Feuerwerk sehen wollen. Sie kommen so oder so. Sie kommen nicht an einem zweiten Tag, denn es gibt ja auch kein zweites Feuerwerk. Und ja, es kommen viele Menschen mit dem ÖPNV, der an diesem Japan-Tag tatsächlich an seine Leistungsgrenze kommt.

Wir alle wissen – das wissen die Kolleginnen und Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen auch selbst mit am besten, die in dem Gremium sind –, dass in dieser Zeit gerade die Verkehrsunternehmen ächzen. Wir haben Probleme mit Fahrzeugen, wir haben Probleme mit Personal, und dann soll die Rheinbahn das statt an einem Tag an zwei Tagen machen, an einem Wochenende. Das ist auch relativ komplex, wenn es um die Genehmigung von zusätzlicher Arbeit, Zustimmung des Betriebsrats und sonstige Dinge geht. Also, das hat uns ein Stück weit irritiert, und wir haben insbesondere das Auftreten über die Öffentlichkeit, ohne es vorher mal intern vorzubesprechen, wie ein Elefant-im-Porzellanladen-Verhalten gesehen. Denn es gibt einen Arbeitskreis unter der Leitung von D.LIVE – er heißt „Facharbeitskreis für Kultur und Begegnungsfeste“ –, in dem all die wichtigen Teilnehmer der japanischen Community, angefangen vom Generalkonsul über die japanische Industrie und Handelskammer bis zu den Veranstaltern und den Menschen, die dort Stände haben, vertreten sind, die aus der Zeitung erfahren haben, dass sie das jetzt über zwei Tage machen sollen, ohne dass es ein Konzept gibt, wie das funktionieren soll.

Es kann auch nicht die Aufgabe der Verwaltung sein, das auf den Weg zu bringen. Das halten wir für ausgesprochen schwierig in diesem Fall. Wenn man einen autofreien Tag in Düsseldorf machen will, kann man das machen. Aber dann, finde ich, ist der Japan-Tag ein relativ schlechtes Beispiel, weil er, wie gesagt, ein sensibles Thema mit den Veranstaltern ist. Wenn dann auch noch gesagt wird, da muss ein Verkehrskonzept vorgelegt werden: Ja, natürlich wird beim Japan-Tag ein Verkehrskonzept vorgelegt, sonst könnte er gar nicht stattfinden. Aber man darf das, wie gesagt, nicht alles überborden.

Weil wir das alles nicht so richtig nachvollziehen können, der Japan-Tag aus unserer Sicht gut funktioniert, wir auch froh sind, dass viele Menschen dort hinkommen, und ich eigentlich noch niemanden gehört habe, der, wenn er nicht zum Japan-Tag will, dort nicht hinkommt, weil er irgendwie scheitert, lehnen wir diesen Antrag heute ab. Aber das ist nichts Neues. Wir hatten uns im Vorfeld schon dazu geäußert, denn es handelt sich ja um einen Restanten. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Ratsherr Neuenhaus hat als Nächster das Wort. Es folgen Ratsfrau Lehmann, Ratsherr Volkenrath, Ratsfrau Cordes, Ratsherr Dr. Graeßner und Ratsherr Fix. – Bitte, Ratsherr Neuenhaus.

**Ratsherr Neuenhaus (FDP):** Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Wir haben in der Fraktion ganz lange darüber diskutiert, denn diese Problematik sehen wir alle auch, und jeder Japan-Tag wird etwas voller. Aber der Japan-Tag mit seinem Feuerwerk ist in dieser Stadt einmal im Jahr immer ein ganz besonderer Termin. Den kann man nicht duplizieren, indem man einfach sagt: Ich mache den jetzt Freitag und Samstag und mache dann das gleiche Feuerwerk und probiere sozusagen, die gleiche Stimmung noch einmal in diese Stadt zu bekommen. Das wird aus unserer Sicht nicht funktionieren. Die logistischen Probleme, die der Kollege Hartnigk eben genannt hat, sind das Gleiche.

Wir haben lange über die Heinrich-Heine-Allee diskutiert, weil vor allem nach dem Feuerwerk der Druck in Richtung Heinrich-Heine-Allee riesengroß ist. Das ist aber eine Sache, die man, Herr Oberbürgermeister und Herr Zaum, vielleicht einmal mit der Polizei besprechen sollte: Was kann

man tun? Wenn es einfach nur autofrei ist, rückt die Menge ja nur 3 Meter weiter, und Polizei und Rettungswagen kommen nicht durch.

Wir bieten gern Gespräche an. Wir können uns nicht vorstellen, diesen besonderen Tag, den Japan-Tag, einfach zu duplizieren. Das, glauben wir, wird nicht gehen. Machen wir ein anderes Programm, werden die Leute zweimal kommen. Davon bin ich bei der Strahlkraft dieser Stadt mittlerweile überzeugt. Autofrei – an dieser Stelle definitiv nicht. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Ratsfrau Lehmann hat als Nächste das Wort, danach Ratsherr Volkenrath. – Bitte, Ratsfrau Lehmann.

**Ratsfrau Lehmann (Die Linke):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörenden! Wir unterstützen den Antrag unbedingt. Wir freuen uns sehr, denn wir hatten 2022 einen Antrag „Autofreier Tag“ gestellt, der leider abgelehnt wurde, und finden es gut, dass das jetzt einmal ausprobiert wird.

In der Presse war heute schon zu lesen, dass es hier wohl vielfach um das sehr emotionale Thema – das stand nicht darin – Mobilität geht. Das scheint der Fall zu sein. In der Presse war auch zu lesen, dass Die Linke Fan von Autofreiheit sei. Das fanden wir sehr schön, und man kann das durchaus auch mal wieder ausprobieren.

Ich war zum letzten Japan-Tag quasi Touristin in meiner eigenen Stadt, weil ich mit der Bahn gefahren bin – ich bin Bahnfahrerin, leide auch immer wieder, fahre aber trotzdem gern Bahn –, und war am Bahnhof. Wenn man sich einmal ansieht, was am Bahnhof los ist: Dort sind große Buden aufgestellt. Die Menschen arbeiten offensichtlich ein Jahr an ihrem Kostüm, kaufen an den Buden auch noch eigene Kostüme und bewegen sich zu Fuß durch die Stadt. Es gab Ströme, die zu Fuß in die Stadt gegangen sind. Denen könnte man zum Beispiel mehr Autofreiheit gönnen, damit sie ihr Fest noch besser feiern können. – Danke.

(Beifall von der Linken)

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Ratsherr Volkenrath, bitte, Sie haben das Wort.

**Ratsherr Volkenrath (SPD):** Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Zu Beginn vielleicht ein kleiner Hinweis: Ich finde, das Thema ist zu spannend, zu gut, zu wichtig, als dass jetzt so ein wenig der Showdown zwischen Schwarz und Grün abgeturnt wird. Das muss nicht sein. Lassen Sie uns auf die Inhalte konzentrieren.

Da ist zum einen der Japan-Tag in der Tat ein sehr spannender und erfolgreicher Tag, der auch für Düsseldorf enorm nach außen wirkt. Aber er hat natürlich auch Kapazitätsprobleme. Es gibt Bereiche, in denen etwas optimierbar ist. Dabei ist dann vor allem die Fläche gefragt, und zwar nicht nur für Fußgänger, sondern auch dafür, dass andere Mobilitätsbereiche verbessert und Veranstaltungsszenarien besser dargestellt werden können. All das ist sicherlich eine spannende Frage, bei der wir sagen: Ja, es lohnt sich durchaus, darüber einmal nachzudenken und Konzepte zu entwickeln. In der Tat: Man soll Konzepte mit allen Beteiligten entwickeln, und irgendwo scheint es für uns eine Grenze zu geben, wenn wir darangehen, das zeitlich zu verdoppeln.

Deshalb unser Vorschlag: Ja, es ist spannend. Lasst uns die Diskussion führen, auch mit neuen Mobilitäts- und Aufenthaltsqualitäten. Aber das mit den zwei Tagen lasst uns streichen. Deshalb lautet unser Antrag, die Zweitägigkeit zu streichen, es auf einen Tag zu konzentrieren und das als Auftrag an die Verwaltung zu geben. Ich freue mich auf die spannende Diskussion, wenn wir es dann hier diskutieren.

Kleiner Hinweis: Wenn ich richtig informiert bin, findet in der Dezembersitzung die Haushaltsdiskussion statt. Ob wir dann das dort diskutieren sollten? Aber das sind so berühmterbüchtigte Petitesse. Über den Zeitplan werden wir uns sicher einig. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Auf meiner Liste habe ich als Nächste Ratsfrau Cordes. Es folgen Ratsherr Dr. Graebner und Ratsherr Fix.

**Ratsfrau Cordes (Bündnis 90/Die Grünen):** Vielen Dank. – Ich kann das nur bestätigen. Es ist ein sehr spannendes Thema, und es dürfte allgemein bekannt sein, dass ich immer gern über Mobilität diskutiere. Ich muss aber sagen, dass ich in diesem Fall die Aufregung nicht so ganz nachvollziehen kann. Ich kann mich der Kollegin Gerlach nur anschließen: Ich finde, es handelt sich um einen extrem pragmatischen Antrag. Noch einmal für alle zum Mitschreiben: Es ist ein Prüfantrag. Außerdem glaube ich, dass wir mit diesem Antrag auch einige Punkte aufgenommen haben, die in der Vergangenheit – vielleicht auch zu Recht – kritisiert wurden.

(Unruhe)

– Es ist übrigens auch nett, wenn man auch bei Anträgen zuhört, bei denen man schon weiß, dass man dagegen stimmen will. Aber das nur so als kleiner Hinweis.

Auf jeden Fall handelt es sich um einen Prüfauftrag. Wir haben darin zum Beispiel die Kritik aufgenommen, dass wir nicht einen autofreien Tag machen, an dem wir einfach nur irgendwelche Straßen sperren, die dann leer sind, sondern wir haben es mit der Idee des Japan-Tags verbunden. Das kommt übrigens auch daher: Ich bin zum Beispiel im Aufsichtsrat der D.LIVE, wie andere Kolleginnen und Kollegen hier auch. Dort gab es gerade in den letzten beiden Jahren sehr wohl verstärkt die Rückmeldung, dass es einfach zu voll sei, dass Zuschauerinnen und Zuschauer zum Beispiel gar nicht mehr an die kleinen Bühnen kommen, die es dort gibt, dass sie nicht sehen können, was dort passiert, nicht an die Buden herankommen und so weiter. Also, das in der Fläche auszudehnen, scheint kein ganz dummer Gedanke zu sein. – Das einmal dazu.

Wenn man es in der Fläche ausdehnen will, dann braucht man auch die Fläche.

(Unruhe)

– Also, ich fände es schon gut, wenn Sie ein wenig für Ruhe sorgen könnten.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Sie haben recht, Ratsfrau Cordes. Es ist ein Problem des heutigen Tages.

**Ratsfrau Cordes (Bündnis 90/Die Grünen):** Ich höre euch auch zu. Es ist nicht so schwer.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Wir sind auch auf der Zielgeraden.

**Ratsfrau Cordes (Bündnis 90/Die Grünen):** Ja. Die Qualität der Rede, genau. Auch da höre ich zu. Aber gut, anderes Thema.

Wir haben hier noch nicht einmal gesagt, dass es per se eine autofreie Kö oder eine autofreie Heinrich-Heine-Allee – oder was auch immer – sein muss, sondern, wie gesagt, man kann ja schauen, was Sinn ergibt. Man könnte zum Beispiel auch darüber nachdenken, ob man eine sinnvolle Verbindung zum Hauptbahnhof schafft, weil viele Menschen mit dem ÖPNV anreisen.

Noch ein Punkt: Was ich auch nicht so ganz verstehe, ist: Wir vertrauen der D.LIVE zunehmend mehr Großveranstaltungen und Projekte an. Das scheint auch darin begründet zu sein, dass wir das Vertrauen haben, dass das gut gemanagt wird. Die D.LIVE managt beziehungsweise organisiert

auch den Japan-Tag. Ich verstehe nicht so ganz, warum jetzt nicht das Vertrauen vorhanden ist, dass auch geschaut wird: Was ist sinnvoll, und wie können wir das gegebenenfalls mit einer Ausweitung der Fläche und dadurch einer Sperrung für den Autoverkehr realisieren?

Noch ein Punkt zu den zwei Tagen: Wir gehen gern auf die Kritikpunkte ein, die hier von den Kolleginnen und Kollegen kamen, und würden das zurückziehen und den Antrag rein auf die räumliche Ausweitung und die damit verbundene Autofreiheit reduzieren. – Vielen Dank.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Gestatten Sie mir eine Frage an die antragstellende Fraktion, da jetzt zwei Rednerinnen gesagt haben, es handele sich um einen Prüfauftrag. Ich lese aus dem Antrag den Auftrag, ein Konzept zu erstellen, das zur Beschlussfassung vorgelegt werden soll. Das ist aus meiner Sicht etwas ganz anderes als ein Prüfauftrag. Könnten Sie das einfach klarstellen, damit Verwaltung im Bedarfsfall weiß, was sie zu tun hat?

**Ratsfrau Cordes (Bündnis 90/Die Grünen):** Ich glaube, man kann uns schon die Vernunft zutrauen, wenn die Veranstalter auf uns zukommen und sagen: „Wir haben hier an einem Konzept gearbeitet, aber das ergibt für uns überhaupt keinen Sinn, wir wollen das auf gar keinen Fall!“, dass man dann natürlich die Lage neu bewertet und darüber spricht. Das machen wir ja sonst auch.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Okay. Das heißt, ein Konzept, wenn es eins geben kann. Aber wenn der Veranstalter das nicht für sinnvoll hält, dann kann er das auch so als Ergebnis vortragen. Das wäre schon näher an einem Prüfauftrag.

(Ratsherr Dr. Schulz [Bündnis 90/Die Grünen] nickt.)

– Ratsherr Dr. Schulz nickt. Vielen Dank. Dann nehmen wir das so zur Kenntnis.

Ratsherr Dr. Graebner, Sie haben als Nächster das Wort.

**Ratsherr Dr. Graebner (Bündnis 90/Die Grünen):** Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin ein großer Fan des Japan-Tags. Der Japan-Tag, wie er heute stattfindet, ist extrem erfolgreich – viel erfolgreicher, als man, glaube ich, damals gedacht hat, als das Konzept aufgestellt und entwickelt worden ist. Darum ist es auch legitim, einfach mal darüber nachzudenken, was man noch besser machen kann, wie man es so ändern kann, dass es vielleicht für alle Menschen ein großes Erlebnis wird.

Ich möchte gern von meinen beiden Töchtern erzählen. Das mache ich manchmal ganz gern. Die hören das immer nicht so gern, aber sie hören heute nicht zu. Die beiden waren nämlich auch am Japan-Tag unterwegs. Sie waren in der Bolkerstraße, und dort war es so knackvoll, dass sie richtig Angst bekommen haben und dann nur durch Zufall noch herausgekommen sind. Daher: Wir müssen etwas daran ändern. Wir müssen schauen, dass wir die Verkehrs- und die Fußgängerströme ändern. Das ist auch ein Ziel unseres Antrags. – Danke schön.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Ratsherr Fix hat als Nächster das Wort. Es folgen Ratsherr Thämer und Bürgermeisterin Gerlach.

(Bürgermeisterin Gerlach [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, zurückgezogen – oder kurz!)

**Ratsherr Fix (Die Partei-Klima-Fraktion):** Vielen Dank. – Eigentlich hat mir mein Vorredner schon meine Worte aus dem Mund genommen. Ich wollte auch noch einmal darauf hinweisen, dass zumindest in den letzten Jahren, als ich dort war, der Japan-Tag, weil er so ein großer Erfolg ist,

extrem überlaufen war. Der Platz reicht einfach nicht mehr aus, und ich kenne genug Leute aus meinem persönlichen Kreis, die nicht mehr hingehen, weil es an den Stellen, an denen er stattfindet, so voll ist. Das heißt, eine Ausweitung des Japan-Tags auf mehr Bereiche der Innenstadt ist sinnvoll für die Besucher, aber auch sinnvoll für Düsseldorf. Denn es ist ja eigentlich eine Wirtschaftsförderung für Düsseldorf, selbst diesen Japan-Tag auszuweiten, weil mehr Stände aufgebaut, mehr Dinge verkauft und mehr Steuern an die Stadt gezahlt werden können. Eigentlich ist es ein Win für alle. Wir sollten es einfach tun. Dann haben wir mehr Geld in der Kasse für soziale Themen und anderes. – Danke.

(Beifall von Die Partei-Klima-Fraktion)

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Ich darf darauf hinweisen, dass der Japan-Tag keine Veranstaltung ist, an der die Stadt Geld verdient, sondern wir subventionieren ihn mit sehr viel Geld.

(Ratsherr Fix [Die Partei-Klima-Fraktion]: Darf ich noch einmal?)

– Jetzt machen wir erst einmal in der Redeliste weiter. Nun ist Ratsherr Thämer dran, danach kurz Ratsfrau Gerlach und dann nochmals Ratsherr Fix. Sie wollten kurz, haben Sie gesagt. – Bitte, Ratsherr Thämer.

**Ratsherr Thämer (CDU):** Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Meine Damen und Herren! Ich glaube, es sagt schon so ziemlich alles über den Antrag aus, wenn man dreimal nachfragen muss, was eigentlich gemeint ist: ein Prüfauftrag, eine Konzepterstellung oder ein Verwaltungsauftrag.

Jetzt wird immer die Historie des Japan-Tages genannt. Man muss sich aber wirklich einmal ansehen: Der Japan-Tag sieht auch nicht mehr aus wie vor zehn Jahren. Er verändert sich stetig. Es kommen mehr Buden und mehr Flächen dazu. Das heißt, die Verwaltung erarbeitet ständig ein neues Konzept, und die Frage, ob er jetzt autofrei ist oder nicht, ist Sache des Verkehrskonzeptes. Es ist die Frage: Wie kommen Polizei und Feuerwehr dorthin? Das ist laufendes Geschäft der Verwaltung. Das, was Sie machen, ist, Sie greifen vor und sagen: Mensch, es wäre doch schön, wenn das autofrei wäre – ohne es weiter zu planen –, und die Verwaltung hat das jetzt gefälligst umzusetzen.

Arbeiten Sie mit der Verwaltung daran, dass der Japan-Tag die Rahmenbedingungen bekommt, die er braucht. Wenn die Verwaltung zu dem Ergebnis kommt, es wäre sinnvoll, die Heinrich-Heine-Allee am Ende eine Stunde zu sperren, kann man das gern tun. Aber man muss sich ernsthaft damit auseinandersetzen und darf nicht einfach nur den autofreien Tag an den Japan-Tag dranheften, damit man bei dem Thema weiterkommt. Das macht keinen Sinn. Deshalb bleiben wir bei der Ablehnung.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Ratsfrau Gerlach.

**Bürgermeisterin Gerlach (Bündnis 90/Die Grünen):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ratsherr Thämer, Sie können aber unserem Antrag, glaube ich, zustimmen, wenn ich Ihren Ausführungen richtig gelauscht habe. Wir arbeiten doch mit der Verwaltung daran, dass wir ein gutes Konzept hinbekommen. Aber nun gut, wollen wir nicht weiter darüber reden.

Ich habe mich tatsächlich nur kurz gemeldet, weil ich einfach sagen wollte: Wenn wir so einen Antrag stellen, dann reden wir schon auch mit denjenigen, die es umsetzen. Ich habe sowohl mit der Rheinbahn als auch mit D.LIVE gesprochen. Ich hatte D.LIVE auch gebeten, einmal vorzufühlen, wie es mit dieser Ausweitung aussieht. Aber beide haben mir gesagt, natürlich wäre es möglich, ein gutes Verkehrskonzept zu stricken und auch eine Bewerbung der Rheinbahn zu machen. D.LIVE hat gesagt: Ja, natürlich können wir das auch auf andere Flächen ausweiten. Das wäre auch spannend.

Ich weiß nicht, was Ihnen gesagt worden ist. Auch mit der CDU haben wir gesprochen; denn wir sprechen über jeden Antrag, den wir stellen. Dieser Antrag ist ja auch ein Restant, er ist also nicht ganz überraschend gewesen. Wir legen alle Anträge immer auch der CDU vor. Also, ich verstehe einfach nicht, dass die CDU sagt, wir hätten nie über diesen Antrag gesprochen. Dafür gibt es ja diverse Abstimmungsgremien. Wir haben tatsächlich mit allen darüber gesprochen, das wollte ich einfach nur noch einmal klarstellen. Wir machen das hier auch schon etwas länger.

(Vereinzelt Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Ratsherr Fix.

**Ratsherr Fix (Die Partei-Klima-Fraktion):** Danke, Herr Oberbürgermeister. – Ich möchte noch kurz etwas zu Ihrem Punkt erwidern, dass der Japan-Tag von der Stadt subventioniert werde. Das ist ja nichts anderes als jegliche anderen Großveranstaltungen, die die Stadt auch subventioniert, wie die EURO 2024 oder die Invictus Games. Man erhofft sich davon natürlich einen Mehrwert für die Stadt, aber auch einen finanziellen Mehrwert über Gewerbeeinnahmen, darüber, dass man mehr Touristen anlockt. Diese Begründungen werden immer wieder genutzt, um Großveranstaltungen zu begründen; und das kann man hier genauso tun – oder nicht?

(Beifall von Die Partei-Klima-Fraktion)

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Hier geht es doch in erster Linie um eine Wertschätzung der japanischen Community und die Ermöglichung eines kulturellen Begegnungsfestes. Das wäre an dieser Stelle schon einmal wichtig festzuhalten. Aber gut.

**Ratsherr Fix (Die Partei-Klima-Fraktion):** Natürlich ist es auch das.

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Wie „auch“?)

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Nicht „auch“. Das ist es.

**Ratsherr Fix (Die Partei-Klima-Fraktion):** Aber dass eine Ausweitung davon für die Stadt positive Nebeneffekte hat, kann ja wohl keiner abstreiten.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Ich sehe aber zunächst keine weiteren Wortmeldungen. Das heißt, wir können über den Antrag abstimmen. Er ist insofern modifiziert worden, als die „zeitliche Ausweitung“ gestrichen werden soll. Das wäre der letzte Satz im ersten Absatz, der würde dann unter den Tisch fallen. Wir haben außerdem auf Kopfnicken von Ratsherrn Dr. Schulz zur Kenntnis genommen, dass wir einen Konzeptvorschlag machen, wenn der Veranstalter und die Community ihn für sinnvoll halten. Sie haben aber auch das Recht, zu sagen: Wir halten es nicht für sinnvoll. – Danke.

Dann darf ich den Antrag mit diesen Modifikationen zur Abstimmung stellen und frage: Wer ist für diesen Antrag? – Das sind Die Linke, Die Partei-Klima-Fraktion, SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? – Tierschutz/Freie Wähler. Wer ist dagegen? – Das sind AfD, FDP, CDU und der Oberbürgermeister. Das ist aber nicht die Mehrheit. Damit ist der Antrag mit den beschriebenen Modifikationen angenommen.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen und vereinzelt von SPD und der Linken)

## **Beschluss**

*Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, den Japan-Tag zur nächsten Auflage im Jahr 2025 weiterzuentwickeln und der immer weiter wachsenden Zahl der Besucher\*innen gerecht zu werden. Kernpunkt soll daher sein, dem Japan-Tag durch zusätzliche autofreie Bereiche in der Innenstadt mehr Platz zu ermöglichen, beispielsweise auf der Heinrich-Heine-Allee und der Königsallee.*

*Hierzu beauftragt der Rat die Verwaltung, mit dem Veranstalter des Japan-Tags D.LIVE sowie der Rheinbahn und den weiteren Beteiligten ein Konzept auszuarbeiten, das folgende Aspekte beinhaltet:*

- *Die Rahmensetzung der autofreien Bereiche am Japan-Tag und die Nutzung der daraus entstehenden Freiräume.*
- *Die Organisation der Mobilität, insbesondere des öffentlichen Nahverkehrs, um eine positive Erfahrung der An- und Abreise zu den Veranstaltungsorten gewährleistet.*
- *Eventuelle Serviceleistungen, die für die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs und insbesondere die Leistungen der Rheinbahn werben.*
- *Eine Strategie zur Kommunikation des autofreien Tages für die Besucher\*innen sowie der Anwohnenden und Gewerbetreibenden in den betroffenen Gebieten.*

*Dieses Konzept soll dem Rat bis Ende 2024 zur Beschlussfassung vorgelegt werden.*

#### **41.8**

##### **Antrag der FDP-Ratsfraktion: E-Laden ohne optische Beeinträchtigung**

RAT/241/2024 (Restant)

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Ratsherr Droste, Sie haben das Wort.

**Ratsherr Droste (FDP):** Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Wir haben jetzt Viertel vor acht, und das ist der letzte Restant. Wir haben also jetzt die Restanten erfolgreich abgearbeitet.

Zuallererst möchte ich aus Respekt vor dem Amt des Oberbürgermeisters Ihre Frage beantworten, Herr Dr. Keller, was Ladepunkte an Bordsteinkanten mit dem diskriminierungsfreien Zugang für Marktteilnehmer zu E-Ladepunkten zu tun haben. Ich würde sagen: nichts. Denn dies ist eine neue Technologie, die helfen soll, mehr Ladepunkte in Düsseldorf zu errichten, und zwar überall dort, wo E-Ladesäulen nicht möglich sind, wo Radwege oder Bürgersteige sind.

Entscheidungsträger in anderen Kommunen sind so begeistert von dieser Technologie, dass sie in Neubaugebieten vorsorglich schon einmal die Bordsteine für diese E-Ladepunkte vorbereiten, damit man sie hinterher dann schlank und kostengünstig einbauen kann. Vor diesem Hintergrund und angesichts dieser Begeisterung möchte auch die FDP-Fraktion helfen, diese gute Technologie möglichst schnell auch in Düsseldorf einzuführen. Wir sind da so ein Stück weit hinterher. Andere Kommunen sind schon sehr viel weiter. Vor diesem Hintergrund bitte ich um Zustimmung zu diesem Antrag. – Danke sehr.

(Beifall von der FDP)

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Ratsherr Mielczarek, Sie haben das Wort.

**Ratsherr Mielczarek (Bündnis 90/Die Grünen):** Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Liebe Ratsleute! Liebe FDP! Wir schlagen vor, das Thema in den Ordnungs- und Verkehrsausschuss zu überweisen, und denken, dass es sinnvoll wäre, das dort vertiefter zu besprechen. Die Verwaltung kann uns sicher auch besser berichten, als es hier in diesem Kreis möglich ist, wie der Stand der aktuellen Gespräche und Projekte in diesem Bereich ist. Es gab auch eine Presseberichterstattung dazu. Der WDR hat berichtet, dass Düsseldorf für Pilotprojekte in dem Bereich im Gespräch ist. Ich glaube, dass dem damit auch gedient wäre. Es gibt auch die Elektromobilitätskommission, in der wir das detaillierter besprechen können. Wir sind dem gegenüber überhaupt nicht verschlossen. Aber die Debatte hier im Rat wird dem nicht gerecht, denn wir haben den aktuellen Stand nicht vonseiten der Verwaltung, was in der Pipeline ist, und so können wir auch keine fundierten Hintergrundinformationen einholen. Deshalb schlagen wir vor, das in den OVA zu überweisen und dann gemeinsam darüber zu sprechen.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Das können wir sicherlich machen, aber die Verwaltung wäre auch bereit, den aktuellen Stand zu erläutern, denn das ist relativ simpel. Es gibt derzeit einen Anbieter für diese Dinge, das ist ein Düsseldorfer Unternehmen, das heute auch schon mehrfach Thema war, mit einer entsprechenden Tochter, die das können und mit denen wir dabei sind, entsprechende Pilotstandorte auszusuchen, um das in der Stadt auszurollen. Aber der Verkehrsdezernent kann das sicher noch präziser beschreiben. Dann stellt sich die Frage, ob der Antrag wirklich noch weiter beraten werden muss oder ob man nicht sagen kann: Wir berichten dann über den Vollzug. – Bitte, Jochen.

**Beigeordneter Kral:** Genau. Ich kann es nur präziser beschreiben, weil es so ist, wie es gerade dargestellt worden ist. Es ist ein Produkt, das auch wieder von der Firma Rheinmetall angeboten wird. Die Stadtwerke sind als Partner in engem Austausch damit. Sie haben das Gerät auf ihrem Gelände getestet. Die Testergebnisse zu dem Einsatz auf ihrem Gelände waren positiv. Wir haben mit der Verwaltung und den Stadtwerken drei Standorte identifiziert, an denen wir das einbauen möchten. Diese befinden sich in der Derendorfer Allee, in der Leo-Baack-Straße, und wir diskutieren aktuell noch einen Standort in der Metro-Straße. Damit wären wir im Prinzip so weit, dass wir das Gerät und den Standort einsetzen können. Das Einzige, was noch fehlt, ist die Eichkonformität des Geräts. Das heißt, es gibt noch keine Zertifizierung, dass die Eichung funktioniert. In dem Moment, wenn die Eichung funktioniert, werden diese Standorte aktiviert, und dann gibt es zwei bis drei Standorte im Düsseldorfer Stadtgebiet, wo die Stadtwerke das einsetzen werden. Von daher sind wir eigentlich dabei, den Antrag umzusetzen.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Ratsherr Auler, bitte. – Ratsfrau Holtmann-Schnieder, Entschuldigung, Sie wollten auch sprechen?

(Ratsfrau Holtmann-Schnieder [SPD]: Hat sich erledigt!)

– Hat sich erledigt.

**Ratsherr Auler (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es scheint ja so zu sein, als habe sich dieser Antrag durch Verwaltungshandeln erledigt. Ich hätte aber noch eine Frage, die vielleicht das Gremium auch interessiert, weil eine der Begründungen, dass die Verwaltung in diese Richtung tätig werden soll, darin besteht, dass diese Geräte weniger die Optik beeinträchtigen würden. Das sind keine großen Ladesäulen, sondern sie werden im Boden eingebaut. Meine Frage an die Verwaltung: Stimmt meine Information, dass es, wenn ich diese Bordstein-Ladegeräte – oder wie sie heißen – einbaue, gleichwohl erforderlich ist, dass ich in unmittelbarer Nähe einen Trafo aufstellen muss? Stimmt weiter die Information, dass, wenn ich vier dieser Bordstein-Ladestellen installiere, der Trafo schon eine Größe – zumindest heute – hat, die an einen haushaltsüblichen Kühlschrank herankommt? – Ich weiß nicht, ob die Verwaltung dazu schon etwas sagen kann, ob das bei den Auswahlpunkten berücksichtigt wurde. – Vielen Dank.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Die Verwaltung kann auch dazu etwas ausführen, da wir uns mit dem Thema schon sehr eingehend befasst haben. – Bitte, Herr Kral.

**Beigeordneter Kral:** Die Verwaltung kann dazu ausführen. Sie kann tatsächlich den Kühlschrank-Vergleich nicht bestätigen. Ich könnte jetzt sagen: Das liegt daran, dass ich nicht weiß, wie groß der Kühlschrank ist, den Sie, Ratsherr Auler, im Kopf haben. Aber ehrlicherweise muss ich sagen: Ich weiß nicht exakt, wie groß sie sind. Aber es ist so: Die Technik ist so, dass, wenn man sie in den Bordstein einlässt, die eigentliche Transformationsleistung des Stromes nicht in dem Bordstein stattfinden kann. Das heißt, es muss ein zentraler Standort für verschiedene dieser Bordstein-Ladepunkte geschaffen werden. Von diesem wird dann über Kabel der Strom verteilt, und in diesem zentralen Standort findet dann die Transformation des Stroms statt. Er kann aber – das ist der Vorteil – im gestalterischen Aspekt auch frei gewählt werden. Wenn Sie einen Bürgersteig haben, können Sie das irgendwo im Ablauf dieses Bürgersteigs so positionieren, dass Wegebeziehungen nicht beeinträchtigt werden oder es gestalterisch nicht vor einem Denkmal

steht. Es hat nicht diese visuelle Präsenz. Sie können es auch, wenn Sie es an eine Hausfassade setzen, mit einer farblichen Anpassung an die Hausfassade ein wenig im Straßenraum verstecken. Darin liegen also sehr viele gestalterische Potenziale, die man mit dieser Technik umsetzen kann.

(Ratsherr Raub [SPD]: Kühlschränke gehören ins Haus!)

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Kühlschränke gehören ins Haus. – Ratsherr Droste, Sie haben das Wort.

**Ratsherr Droste (FDP):** Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Der FDP geht es nur um die Sache. Wenn die Verwaltung jetzt schon Zug in die Angelegenheit hineinbringt, möchten wir dem nicht im Wege stehen. Dann hat sich der Antrag hier im Rat erübrigt. Aber wenn Kollegen das noch im Ordnungs- und Verkehrsausschuss besprechen möchten, möchten wir dem auch nicht im Wege stehen. Das wäre dann aber, glaube ich, auch Ihr Antrag, Ratsherr Mielczarek.

(Ratsherr Mielczarek [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ziehen wir zurück!)

Dann hat sich das alles erledigt.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Ich würde für die Verwaltung zusagen, dass wir im OVA über den Projektfortschritt berichten, insbesondere, wann das Eich-Problem gelöst ist. Ich bin ganz zuversichtlich, dass wir in den nächsten Monaten diesen Bordstein verbauen können. Wir können nicht jedes Produkt der Firma Rheinmetall bei uns verwenden, aber dieses schon.

(Heiterkeit)

#### 41.9

#### **Antrag der Ratsfraktion Die Linke: Entwurf der Sponsoringrichtlinie zur Beratung vorlegen**

RAT/286/2024

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Ratsfrau Marmulla und Ratsherr Raub.

**Ratsfrau Marmulla (Die Linke):** Herr Oberbürgermeister, Sie haben gerade gesagt, wir können nicht jedes Produkt von Rheinmetall hier einsetzen. Wissen Sie, was Sie damit gesagt haben?

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Nein, ich habe nicht „einsetzen“ gesagt.

**Ratsfrau Marmulla (Die Linke):** Also, „einsetzen“, das ist echt ein ganz, ganz schlimmer Satz an dieser Stelle. Der tut mir richtig, richtig weh. Das geht gar nicht!

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Also, Sponsoringrichtlinie: Der Rat hat die Verwaltung beauftragt – das war im Frühjahr 2022 –, eine Sponsoringrichtlinie zu erarbeiten. Man war sich einig, dass es bestimmte Branchen gebe, mit denen man als Stadt vielleicht nicht werben möchte, also nicht gemeinsam in einem partnerschaftlichen Sponsoring-Setting. Dann haben wir sozusagen die Verwaltung arbeiten lassen.

(Ratsherr Tups [CDU]: Ihr habt die Verwaltung arbeiten lassen?)

– Ja, wir geben der Verwaltung Zeit.

Mit der Beschlusskontrolle haben wir dann festgestellt, dass über einen Entwurf verwaltungsintern abgestimmt wird. Dann haben wir nachgefragt, wann wir diesen zur Beratung vorliegen haben werden. Das wurde sehr einsilbig beantwortet.

Wir finden schon, dass der Rat nach zwei Jahren auch über eine bestimmte Fassung, die aus der Verwaltung kommt, beraten können sollte. Deshalb beantragen wir, dass der Entwurf der Verwaltung für diese Sponsoringrichtlinie auf die Tagesordnung kommt, damit wir den hier weiter beraten können. Dann steht es jeder Fraktion frei. Ich will nicht ins Detail gehen. Wenn die einen meinen, das habe sich überholt, und die anderen meinen, es habe sich nicht überholt, dann werden wir das hier offen diskutieren und die inhaltlichen Stellungnahmen und Positionen austauschen. Aber das Allererste ist, dass es auf den Tisch kommt. Das beantragen wir zum heutigen Tage, weil wir es nicht gut finden, wenn Beschlüsse so lange nicht umgesetzt werden. – Vielen Dank.

(Beifall von der Linken)

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Ratsherr Raub hat als Nächster das Wort.

**Ratsherr Raub (SPD):** Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Marmulla, der Jurist würde jetzt sagen: Ihr Antrag ist auf eine unmögliche Leistung gerichtet. Wir als Rat können den Oberbürgermeister oder die Verwaltung nicht zwingen, eine Vorlage vorzulegen, wenn sie die nicht vorlegen will. Sie hätten fragen können: Warum liegt die immer noch nicht vor? Oder: Was ist mit dem Entwurf? – Aber Sie können hier den Oberbürgermeister, auch wenn Sie es gern tun würden – und manchmal würde ich das auch gern tun –, schlicht und ergreifend nicht zwingen, etwas zu tun, was Sie hier fordern: eine bestimmte Vorlage vorzulegen.

Im Übrigen darf ich darauf hinweisen, dass inzwischen zu einem Gespräch eingeladen worden ist.

(Ratsfrau Marmulla [Die Linke]: Wir wurden nicht eingeladen!)

– Nicht?

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Doch, alle Fraktionen.

**Ratsherr Raub (SPD):** Doch, die Fraktionsspitzen sind, glaube ich, eingeladen worden, für Anfang November, wenn mich nicht alles täuscht. Daher läuft das Verfahren also weiterhin, und insofern: Ziehen Sie den Antrag zurück! Ansonsten müssten wir ihn ablehnen.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Vielen Dank. – In der Tat, für den 7. November sind alle Fraktionen eingeladen. – Ratsherr Tups.

**Ratsherr Tups (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte mich schon etwas gewundert, Ratsfrau Marmulla, warum Sie eigentlich so einen Antrag gestellt haben. Er ist in der Tat überflüssig,

(Ratsfrau Marmulla [Die Linke]: Er ist überhaupt nicht überflüssig!)

und es ergibt sich eben doch die Frage – das hat auch der Kollege Raub gerade richtig gesagt –, dass es keine Grundlage dafür gibt.

Gleichwohl wundert es mich umso mehr, da der Oberbürgermeister auch schon einen Termin für den 7. November dieses Jahres avisiert hat, an dem ein Auftaktgespräch stattfindet, um auch einmal außerhalb der normalen Norm darüber zu diskutieren, ob sich Sponsorenrichtlinien oder Sichtweisen auf das Sponsoring heute geändert haben. Die Sichtweisen haben sich auf bundes- und landespolitischer Ebene, auch parteiübergreifend sicherlich verändert. Welche Sichtweise Sie behalten werden, darüber brauchen wir mit Sicherheit nicht zu diskutieren. Da sind bestimmte Elemente ausgeblendet. Aber wir können nur empfehlen: Nehmen Sie Ihren Antrag zurück! Wir werden ihn ablehnen. Das ist für uns das Auftaktgespräch und dann auch die zukünftige Basis, um darauf neu aufzubauen.

(Beifall von der CDU)

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Ratsfrau Marmulla.

(Zuruf: Das war es jetzt!)

– Ja, aber wir dürfen den TOP noch zu Ende diskutieren.

**Ratsfrau Marmulla (Die Linke):** Wir werden den Antrag auf gar keinen Fall zurückziehen, weil es bitter notwendig ist, dass wir das Thema, dass diese Richtlinie zwei Jahre nicht beantwortet und nicht vorgelegt wird, heute hier diskutieren und damit das politische Signal setzen, dass das keine Umgangsweise mit dem Rat ist. Wir haben an anderer Stelle schon das Demokratieverständnis von OB Keller kritisiert, und das tun wir mit diesem Antrag noch einmal. Deshalb werden wir ihn auf gar keinen Fall zurückziehen.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Ratsherr Dr. Schulz hat sich noch gemeldet. – Bitte, Ratsherr Dr. Schulz, Sie haben das Wort.

**Ratsherr Dr. Schulz (Bündnis 90/Die Grünen):** Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Ich dachte, es wären noch fünf andere vor mir, wie das sonst üblich ist. – Ich kann mich Ratsherrn Raub nur anschließen. Die Gespräche sind jetzt angekündigt. Wir werden das erarbeiten. Wir werden uns, denke ich, irgendwo auf eine Linie einigen. Ich kann auch nicht erkennen, dass das Demokratieverständnis von Herrn Oberbürgermeister Keller an dieser Stelle stark eingeschränkt ist. Deshalb würden wir dem Antrag so nicht zustimmen, sondern dem Verfahren zustimmen und dabei sein. – Danke.

**Oberbürgermeister Dr. Keller:** Vielen Dank. – Nun sehe ich aber keine weiteren Wortmeldungen mehr zu diesem Tagesordnungspunkt und darf den Antrag zur Abstimmung stellen. Das ist der Antrag mit der Vorlagennummer RAT/286/2024. Ich frage: Wer ist für diesen Antrag? – Das sind Ratsfraktion Die Linke, Die Partei-Klima-Fraktion und Tierschutz/Freie Wähler. Enthält sich jemand? – Wer ist dagegen? – Das ist dann der Rest des Hauses. Damit ist der Antrag abgelehnt. Wie gesagt, die Einladung für den 7. November ist ausgesprochen.

Meine Damen und Herren, wir haben die 20-Uhr-Grenze erreicht. Ich würde damit den öffentlichen Teil der Sitzung beenden und bitte darum, die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

Ende der öffentlichen Sitzung: 20.02 Uhr

Anschließend nichtöffentliche Sitzung

Dr. Stephan Keller  
Oberbürgermeister

Josef Hinkel  
Bürgermeister

Simone Schmitt  
Schriftführerin